

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement-Preis: 3,00 Mk. monatlich, 1,10 Mk. wöchentlich 28 Bg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Bg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Bg. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Streifen für Deutschland und Ostpreußen-Angaben 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen wir: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 Bezahlt für die leuchtigste Spaltenzeile oder deren Raum 60 Bg. für politische und gewerkschaftliche Inserate und Berichtigungs-Anzeigen 30 Bg. „Kleine Anzeigen“, das festgedruckte Wort 20 Bg. (zuletzt 2 festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Bg. Stellenangebote und Stellenvermittlungen das erste Wort 10 Bg., jedes weitere Wort 5 Bg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Der Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Freitag, den 29. März 1912.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Gesetzgebung durch das Volk.

Das parlamentarische Kleingewehrfeuer ist auf einige Wochen verstummt, da die beiden Parlamente, Reichstag und Abgeordnetenhaus, in die Osterferien gegangen sind. In dieser Pause, in der die fleißigen Abgeordneten sich wieder einmal verjähren und die eifrigen Leiter der Parlamentsberichte wieder einmal zu sich selbst kommen können, drängt sich von selbst die Frage auf: Wo stehen wir? Was ist erreicht? Was haben wir zu tun?

In beiden Parlamenten ist die Lesung des Stats nicht allzusehr gefördert worden. Nichts ist da wohlfeiler, als von dem Schwachbedürfnis der Herren Abgeordneten zu sprechen. Aber nichts ist auch leichter, als solch billiger Spott. Denn bei uns liegen die Dinge nun einmal nicht so wie etwa in England, wo weniger geredet, als durch die Tat gesetzgeberische Arbeit geleistet wird. Ganz abgesehen davon, daß wir in Deutschland ja keine parlamentarische Regierung haben, sind die Parlamente bei uns ganz naturgemäß das breite Schlachtfeld des Parteikampfes. Man spricht zum Fenster hinaus, man will agitatorisch wirken, neue Anhänger werben durch die parlamentarische Propaganda. Und je heftiger der Kampf zwischen den Parteien und Klassen entbrennt, desto stärker betätigt sich das parlamentarische Agitationsbedürfnis. Nicht minder deutlich als im Reichstag, zeigt seit dem Eintritt der kleinen sozialdemokratischen Fraktion auch das preussische Abgeordnetenhaus diesen Zug zu reduzierenden Demonstrationen. Und Nationalliberale, Zentrum und Konservative entziehen sich zwar weidlich über das Fensterrahmenreden der sechs Sozialdemokraten, aber der Eifer, im Wettbewerb darin nur ja nicht hinter der Sozialdemokratie zurückzustehen, verrät sich nicht nur in den zahllosen sozialistischen Reden der bürgerlichen Parteien, sondern er hat längst auch die Minister angesteckt! Man schimpft zwar auf die „Wahlreden“, aber nur, um sich darin gegenseitig zu übertrumpfen!

So hat der Kampf im Reichstag und im Landtag seit Wochen und Monaten getobt. Täglich fast sind hitzige Redeschlachten geschlagen worden. So daß der ununterbrochene Waffenlärm und die endlose Kette der Scharmügel der politisch Unverfahren schließlich gar verwirren und über die allgemeine Gesichtslage täuschen könnte. Darum ist die Frage nach dem Wo und Wie um so gebotener.

Und da hat sich denn gezeigt, daß es mit der Niederwerfung des blauschwarzen Modcs leider noch keine guten Wege hat. Schon das klägliche Zusammenklappen von Nationalliberalen bei der Präsidentsfrage verrät die Unzuverlässigkeit der Fraktion Drehscheibe. Inzwischen ist unter den Nationalliberalen ja auch der helle Krieg zwischen der süddeutsch-jungliberalen und der rheinisch-westfälischen-freikonservativen Richtung ausgebrochen. Und wie hier der großindustrielle, scharfmacherische Flügel den Sieg davon getragen hat, so triumphtierte er bereits bei den Debatten über den Bergarbeiterstreik. Unter Niederreichung der blauschwarzen Schranken waren sich Nationalliberale, Zentrum und Junker inbrünstig ans Herz gefunken. Und wenn es gelten wird, der Regierung die enormen neuen Meeres- und Marineforderungen zu bewilligen, werden wiederum die Schranken fallen. Ob in der Deckungsfrage die Nationalliberalen sich wenigstens der haifabünderischen Plattform erinnern werden, bleibt abzuwarten. Allzu großen Illusionen sollte man sich auch in dieser Richtung nicht hingeben!

Und noch eins: Wie im preussischen Junkerparlament leistet sich auch im Reichstag trotz des unübersehbaren wichtigen Faktums der 110 Sozialdemokraten die Regierung die dreite Provokation, die Sozialdemokratie gewissermaßen außerhalb der Verfassung zu stellen, sie für vogelfrei zu erklären und Beamten und Staatsarbeitern das Recht zu bestreiten, sich als Anhänger der härtesten deutschen Partei zu bekennen, jener Partei, der reichlich ein Drittel des gesamten Volkes angehört! Unsere engstirnigen Regierungsbureauführer haben aus dem Wahlausfall also nicht das geringste gelernt und fahren fort, Gesetz, Verfassung und jede politische Vernunft mit Füßen zu treten!

Leider aber erleidet nicht nur die Fraktion Drehscheibe den blauschwarzen und ihren gouvernementalen Handlangern solche arrogante Truttpolitik, sondern auch der Fortschritt. Geradezu jämmerlich ist dessen Haltung im Dreiklassenhaute. Hat er sich doch nicht einmal zu der Höhe der politischen Einsicht und des politischen Anstandes aufzuschwingen vermocht, daß er für jeden Staatsbürger, auch für die Staatsbeamten, kategorisch das Recht forderte, sich ganz nach der eigenen Ueberzeugung politisch zu betätigen, und sei es auch für die Sozialdemokratie. Im Gegenteil: Erst noch in den letzten Tagen verhielten sie sich fortwährend angestrichelt, daß „selbstverständlich“ keine Sozialdemokraten sein dürften! Wenn das fortschrittliche Holz schon so saftlos ist, wie soll man da vom dünnen Holz der Nationalliberalen lenghast liberales Sprechen erwarten! Und ebenso bezeichnend für die freisinnige Nüchternheit ist es, daß diese Partei auch in diesem Jahre wieder nicht das geringste gegen den Korruptionsfonds zur Großpöbelung der Jugendverbildung und hurrapatrischen Jugendfütterung einzuwenden hatte, die doch ihre Spitze ausgesprochen gegen die sozialdemokratische Partei richtet. So

schlugen sich in allen ernsthaften Kultur- und Weltanschauungsfragen die fortschrittlichen Sturmgewissen getreulich auf die Seite der Reaktion. Der schwarzblaue Block hat sich da schon längst wieder zu einem Phantom verflüchtigt, das mit dem Wahlsino seine Rolle ausgespielt hat!

Und wie sieht es mit der wichtigsten Frage der preussischen nicht nur, sondern der deutschen Politik, mit der preussischen Wahlreform? Die Regierung sieht den Dingen mit untergeschlagenen Armen zu. Junker und Zentrum beglückwünschen sie zu dieser Obstruktion gegen die feierliche Verheißung der Krone. Und der Liberalismus? Der Freisinn denkt selbst heut noch nicht an eine Volksbewegung, er begnügt sich mit dem Antrag, einseitigen einmal das direkte und geheime Wahlrecht zu gewähren. Aber selbst das ist den national-liberalen Mandatären der rheinisch-westfälischen Schlotbarone noch zu radikal! Sie beantragen, daß das direkte und geheime Wahlrecht durch etliche Modifikationen an dem Dreiklassensystem gleich zu einer Total-Reform gestaltet und damit die ganze Wahlrechtsfrage ad acta gelegt werde. Und zweifellos geht die Absicht der Friedberg und Konforten in der Hauptsache dahin, durch eine Vereinfachung der Dreiteilung in den Urwahlbezirken dem Zentrum, vor allem aber der sozialdemokratischen Arbeiterklasse möglichen Schaden zuzufügen. Wenn dann trotz des geheimen und direkten Wahlrechts insolge des infamen Dreiklassensystems womöglich auch die winzige Zahl sozialdemokratischer Vertreter wieder aus dem preussischen Landtag hinausbugliert würde, so wäre das ein Triumph liberaler Gesetzesmacher, für den dem Friedberg, Schiffer und dessen reaktionärem Komparativ Schifferer geradezu ein blauschwarzer Nationalbank gebührt!

Wo stehen wir also? Vor dem Feind, der uns rings umgibt! Und wie stehen wir da? In der Hauptsache auf unsere eigene Kraft angewiesen, wie wir je zuvor. Und worin besteht unsere Kraft? Nicht in unserer parlamentarischen Position — so wenig wie auch die parlamentarische Tätigkeit, namentlich deren agitatorische Seite, unterzügen wollen —, sondern in unserer Verankerung mit dem Volke, in den Burgen unserer Kraft, in den Volksmassen selbst, in der Organisation, in dem Klassenbewußtsein und der politischen Regsamkeit und Energie dieser Volksmassen!

Die Massen müssen sich rühren und regen, wenn unseren Aktionen im Parlament Mark und Nachdruck verliehen werden soll. Die Fraktionen können höchstens den Dirigentenstab schwingen, die Musik muß das kraftvoll einfallende Orchester der Volksmassen machen! Und namentlich in Preußen werden die Wahlrechtsheloten erst dann gleichberechtigte Staatsbürger werden, wenn die Volksmasse selbst ihrer Empörung über ihre endlose Rechtsverhöhung unzweideutigen Ausdruck gibt. Die Gesetzgebung durch das Volk ist nicht erst die Sache der Zukunft, sondern dringender denn je Aufgabe der Gegenwart!

Die Bergarbeiterbewegung.

Ein neues Kapitel.

London, 27. März. (Fig. Ver.)

Mit der Annahme der Minimallohnvorlage ist der Kampf in der britischen Bergwerkinindustrie nicht beendet worden. Es ist nur ein neues Kapitel in dem gewaltigen Ringen der Bergknappen um eine menschenwürdige Existenz eröffnet worden. Das Ende der von der Regierung eingeleiteten Verhandlungen kam mit dramatischer Wöhllichkeit. Seit Freitag hatte Herr Asquith versucht, die Unternehmer zu bewegen, wenigstens die Minimallohne von 2 und 3 Schilling anzuerkennen, um es den Bergarbeitern möglich zu machen, die Vorlage anzunehmen und zur Arbeit zurückzukehren. Aber alle seine Veruche waren vergebens. Die Unternehmer weigerten sich, überhaupt mit den Arbeitern wieder zu konferieren, da sie eine dritte gemeinschaftliche Konferenz als nutzlos bezeichneten. In letzter Stunde brachte darauf die Regierung die streikenden Parteien noch einmal, jedoch nur auf einige Minuten, durch eine List zusammen. Der Premierminister hatte den im Ministerium des Meubers versammelten Unternehmern eine Frage vorgelegt, über die diese nicht entscheiden konnten, ohne vorher im geheimen konferiert zu haben. Man wies ihnen ein Zimmer an, und als sie wieder kamen, fanden sie, daß Herr Asquith die Vertreter der Bergarbeiter zu sich berufen hatte. Die südwälischen Arbeitgeber machten sofort feiert, die anderen blieben, ohne daß jedoch etwas ausgerichtet wurde. Es heißt nun in der Unternehmerpresse, daß es der Vizepräsident der Bergarbeiterföderation gewesen sei, der die Verhandlungen zum Scheitern gebracht habe durch die Erklärung, daß die schottischen Bergarbeiter für Schichtlöhner einen Minimallohn von 3 Schilling und für Knaben einen solchen von 3 Schilling forderten. Diese Angabe ist aber durchaus irreführend. Der Premierminister hatte den Vorschlag gemacht, die Frage der Schichtlöhner und Knaben ganz von der Hauptfrage zu trennen. Darauf erklärte Smithie, es müsse wohl verstanden werden, daß die verlangten 3 Schilling und 2 Schilling nur die untere Grenze für alle Distrikte bildeten; dort, wo diese Arbeiterkategorien, wie in Schottland, schon besser entlohnt würden, verlangten die Bergarbeiter nach wie vor die herrschenden Löhne als Minimallohne. Diese Forderung, von der die Arbeiter nie abgewichen sind und die jedem vorurteilsfreien Beobachter auch als ganz

selbstverständlich erscheinen muß — denn die Arbeiter traten doch nicht in den Kampf, um eine allgemeine Lohnreduktion herbeizuführen — wurde nun von den Unternehmern als unvernünftig bezeichnet.

Nach dem Scheitern der kurzen gemeinschaftlichen Konferenz, hielten die Bergarbeiter eine Sitzung ab, in der beschlossen wurde, die Arbeiterpartei zu erlösen, gegen die Minimallohnvorlage zu stimmen. Das geschah auch.

Eine bemerkenswerte Rede wurde von dem Kohlenbesitzer Sir Arthur Macadam gehalten, der gegen die Vorlage stimmte. Die Rede Macadams, die oft von dem lauten Beifall der Arbeitervertreter unterbrochen wurde, führte folgendes aus:

„Nichts in der Vorlage könnte verhindern, daß der Minimallohn in einer minderwertigen Grube, die eigentlich nicht in Betrieb sein sollte, auf 2½ Schilling festgesetzt werde. Es sei unvernünftig von der Regierung, nun, da sie all ihre wirtschaftlichen Grundsätze preisgegeben, vor dem letzten Hindernis zurückzusehen. In vielen Revieren würde der Minimallohn von 5 Schilling die Betriebskosten überhaupt nicht decken. Er sei überzeugt, daß der Streik vermieden worden wäre, wenn sich Herr Thomas dem südwälischen Bergarbeiterverband nicht angeschlossen hätte. Gewisse Leute hätten sich mit der Absicht in den Kampf gemischt, die Gewerkschaften zu zertrümmern. Die Regierung habe ungefähr dieselben Gedanken. Er aber glaube, daß noch härtere Organisationen aus den Trümmern des Kampfes hervorgehen würden. Wenn nicht ein niedriger Minimallohn der Vorlage einverleibt werde, so sei es nutzlos, sie weiter zu beraten. So weit es in seinen Kräften stehe, werde er die Bergarbeiter unterstützen, solange der Kampf andauere. Immer wieder habe er der Regierung erklärt, daß die Kohlenbesitzer nicht die geringste Absicht hegten, irgendwelche Zugeständnisse zu machen, daß sie bis zum äußersten kämpfen würden. Man habe ihn nur ausgelacht und ihm erwidert, er möge nur warten, bis die gemeinschaftlichen Konferenzen begannen. Die Verantwortlichkeit für all das Elend müsse die Regierung tragen. Sie hätte den halbschlägigen Unternehmern erklären müssen: Wenn ihr nicht die Minimallohne von 5 und 2 Schilling bezahlt, so werden wir die Gruben verschließen und all diesem Humbug ein Ende machen. Er werde gegen die Vorlage stimmen, da sie nicht den wirtschaftlichen Frieden bringe.“

Die Bergarbeiterkonferenz war fast einmütig gegen die Annahme der Vorlage. Ein Amendement war gestellt worden, in dem verlangt wurde, daß sich die Arbeitervertreter im Unerbaue bei der Abstimmung über die Vorlage der Stimme enthalten sollten. Das Amendement fand nur zwölf Unterstützer.

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Stimmung der hier weilenden Delegierten die Kampfstimmung unter den Bergarbeitern widerspiegelt. Was immer auch die Vorlage bezweckt wird, sie wird die Bergarbeiter nicht zur Arbeit zurückführen. Nach der Ansicht der leitenden Bergarbeitervertreter wird die Urabstimmung die Wiederaufnahme der Arbeit mit großer Mehrheit verneinen. Sie stützen sich dabei auf die Resolutionen, die in allen Revieren in den letzten Tagen von den streikenden Bergarbeitern angenommen worden sind.

Um die Haltung der Arbeiter zu verstehen, muß man bedenken, daß die Bergarbeiter Großbritanniens beträchtliche Erfahrungen mit den von der Vorlage gemachten Schiedsgerichten haben. Mögen auch die Minister in bewegten Lagen beteuern, daß sie glauben, daß die Forderungen der Arbeiter recht und billig sind, und daß sie sich nicht vorstellen können, wie ein Schiedsgericht diese Forderungen herabsetzen könnte: die Bergarbeiter verstehen die Sache besser. Der Schiedsrichter wird auf keinen Fall ein Arbeiter sein, sondern wird wie bisher der besitzenden Klasse entstammen. Die „unabhängige“ Person wird irgendein Jurist sein oder ein ausgedienter Parlamentarier der obersten Volksschichten, der die ganze Angelegenheit vom Geschäftstandpunkt beurteilt. Der Vorteil, der für die Arbeiter abfallen könnte, wird daher nach dem Bemessen werden, was die schlechteste und unproduktivste Grube im Revier erschwigen kann. Und für diese Lappalie kämpft man nicht auf Leben und Tod. Die Regierung hatte eine Gelegenheit, die Vorlage den Bergarbeitern noch in letzter Stunde annehmbarer zu machen. Der Handelsminister schlug folgendes Amendement zur Klausel 2 vor:

„Bei der Festsetzung irgendeines Minimallohnes soll das gemeinschaftliche Disziplinaramt unter anderen Dingen dem täglichen Durchschnittslohn, der den Arbeitern der Kategorie, für die der Minimallohn festzusetzen ist, gezahlt wird, Rechnung tragen.“

Zu diesem nichtsagenden Amendement stellte der Bergarbeitervertreter Walsh folgenden Abänderungsantrag:

„Bei der Festsetzung irgendeines Minimallohnes soll das gemeinschaftliche Disziplinaramt keinen Rücksatz festsetzen, der geringer ist als der tägliche Durchschnittslohn, der den Arbeitern der Kategorie bezahlt wird, für die der Minimallohn festzusetzen ist.“

Dieser Antrag wurde mit 101 gegen 271 Stimmen verworfen.

Es heißt jetzt, daß die Regierung beschlossen habe, den Schutz der Arbeitswilligen zu organisieren, und auch beabsichtige, die Reserve einzuberufen. Die Soldaten werden wenig zu tun haben, wenn die Behörden nicht den Kopf verlieren oder provokatorisch vorgehen.

„Unsere Leute,“ so erklärte uns der Genosse Greenall, Präsident des Bergarbeiterverbandes von Lancashire, stehen fest wie ein Fels. Sie werden ruhig ausharren. Sie haben gelernt, daß sie am besten Widerstand leisten können, wenn sie die Hände in den Schoß legen.“

Angeblliche Unruhen.

London, 28. März. (M. T. V.) Der Verband der Grubenbesitzer nahm gestern eine Resolution an, die die Grubenbesitzer auffordert, alle Anstrengungen zu machen, um das Gesetz über die Mindestlöhne durchzuführen.

In einigen Streikgebieten kam es gestern zu großen Unruhen. In Cannock-Chase in Staffordshire behaupteten die Streikenden, daß mehr Arbeiter in den Gruben beschäftigt seien, als für die Erhaltungsarbeiten notwendig wären. Etwa 7 bis 8000 Streikende aus dem ganzen Bezirk sammelten sich bei der Grube Littleton an. Die Polizei war machtlos. Sie telegraphierte nach Stafford um Unterstützung, mußte aber die Tore zu der Grube öffnen. Der Umkleideraum wurde in Brand gesetzt, und der Generaldirektor der Grube durch einen Stachelschäfer verletzt, ebenso ein Schuttmann, der den Täter verhaften wollte. Die Menge zerstörte das Bürogebäude und schlug die Fenster ein, bis die Polizei gegen die Streikenden mit ihren Knüppeln vorging. An dem entstehenden Handgemenge beteiligten sich auch Frauen. Erst die Nachricht, daß Militär aus Blisfield abgegangen sei, brachte die Menge zur Ruhe.

Bei der Grube Rylston in Schottland, wo die Arbeit wieder aufgenommen ist, kam es zu neuen Unruhen. Die Streikenden versuchten, den Güterschuppen und die Eisenbahngelände der Grube zu zerstören, wurden aber von der Polizei zurückgetrieben. Die Grube wurde von Militär besetzt.

Zwei Regimenter in Aldershot sind bereit, ins Streikgebiet zu gehen. — Eine Abteilung Infanterie ist heute Abend aus Chesham nach North Wales abmarschiert, um die Bergleute, die die Arbeit wieder aufnehmen beabsichtigen, zu schützen.

Premierminister Asquith wohnte heute einer Versammlung von liberalen Parlamentariern aus den Kohlenbezirken bei und erklärte daselbst, die Annahme der Bill über das Lohnminimum habe eine neue Situation geschaffen. Seit die Regierung eingegriffen habe, sei dem Prinzip des Lohnminimums von einem erheblichen Teile der Kohlengrubenbesitzer zugestimmt worden. Wenn das Parlament es abgelehnt habe, in die Bill bestimmte Zahlen aufzunehmen, so müsse dies nicht so ausgelegt werden, als ob ein Teil des Parlaments der Meinung sei, daß die geforderten Zahlen unbillig seien. Den Distriktsämtern sollte vertrauensvoll die Festsetzung der Raten für die Distrikte überlassen werden.

Aus dem Ruhrrevier.

Nicht nur der Massenstaat nimmt durch seine Justiz Rache an den Streikenden. Auch die siegreichen Zechenherren sorgen, daß den ihrer Uebermacht und dem Verrat des Zentrums Erlegenen kein fröhliches Osterfest werde. Fast überall bestehen die Herren auf ihren Schein und ziehen den Arbeitern den Lohn für sechs Schichten wegen „Kontraktbruch“ ab. Der Sechstageslohn soll ihnen Profit erhöhen, den Arbeitern die drückende Not noch verschärfen. Und nach immer neuen Schikanen sinnen die Unternehmer.

Die Vergleute wünschten bekanntlich auch kürzere Lohnzahlungsperioden. Was aber in jedem anderen Bereiche möglich, ja selbstverständlich ist, lehnen die Grubenherren ab. Zu Ostern sollen die Vergleute noch besonders die Macht des Grubenkapitals zu fühlen bekommen. Da sind z. B. die Zechen Bruchstraße, Wiendahlbank, Glückauf, Tiefbau, Adolf von Hansens, Kaiser Friedrich und Tremonia, die öffentlich bekanntgeben, daß erst am 10. April, drei Tage nach Ostern, die erste Abschlagszahlung erfolgen wird. All die genannten Zechen gehören zu Deutsch-Luxemburg, stehen also unter dem Einfluß des allgewaltigen, vom Zentrum sehr geliebten und gelobten Herrn Stinnes.

Das Christentum, das hier den armen Vergleuten und ihren Familien eingebläut wird, wird Felsichte tragen!

Die Gelben und die Schwarzgelben.

Die Gelben des Ruhrgebiets befinden sich mit den Schwarzgelben vom christlichen Gewerksverein der Bergarbeiter in allerliebster Streit. Das Organ der Gelben, „Der Werkverein“, hat vor dem Ausbruch des Streiks dem „Werkknopfen“ besätigt, daß er „gute gelbe Gedanken“ verbreite. Wie eine gelbe Organisationsleitung hat sich denn auch während des Kampfes der Bergarbeiter der Vorstand des christlichen Gewerksvereins benommen. Man sehen die echten Gelben im schwarzgelben-christlichen Gewerksverein eine Konkurrenzorganisation. Sie haben darum ein Flugblatt in 75 000 Exemplaren drucken lassen, das jetzt zur Verbreitung kommt und in den Resten ausklingt: „Traut den Christlichen Führern nicht.“ Wir sagen: Traut den Christlichen und den Gelben nicht!

Doch hören wir, was die echten Gelben den Schwarzgelben vom „christlichen“ Gewerksverein zu sagen haben. In dem Flugblatt heißt es:

„Von den christlichen Gewerkschaftsführern kann man alles erwarten. Die christlichen Gewerkschaftler haben bei dem toben den Streik in Ruhrrevier nach Militär gerufen. Das sind, wie der „Werkverein“ (Organ der Gelben) in seiner Ausgabe vom 15. März mit Recht schreibt, dieselben Christlichen, die viele Jahre hindurch in gleicher Weise zur Bedrückung der Arbeitswilligen ihre Namen auf die Strafe gestellt haben. Dieselben Christlichen, die vielleicht schon morgen andernwärts wieder das gleiche tun werden.“

„Wohlgelich in seiner unendlichen Bäcklichkeit und Erbärmlichkeit ein Schauspiel für die Götter!“
O weh! Hier werden die christlichen Führer nicht mehr mit Stockschlägen, sondern mit Skorpionen gezüchtigt. Dasselbe haben sie allerdings „gute gelbe Gedanken“ verbreitet und sind den Gelben im Verrat der Bergarbeiterinteressen beiläufig gewesen. Zum Dank dafür erhalten sie nun die wohlverdienten Fußtritte.“

Aus dem Lugau-Oelsnitzer Kohlenrevier.

Der Streik im Revier nimmt immer noch zu. Mittwoch war der erste Tag für Unterführungen. Die Vergeisterung unter den Streikenden und der ernste Wille, im Kampfe auszuharren, kam in allen Versammlungen, die statt besucht waren, zum Ausdruck. In Oberwäronitz fielen Mittwochabend zwei Schüsse, ein Vorgang, der sich schon einmal abspielte. Diesmal aber wurden die Wäronitzer erwischt. Die Hoffnung der Reaktionsäre, daß es Bergarbeiter sind, ist gescheitert geworden, es handelt sich um zwei Realistkämpfer.

Auf verschiedenen Werken ist bekannt gemacht worden, daß in der nächsten Woche die Arbeiterauswahlwahlen sind. Dadurch bekommen die Werksverwaltungen Leute in die Arbeiterauswahlen, die ihnen genehm sind.

Die berittenen Gendarmen haben das Revier verlassen. Wie uns mitgeteilt wird, sollen an ihre Stelle Kriminalbeamte treten. Der Schacht „Vereinigt Feld“ hat eine Bekanntmachung erlassen, in der alle Streikenden namentlich aufgeführt werden und die die Bemerkung enthält, daß diese beim Wiederantritt zur Strafe 20 Pf. weniger Schichtlohn bekommen sollen. Vorher hieß es, sie seien

entlassen, jetzt redet man nicht mehr davon. — Die Streikenden nehmen alle solche Bekanntmachungen mit unerschütterlicher Ruhe entgegen.

Der Streik in Böhmen.

Im nordwestböhmischem Braunkohlenrevier wurde am 25. März in zahllosen Versammlungen, die von allen Organisationen gemeinsam einberufen waren, der Streik beschlossen. Es streikten nach den bisher eingelaufenen Nachrichten von 28 000 Bergarbeitern volle 25 000. Bisher haben drei kleinere Werke Jugendschlässe gemacht. Im ganzen Revier ist ungeheuer viel Gendarmen aufgebaut. Sonnabend und Sonntag wurden 300 Bergarbeiter verhaftet und es war bisher unmöglich, auch nur eine Freilassung zu erwirken. Trotz dieser schweren Geduldprobe verhalten sich die Streikenden ruhig. Auch die Drohungen der Unternehmer mit Maßregelung, Wohnungskündigung usw. konnten bisher die Ruhe nicht stören. Im Revier Falkenau streikten 4000 Arbeiter auf 21 Schächten; dagegen wird auf 14 Schächten mit 8000 Arbeitern gearbeitet. Bemerkenswert ist, daß die Anhänger des „Preissozialisten“ Abg. Simon Starz Streikbrecher sind. In dem großen Steinkohlenrevier von Mährisch-Osterau, wo fast 60 000 Arbeiter in Frage kommen, dürften die Einigungsverhandlungen infolge der Hartnäckigkeit der Unternehmer trotz der Bemühungen der staatlichen Organe resultatlos verlaufen, so daß wahrscheinlich auch dort am Montag der Streik beginnen wird.

Auch in den kleineren Bergwerksrevieren von Oberösterreich ist infolge der elenden Löhne und der absoluten Weigerung der Unternehmer, sie aufzubessern, eine starke Streikbewegung im Gange. Die Regierung hat nach allen diesen Revieren Hunderte von Gendarmen geschickt und in den nächstgelegenen Garnisonen stärkere Truppenmassen konzentriert.

Arbeitsvertrag im französischen Bergbau.

Paris, 28. März. Die Kammer beriet heute einen Gesetzentwurf, durch den die Arbeitszeit in den Bergwerken auf acht Stunden begrenzt wird. Die Deputierten Perrier, Basly, Bonbert und Lamendin erklärten, das Gesetz sei für die Bergleute notwendig, es könne der Produktion nicht schaden und bedeute auch nicht den finanziellen Ruin für die Gesellschaften.

Streikjustiz.

Die Streikkammer am Dortmunder Landgericht wegen Besorgnis der Befangenheit abgelehnt!

Dortmund, 27. März. Am Mittwoch standen vor der Strafkammer Ia des Dortmunder Landgerichts — der Streikkammer — wieder zehn Streikfäden zur Verhandlung an. In einem Fall sollte es 40 R. oder 8 Tage Haft, weil ein unbeteiligter Walzwerkerarbeiter sich auf der Straße, wo gar keine Menschenmenge war, auf die Aufforderung eines Polizisten hin nicht gleich entfernt hatte. Der Gerichtsvorsitzende beleuchtete grell die Zustände, als er dem Angeklagten das wies: „Wenn Sie allein auf der Straße waren, hätten Sie doch erst recht weiter gehen können!“ Die Strafe dient wohl in Streikzeiten ausschließlich der Polizei und den Streikbrechern auch dann, wenn diese gar nicht da sind!

Eine Bergmannsrau, Mutter von acht Kindern, hatte sich mit einer Nachbarin im Fenster unterhalten und dabei das Wort „Streikbrecher“ gebraucht. Sie sollte auch „Pfu!“ gerufen haben, keiner hatte es gesehen oder gehört, aber ein Steiger gab an, daß der Oberkörper der Frau etwas gesuckt habe, als das Wort gefallen sei. Solches „Juden“ ist — in Streikzeiten! — sehr gefährlich, der Staatsanwalt wog 1 Monat Gefängnis ab!

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Franz I. Dortmund, wies auf die frühere ständige Rechtsprechung im Bezirk für ähnliche Sachen hin. Früher, erklärte er, sei das Wort Streikbrecher durchweg mit einer mäßigen Geldstrafe geahndet worden. (Noch früher sahen die obersten Gerichte in dem durchaus sachgemäßen und bestimmten Wort überhaupt keine Beleidigung. Red.) Deshalb liege eine große Härte in dem beantragten Strafmaß. Die schwere Strafe treffe auch die Kinder der Frau so hart, daß man sagen müsse, eine solche Strafe sei nicht verdient. Es könnte, wenn keine Freisprechung erfolge, nur eine mäßige Geldstrafe in Frage kommen.

Das Gericht hielt aber eine Geldstrafe nicht für angebracht, weil sie, wie es hieß, den Zweck nicht erfülle. Das Urteil lautete auf eine Woche Gefängnis.

Danach lehnte der Rechtsanwalt für die nachfolgenden Sachen, in denen allen er als Verteidiger bestellt war, den gesamten Gerichtshof wegen Besorgnis der Befangenheit ab. Der Verteidiger betonte, daß er nach reichlicher Ueberlegung und mit Rücksicht auf die Ergebnisse der letzten Tage zu dem Entschluß gekommen sei, die mit den Streiksachen beauftragte Kammer abzulehnen. Begründend wurde ausgeführt, nach der Annahme weiter Kreise und nach dem eigenen Urteil des Verteidigers seien auch bei leichten Fällen, wo nur einige Worte in Frage gekommen seien, außerordentlich harte Urteile gefällt worden, im Gegensatz zu der früheren Judikatur. Auch der Vorsitzende habe hervorgehoben, daß das Strafmaß anders gewählt werde wie früher. Es werde nicht auf Geldstrafen, sondern auf sehr erhebliche Freiheitsstrafen erkannt. Aus Mitteilungen der Presse sei zu ersehen, daß auch die an den anderen Gerichten des Bezirks für Streiksachen gebildeten Sonderabteilungen in gleicher Weise und in gleichem Gegensatz zu früher außerordentlich hohe Strafen verhängten. Der Umstand, daß so offenbar von der bisherigen Auffassung abgewichen werde, lege der Verteidigung den Gedanken nahe, daß die Mitglieder der Streikkammer den Streikbeteiligten nicht unbefangene gegenüberstünden und daß in irgend einer Weise versucht worden sei, auf die Urteile einzuwirken! Der Verteidiger wies auf ähnliche Verhandlungen hin, bei denen er früher beteiligt gewesen sei und er betonte, daß er aus sachlichen Gründen die Kammer ablehne.

Eine neu gebildete Kammer lehnte nach 24stündiger Unterbrechung den Antrag der Verteidigung ab. Die Richter, so hieß es, hätten sich nicht für Befangen erklärt.

Die Streikkammer arbeitete dann in bewährter Weise weiter. Ein Bergmann wurde, weil er ausgespuckt und Pfu! gerufen haben soll, zu vier Monaten Gefängnis (!) verurteilt, obgleich Zeugen darüber nichts bekunden konnten.

In einem anderen Fall wurde ein Entlastungszeuge, der nichts gehört hatte, vom Vorsitzenden gefragt: „Wie kommt es, daß Sie nichts gehört haben? Hatten Sie denn einen getrunken?“ — Der Angeklagte sollte „Pfu! Streikbrecher“ gerufen haben. Urteil: Einen Monat Gefängnis.

Eine Frau mit sechs Kindern erhielt wegen Beleidigung eine Woche Gefängnis.

Ein alter Bergmann sollte, als von einem Streikbrecher böhsisch Schnaps angeboten und für die „Vergeltung“ gedankt wurde, gesagt haben: „Tauft Ihr Streikbrecher den Schnaps selbst!“ Resultat: 30 R. Geldstrafe. Der Staatsanwalt hatte drei Wochen Gefängnis beantragt. Obgleich zwei Zeugen bestimmt angaben, der Angeklagte habe die Bekehrung nicht getan! In der Urteils-

begründung wurde strafmildernd gewürdigt, der Fall liege so, daß man „satt“ sagen könne, er habe mit dem Streik nichts zu tun. Damit wurde zugleich bewiesen, daß es in der Hauptsache der Streik als solcher ist, der die Angeklagten zu Boden drückt und nicht die anderen Taten!

In der letzten behandelten Sache erhielt noch eine Frau wegen Streikbrecherbeleidigung eine Woche Haft.

Jetzt wird schon von circa 250 Streikanklagen geredet!

Nach der Entsendung der Maschinengewehre diese Schreijustiz — der Staat sorgt wahrlich für gründliche Aufklärung über seinen Klassencharakter.

Der Krieg.

Eine italienische Drohung.

Konstantinopel, 28. März. Syrischen Blättermeldungen zufolge richtete der italienische Konsul von Beirut, der sich seit Ausbruch des Krieges im Libanon befindet, an die fremden Konsuln in Beirut ein Memorandum, in dem gegen die Ausweisung der Italiener aus dem Libanon protestiert und mit dem Bombardement der Libanonküste gedroht wird.

Die panislamistische Bewegung in Tunis.

Paris, 28. März. Wie aus Tunis gemeldet wird, veröffentlicht die „Dépêche Tunisienne“ sensationelle Enthüllungen über die Umtriebe des dortigen panislamistischen Komitees, das angeblich die Meuterei vom 7. November vorigen Jahres angezettelt habe, um den Völkern von Tunis zu führen und dem französischen Protektorat ein Ende zu machen.

Die Revolution in China.

Parteihader in der Nationalversammlung!

Schanghai, März 1912. (Nachung der „Agence d'Extreme Orient“.) Zwischen der Nationalversammlung und Dr. Sunjatsen samt den Ministern ist es zu einem vollständigen Bruch gekommen. Die Abgeordneten von Kiangsu, sowie die Delegierten von Hupeh nehmen an den Verhandlungen nicht mehr teil. Wegen der Unzufriedenheit und den hiermit im Zusammenhang stehenden Verhandlungen mit dem japanischen und später mit dem russischen Finanzamt ist es zu Unstimmigkeiten zwischen den Abgeordneten und den Ministern gekommen. Gegen den Präsidenten der Nationalversammlung wird der Vorwurf erhoben, in illegaler Weise hinter den Kulissen mit der Regierung gegen die Versammlung Verhandlungen gepflogen zu haben. Des ferneren wird behauptet, daß er Vorzügen ohne die gefehrmäßig erforderliche Majorität der Mitglieder der Nationalversammlung angenommen hat. So z. B. wurden bei einer Sitzung, bei der nur 14 Delegierte versammelt waren, ein Beschluß mit acht gegen sechs Stimmen angenommen. Die fehlenden Delegierten behaupten, daß sie von der Sitzung nicht benachrichtigt worden seien, und daß es sich um eine abgemachte Sache gehandelt habe. Die Abgeordneten von Hupeh bezeichnen diesen Vorfall als den Gipfel der gegen sie gerichteten Intrigen. Reulich wurde die aufsehenerregende Meldung der Öffentlichkeit bekanntgegeben, daß man von Seiten der Regierung an drei Delegierten der Provinz Hupeh Vernehmungsbefehle unternehmen habe, um sie bei der Abstimmung gewisser Regierungsvorschläge für diese Vorlagen gütlich zu stimmen. Als die Abgeordneten diese Zumutung mit Entrüstung zurückwiesen, habe man von höherer Seite in Hupeh darauf gedrungen, die Delegierten zurückzuberufen, da sie gegen die Republik arbeiteten, und daß man sie unerschöpflich machen müsse. Aber General Liyuenbung lehnte einen derartigen Vorschlag entschieden ab und nahm die Beschuldigten in Schutz. Die Kammer hat einstimmig beschlossen, den Vizeminister, dem der Vernehmungsbefehl zur Post fällt, erschießen zu lassen.

Wieder eine Soldatenrevolte.

Schanghai, 28. März. Ungefähr 500 Soldaten meuterten gestern Abend in Suzhou, plünderten die Pfandleihen und verbrannten mehrere Häuser.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 28. März 1912.

Reichstagsabschluss.

Aus dem Reichstag, 28. März. Der Reichstag hat wirklich das Pensum erledigt, das ihm von seinem Seniorenkongress gestellt war: er hat vor Ostern die Beratung des Postetats und des Etats der Reichsdruckerei zu Ende geführt. So kann er mit gutem Gewissen in die Osterferien gehen, aus denen er in vierzehn Tagen zu dem großen Geschäft der Wehrvorlagen zurückkehren wird.

Der letzte Arbeitstag brachte noch manche Aufregung und heftige Zusammenstöße mit der Regierung, deren Postsekretär allerdings eine geradezu provozierende Gleichgültigkeit wie mit Absicht zur Schau trägt. In seinem suffizanten Auftreten bringt er gewissermaßen zum Ausdruck, daß die Postverwaltung eine Herrschaft willkürlichen Absolutismus führt und daß es nur wohlwollende Gerablassung ist, wenn sie überhaupt dem Parlament Rede und Antwort steht.

Gerade diese Frage beherrschte den ersten Teil der Sitzung, nachdem das Etatsnotgesetz und der bulgarische Handelsvertrag in dritter Lesung erledigt und eine Reihe Resolutionen angenommen waren. Beim Titel „Oberpostdirektoren“ machte zuerst Genosse Runert auf eine ganz ungehörige Einmischung der Postbehörde in Fälle in politische Angelegenheiten aufmerksam. Nach einer ebenso harmlosen wie patigen Antwort des Unterstaatssekretärs Grenzow trat Genosse Dr. Weill, unser Vertreter für Meß, noch einen anderen, viel krasserem Fall behördlicher Beeinflussung in Meß eindringlich und wirksam vor. Man konnte erwarten, daß der Staatssekretär darin kein Unrecht sah. Das bestätigte er zuerst in einigen allgemeinen Redewendungen, und auf eine präzise Frage des Fortschrittlers Dr. Struve betonte er besonders das gute Recht der amtlichen Wahlbeeinflussung. Das veranlaßte den Genossen Vedeboer, in scharfen Worten den Minister an seine Pflicht zu erinnern und an die rechtlichen Anstandspflichten, die seinem Tätigkeitsbereich gezogen sind. Und trotz der Empfindlichkeit des nationalliberalen Vizepräsidenten mochte er den Staatssekretär auch an seine eidlich eingegangenen Verpflichtungen.

In der weiteren Spezialdebatte, die eine große Ausdehnung annahm, behandelte Genosse Ebert die sehr unzureichende und ungünstige Stellung der Postbeamten und Unterbeamten in wirksamen Worten, und bei einem späteren Titel die wenig beneidenswerten Verhältnisse der Post- und Telegraphenarbeiter, die er durch viele Beispiele kennzeichnete. Auf diese Kritik, der sogar die Herren Kler und Behrens immerhin beipflichten mußten, begnügte sich der Staatssekretär mit der beruhigenden Versicherung, daß die Lage der Arbeiter dauernd besser geworden sei. Der Fortschrittler Struve ließ sich dadurch allerdings nicht überzeugen.

Eine sehr ausgedehnte und teilweise heftige Debatte entstand über die Ostmarkenzulagen, die im national-liberalen Abgeordneten Schlee einen begeisterten Verteidiger fanden. Auf diese etwas wortreiche Darlegung antwortete Genosse Wendel mit der Anführung bestimmter geschichtlicher Tatsachen. Einige etwas scherzhafte Wendungen erregten die Entrüstung der Rechten und namentlich des Herrn Schulz, dem Graf Westarp beifrang, vornehmlich um das Zentrum zu ermahnen, bei der dritten Lesung bewilligungsfreudiger zu sein. Das Lehnte der Abgeordnete Dr. Spahn einstweilen wenigstens ab, nachdem noch der Vize-Schöda gegen die Korruptionsprämie polemisiert hatte. Nach einer letzten Entgegnung des Genossen Ledebour auf die harschlichen Anfälle des Herrn Schulz wurden in namentlicher Abstimmung die Ostmarkenzulagen mit großer Mehrheit abgelehnt.

Die Einnahmen des Postetats gaben unserem Genossen Ulrich noch Veranlassung, über die ungünstigen Verhältnisse von Offenbach energische Beschwerde zu führen. Damit war der Postetat erledigt. Den Etat der Reichsdruckerei wollten die Gewerkschafts-Christen Becker-Krnsberg und Behrens zu einer Heize gegen den Buchdruckerverband mißbrauchen. Sogar der Leiter der Reichsdruckerei mußte diese Herren verleugnen, denen unsere Genossen Gildenbrand und Artur Hofmann noch gehörig heimleuchteten.

Den Abschluß der Sitzung bildete eine äußerst heftige Abwehr des Abgeordneten Dr. Strube gegen eine allerdings bösbartige Insinuation der „Deutschen Tageszeitung“, die sogar so perfid war, daß der Abg. Dr. Dertel sie preisgeben mußte, fast ohne einen Versuch, sie durch mildere Umstände zu decken. Der Suffkurs, den die Abgg. Graf Westarp und andere ihm in dieser schwierigen Lage liehen, konnte den agrarischen Führer nicht aus der Verlegenheit retten. Die Herren Hoff und Dr. Strube sowie Genosse Stadthagen stellten besonders fest, daß Herr Dr. Dertel nicht einmal den Anstand gehabt habe, die schlimme Entgleisung seines Blattes zu bedauern. Der Präsident vertagte um 7 Uhr und wünschte vergnügte Ferien.

Die Universitäten im Reichsparlament.

Das Dreiklassenhaus ist gestern, Donnerstag, in die Osterferien gegangen, ohne — o Schmerz lag nach! — den Kultusetat erledigt zu haben. Und am 18. April wird auch zunächst der Eisenbahnetat in Angriff genommen werden. Erst einige Tage später wird man, bei den höheren Lehranstalten, erst wieder Herrn Trott zu Solg's gesenkte Stimme flüster hören.

Gestern wurde zunächst die Debatte über die Frankfurter Universität zu Ende geführt. Nachdem der Fortschrittler Hund den Herzogswunsch der „Rei!“ pertriten und der Rationalliberale Dr. v. Campe in dem launigen Sinne des Antrags Friedberg, von dem man noch hören wird, gesprochen, vertrat Genosse Dr. Liebknecht die Ansicht unserer Fraktion. Nichts ist so charakteristisch für den Dreiklassenlandtag, als daß unser Genosse bei schärfster Betonung des Rechts des Parlaments doch seine Zweifel nicht verhehlen konnte, ob nicht noch eher von der Krone als von den Junkern und Heiligen eine halbwegs erträgliche Entscheidung zu erwarten sei. Dr. Liebknecht wandte sich auch in Uebereinstimmung mit unseren Genossen im Hause Limburg, dem Frankfurter Rathause, gegen das ganze Projekt, das die zu verweigenden Frankfurter wissenschaftlichen Institute dem preussischen Unterrichtsabsolutismus ausliefern will — nur um das Recht, Staatsgelder zu prüfen und Zeugnisse auszustellen.

Nachmals rief Herr v. Trott den Frankfurter Universitätsgründer die Kultusparole: „Wer Anecht ist, soll Anecht bleiben!“ zu, nochmals berührte er die Kleinlichen Konkurrenzkrämer, die am liebsten das Wachstum neuer Universitäten verdrängen möchten, nochmals besänftigte er die modernen Zentrumsmänner, die Liebknecht lächlig gezeigelt hatte, und dann war die Abstimmung. Ein freikonservativer Mißverweilungsantrag fällt, und angenommen wird Friedbergs Universitätsprojekt; die Regierung möge die Universität nur als richtige Staatsuniversität, Modell 1807 wohl, gründen lassen, natürlich auch nur mit der in der Gut des Herrn Trott zu Solg so wunderbar gedeihenden Königlich preussischen Freiheit der Forschung und Lehre. . .

Durch die Annahme dieses Antrags soll, nach der Meinung des Dreiklassenhauses, der sozialdemokratische, auf volle Freiheit und Selbstverwaltung der Frankfurter Universität, erledigt sein. In der Tat: preussische Staatsuniversität und Freiheit und Selbstverwaltung vertragen sich nicht miteinander!

Bei der allgemeinen Aussprache über die Universitäten schritt man unserem Redner einfach das Wort ab. Der „Oberpräsident“ des Hauses, Rabe v. Pappenheim, gab zu, daß dies aus Scheu vor Liebknechts Rede geschehe. Das half den guten Leuten aber wenig, denn bei den Einzelheiten der Universitäten von Berlin und Halle peitschte unser Genosse das System der Polizeiaufsicht, der „Sitte“, unter die man die Hochschulen zu stellen bestrebt sei. Er illustrierte seine Ausführungen durch die furchtbare Affäre des russischen Studenten Dubrowsky und die systematische Drangsalierung der freisindlichen Bewegung. Ueber eine akademische Protektionsaffäre, die Liebknecht besprach, schwieg sich die Regierung aus.

Zu erwähnen ist sonst nur noch das Eintreten des fortschrittlichen Abg. Eichhoff für die Unterweisung der künftigen Ärzte und Juristen in der sozialpolitischen und Versicherungs-gesetzgebung. Sein Antrag, gegen den die Regierung und — Herr Friedberg „Bedanken“ haben, ging an die Unterrichts-kommission.

Herrenhausung.

Am gestrigen Donnerstag verabschiedete die Erste Kammer zunächst die Vorlage über die Eingemeindung Vohlagens-Kummelsburgs nach Richtenberg. Dann wurden ein Schock Petitionen erledigt. Die meisten ohne Debatte. So z. B. hatte man für die Bitte des Gölzler Magistrats, die Fortbildungsschulen mit dem Religionsunterricht zu versehen, nur den Uebergang zur Tagesordnung übrig.

Besser behandelte man eine Berliner Lehrerpension um Beförderung von Schülerausschlüssen zum Kinderfahrpreis. Der wädrere Dr. v. Burgsdorff, einer der Bedingten in diesem Hause, sprach sich für die Petition aus, damit die Berliner Kinder eher mal lebende Kühe und Schafe sehen können. Aber mühten sie darum wirklich erst aus Berlin hinauszufahren?

Auch die Regierung stellte sich zu dieser Petition freundlich.

Eine andere Petition wünschte, daß für Berlin der zweite Teil des Gesetzes zum Schutze der Bauforderungen in Kraft gesetzt werde. Die Vorbedingung dazu, ein grassierender Atefenhauswindel, muß aber erst durch weitere Erhebungen festgestellt werden. Immerhin war auch das, was Graf Schulin Petition mitteilte, nicht von Wapve: In Steglitz machten im Vorjahre von 102 Baugewerbetreibenden 72 pleite — das langt. Der Graf sprach auch von den vielen

leerstehenden Wohnungen in Groß-Berlin: 72 000 Wohnungen und 18 000 Geschäftsräume! Und doch lebt das Volk zusammengepfercht, in stinkenden, lichtlosen Sinterhäusern, in nassen Kellern und in „Gartenwohnungen“ vor bemalten Brandmauern. . .

Erst im Mai tritt das Herrenhaus wieder zusammen.

Unfall der Zentrumsblaken.

Wie aus Straßburg telegraphiert wird, ist der Gnadenfonds des Kaisers, der von der Budgetkommission der Zweiten Kammer des sächsischen Landtages seinerzeit gestrichen worden war, durch eine Mehrheit aus Zentrum, Fortschritt und Liberalen in seiner ursprünglichen Höhe wieder eingesetzt worden.

Die Herikale Reaktion in Bayern.

Ein interessanter Zufall fügte es, daß am Donnerstag unmittelbar hintereinander der altbayerische Bauernbündler Eisenberger und der Ministerpräsident v. Hertling sprachen. Der Bauernbündler in seiner bäuerlichen Tracht verteidigte mit kräftigem und zielicherem Humor das Wahlbkommen der Bauernbündler mit der Sozialdemokratie. Er trat für einen freien und unabhängigen Bauernstand ein, verpönte ergründlich den geistlichen Mißbrauch der Religion für Zentrumszwecke und forderte Freiheit politischer Ueberzeugung für jedermann. Eisenberger gab auch offen zu, daß die Sozialdemokratie eine sehr verantwortliche und eifrige Tätigkeit zum Nutzen der Landwirtschaft im Parlament entwickelt habe.

Nach diesem Bekenntnis eines freien Bauern hielt der Ministerpräsident v. Hertling die reaktionäre Rede, die seit vielen Jahren in Bayern gehört worden ist. Er proklamierte geradezu den Umsturz von Gesetz und Verfassung. Ueber die Geheimnisse des Ministerwechsels lehnte er auch jetzt jede Auskunft ab; nur gab er zu, daß er in der Tat von einem unverantwortlichen Ratgeber, dem allliberalen Scharfmacher v. Kuer, für den Posten vorgeschlagen worden sei. Auch für die Vorgänge im Bundesrat hatte er lediglich inhaltslose Worte. Schroff lehnte Herr v. Hertling jede Wahlrechtsreform in der Richtung des Proporz ab.

Ueber seine Stellung zur Sozialdemokratie und zur Beamten-schaft erklärte er unter großer Bewegung des Hauses: „Es wurde schon wiederholt gefragt, was ich mit dem Appell an die Beamten-schaft meine, und es wurde angebeutet, als ob vielleicht die Regierung damit umginge, den Beamten, die in dem hinter und liegenden Wahlkampf für einen Sozialdemokraten gestimmt haben, nachträglich den Prozeß zu machen. Daran denkt die Regierung nicht. Die Worte bezogen sich nicht auf die Vergangenheit, sondern auf die Zukunft. Ich mache daraus kein Hehl, daß ich es für unzulässig halte, wenn in einem monarchischen Staat ein Staatsbeamter für einen Sozialdemokraten eintritt. (Wärm links, Rufe: Das ist ausgezeichnet!) Wer als Beamter in den Dienst des Staates tritt, ist verpflichtet, auch für den Staat als solchen einzutreten. Er ist deshalb auch im monarchischen Staat verpflichtet — ich spreche hier nur von Gewissenspflichten —, für die Aufrechterhaltung der monarchischen Staatsordnung einzutreten, und sich von solchen Bestrebungen fernzuhalten, die, wenn auch auf dem Wege friedlicher Entwicklung und allmählicher Belehrung, die monarchische Staatsform mit einer republikanischen verdrängen sehen möchten. Ich halte es daher für unzulässig, daß im monarchischen Staat ein Staatsbeamter für die Sozialdemokratie tätig ist. Daraus folgt für uns — und hierin sind die Minister vollkommen einig — daß ein Angehöriger der Sozialdemokratie nicht als Staatsbeamter angestellt werden kann. Das gilt auch bezüglich der Verfassung der Beamten. Sie es denn nicht selbstverständlich, daß der monarchische Staat zu seinen Beamten und zu den Trägern staatlicher Funktionen überhaupt keinen solchen heranzieht, der auf ihrem Standpunkt steht, die Sie doch als letztes Ziel eine, wenn auch friedliche, Umwandlung der gesamten heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung anstreben?“

Hertling bellante sich dann als ein überzeugter Monarchist und erdörte ausführlich die sozialdemokratische Geschichtstheorie. Allgemeine Verblüffung rief der Schluß seiner Rede hervor. Er gab nämlich die Sammelpolitik auf und rief den Liberalen drohend zu: „Sollte man im Hause mit Ihnen (den Liberalen) nicht zu einer friedlichen Verständigung kommen, dann muß es auch anders gehen!“

Die Einberufung des nationalliberalen Vertretertages.

Der Vertretertag, der laut Beschluß des Zentralvorstandes vom 24. März innerhalb sechs Wochen einberufen werden soll, um die Gegensätze in der Partei zu klären, wird, wie die „Nationalzeitung“ mittelt, am 12. Mai in Berlin im Zoologischen Garten stattfinden.

Politische Polizei und Zechenverband.

Wegen der Hilfe, die die politische Polizei in Essen dem Zechenverbande bei der Ermittlung der Mitglieder des Steigerverbandes geleistet, hat sich der Vorsitzende des Verbandes am 18. März beim Regierungspräsidenten in Düsseldorf beschwert. Darauf ist folgende Antwort eingegangen:

„Die Ermittlung der Namen der Mitglieder des Steigerverbandes und ihre Bekanntgabe an den Zechenverband ist durch einen Beamten der Polizeidirektion in Essen veranlaßt worden, ohne daß der Herr Polizeipräsident davon Kenntnis hatte. Der von Ihnen genannte Kriminalhauptmann ist dabei nicht selbstständig tätig gewesen.“

Der von dem Zechenverbande gezahlte Betrag ist lediglich zur Deckung entstandener Unkosten verwendet worden. Postbeamten sind an der Angelegenheit nicht beteiligt gewesen.

In Uebereinstimmung mit Ihren Ausführungen ist der Herr Polizeipräsident der Ansicht, daß die Polizei im Auftrag und für Rechnung eines privatwirtschaftlichen Vereins unter keinen Umständen tätig sein dürfte. Er hat daher dem betreffenden Beamten seine schärfste Mißbilligung ausgesprochen und strengste Anordnung getroffen, daß ähnliches nicht wieder geschieht.

Mit den Maßnahmen des Herrn Polizeipräsidenten bin ich vollkommen einverstanden.“

Aus der Antwort ersieht man, daß der Polizeidirektor sehr leichten Kaufes davon gekommen ist, besonders da ihm geglaubt wird, seine Auslagen seien so hoch wie die empfangene Geldsumme gewesen. Die ihm vom Polizeipräsidenten ausgesprochene Mißbilligung ist keine Strafe für sein Verhalten. Man vergleiche damit nur einmal die jetzt gefällten Urteile wegen Streikvergehens.

Der Polizeidirektor hat bewußt dazu beigetragen, eine Reihe pflichttreuer Männer um ihre Existenz zu bringen und sie dem wirtschaftlichen Elende auszuliefern. Dafür hat er sich bezahlen lassen, denn solche hohen Auslagen — man spricht von 1000 M., die er bekommen — hat das Abschreiben der Adressen nicht erfordert. Damit hat er nicht nur die Pflichten seines Amtes verletzt, sondern, da er seine Untergebenen zur Deckung anderer Personen verleitet, hat er sich auch strafbar gemacht. Trotzdem behält er seinen Posten, und man spricht ihm nur die Mißbilligung aus. Vielleicht oder wahrscheinlich liest man schon in wenigen Monaten, daß er die Treppe zu besserer Stellung hinaufgestürzt ist.

Fünf Millionen für den Hamburger Hafen.

Die Hamburger Bürgerchaft hat am Mittwoch einstimmig einen dringlichen Senatsantrag angenommen, in welchem mit Rücksicht auf den stark gestiegenen Schiffverkehr für den weiteren Ausbau der Hafeneinrichtungen rund fünf Millionen Mark verlangt werden. Es handelt sich um Neuanlagen und Schiffsliegeplätze. — An demselben Abend ist die Bürgerchaft auch in die Budgetberatung eingetreten.

Zwei Blutopfer des Militarismus.

Der militaristischen Kasernenkultur mit ihrem Drill und ihrem Zwang, mit ihrer Vernichtung des Menschentums und der Erdrückung der freien Persönlichkeit sind wieder zwei Menschenleben zum Opfer gefallen. In der ostpreussischen Garnisonstadt Osterode hat sich am Mittwoch eine Tragödie abgespielt, die nur im Kasernenmilieu entstehen konnte und die sich nur aus dem Wesen des Militarismus heraus begreifen läßt. Nach einer Meldung des „B. Z.“ wurde am Dienstagvormittag gegen 11 Uhr Hauptmann Reetsch, der Kompagniechef der 11. Kompagnie des Infanterieregiments v. Grolman (1. Bosenches) Nr. 18, auf dem Kasernenhof von dem der gleichen Kompagnie angehörenden Musketier Ehnersleben, der im ersten Dienstjahre stand, erschossen. Der Musketier befand sich auf dem Gange seines Kompagnierebiers und schob vom Gangfenster aus mit seinem Dienstgewehr auf seinen Hauptmann. Dieser wurde in die linke Brustseite getroffen und stürzte sofort tot zu Boden. In der Begleitung des Offiziers hatten sich einige andere Offiziere befunden. Bevor sich diese im ersten Schreck klar wurden, was eigentlich geschehen war, trachtete auch schon ein zweiter Schuß auf dem Kompagniegang. Der Musketier hatte sich selbst durch einen Schuß in den Kopf getötet. Ehe noch einige im Kompagnierevier anwesende Unteroffiziere und Soldaten herbeieilen konnten, war die Tat geschehen. Beide Leichen wurden in die Leichenhalle des Garnisonlazarettis gebracht.

Nach einer weiteren Meldung des „B. Z.“ soll Hauptmann Reetsch gegen seine Untergebenen sehr streng gewesen sein.

Wenn auch noch keine näheren Nachrichten über das furchtbare Kasernen-drama vorliegen, so läßt sich doch schon jetzt annehmen, daß der Musketier Ehnersleben durch die „Erziehungsbearbeit“, die er in der Kaserne über sich ergehen lassen mußte, derart zur Verzweiflung gebracht worden ist, daß er sein junges Leben von sich zu werfen entschloß, daß er aber den wirklichen oder vermeintlichen Urheber seiner Qualen mit sich nehmen wollte in das Reich des ewigen Schweigens.

Wir wollen, solange uns keine Einzelheiten über die graufige Tragödie vorliegen, annehmen, daß der erschossene Hauptmann kein brutaler Soldatenpeiniger gewesen ist, daß er vielleicht weder die Neigung noch das Bewußtsein gehabt hat, die ihm unterstellten Mannschaften zu schänden und zu quälen; er war vielleicht „nur“ ein strenger, dienstfertiger Offizier, der den Anforderungen, die das militaristische System an ihn und seine Kompagnie stellte, gerecht werden wollte. Aber gerade die grausamen Forderungen dieses Systems zwangen ihn zu Maßnahmen, die von den Mannschaften der Kompagnie als Härte und Quälerei empfunden wurden. Die Soldaten sind trotz allen Drills und aller Erziehung zum Kadavergehorsam fähig und denkende Menschen, und das einzelne Individuum reagiert je nach Charakter und Erziehung verschieden auf Druck und Zwang. Was der eine mit stumpfer Gleichgültigkeit, der andere mit spöttischem Leichsinne erträgt, löst in dem Dritten dumpfen Haß und wilde Verzweiflung aus. Und zu dieser letzten Art von Leuten mag der unglückliche Musketier gehört haben. Er und der Hauptmann, sie sind beide die Opfer eines Systems geworden, das neben vielen anderen schon aus diesem Grunde reif ist, für immer aus der Welt geschafft zu werden.

Frankreich.

Eine entführte Leiche.

Paris, 27. März. (Eig. Ber.) Heute hätte das Leichenbegängnis des von einem Streikführer ermordeten Chauffeurs Vedhomme von der Morgue stattfinden sollen. Der Minister des Innern hatte seine Zustimmung gegeben, aber er hatte nicht mit dem mächtigeren Herrn Lépinois geredet, der seine Neigung, Arbeiterbedingungen schikanös zu behindern, auch dann nicht opfern will, wenn unerhörte Brigantentaten der Polizei wahrlich ganz andere Aufgaben weisen. Während Genosse Francessi mit der Mairie des 4. Arrondissements verhandelte, um die Einzelheiten des Leichenzugs zu regeln, ließ der Polizeipräsident gestern die Leiche Vedhommers holen und unter Eskorte von 150 Polizeiaagenten nach Levallois-Perret fahren. Die Polizisten wurden zartfähernderweise in Automobilen transportiert, die die Gesellschaft „La Française“, zu deren Streikbrechern der Mörder gehört, zur Verfügung gestellt hatte! — Der Zweck dieses Willküraktes war, eine Kundgebung in Paris unmöglich zu machen. Lépinois wollte auch, daß das Begräbniß vom Hotel aus, das Vedhomme in Levallois-Perret bewohnt hat, stattfinden, doch weigerte sich der Eigentümer, die Leiche aufzunehmen und so konnte es der Polizeigewalt nicht verhindern, daß die Leiche im Gewerkschaftshaus der Chauffeure aufgebahrt wurde. Das Begräbniß findet morgen statt, sofern nicht die Polizei zur Schädigung der Manifestation weitere Hindernisse ausfindet.

Levallois, 28. März. (B. Z. B.) Bei der Beerdigung des Kraftwagenführers Vedhomme kam es heute am Ausgange des Kirchhofes zu Streitigkeiten zwischen der Polizei und Manifestanten. Diese wurden zerstreut.

England.

Tom Mann aus der Haft entlassen.

Salford, 28. März. Das Gericht hat die Entlassung des Arbeiterführers Tom Mann aus der Haft genehmigt, nachdem es eine schriftliche Bürgschaft dafür erhalten hatte, daß der Angeklagte, solange das Verfahren gegen ihn schwebt, seine die Soldaten zur Meuterei aufreizenden Erklärungen nicht wiederholen werde.

Keine Abtretung der Walfischbay.

London, 28. März. Unterhaus. Faber fragte an, ob Staatssekretär Grey irgend welche Mitteilung über die Möglichkeit der Abtretung der Walfischbay an eine fremde Macht (gemeint ist Deutschland. D. B.) machen könne. Grey erwiderte, die Antwort müsse negativ lauten, da ihm keinerlei Gründe bekannt seien, eine derartige Abtretung in Betracht zu ziehen.

Reichstag.

87. Sitzung, Donnerstag, den 28. März 1912, vor mittags 10 Uhr.

Am Bundesratsstische: Kühn, Kraetke. Der Handels- und Schiffsverkehrsvertrag mit Bulgarien wird in dritter Lesung debattelos angenommen, ebenso das Staatsnotgesetz.

zweite Beratung des Postetats

fortgesetzt. Zunächst wird über die zum Titel Staatssekretär gestellten Resolutionen abgestimmt.

Die Resolution der nationalliberalen und der Volkspartei, den Dienst nach 8 Uhr abends und den an Sonn- und Feiertagen 1/2 Tag zu rechnen, wird gegen die Stimmen der Rechten und des Zentrums angenommen.

Die Resolution der nationalliberalen und der Volkspartei, den Erholungsurlaub der Angestellten in angemessener Weise zu erweitern, wird mit großer Mehrheit angenommen, ebenso die Resolution der Linken, die elfassischen Post- und Telegraphenbeamten denen der Reichspostbahnen in bezug auf die Gewährung nichtpensionsfähiger Zuschläge gleichzustellen.

Weim Titel Oberpostdirektionen bemerkt

Abg. Kunert (Soz.):

Bei den Stadtverordnetenwahlen in Halle a. S. wurde ein starker Terrorismus von den bürgerlichen Parteien ausgeübt. Nach der Wahl hat sich ein

Denunziantenkübel

zusammengelan, um zu ermitteln, ob Beamte sozialdemokratisch gewählt haben. Vom Bürgerverein wurde eine Statistik aufgestellt, nach der 15 Beamte, darunter 8 aktive, ihre Stimme dem Sozialdemokraten gegeben haben. Die Oberpostdirektion Halle beteiligte sich an diesem Denunziantenstreich und beschuldigte die Beamten in einer Weise, die man nur als einen Akt unverschämter Reaktion bezeichnen kann. Als Ergebnis ihrer Schamlosigkeit veröffentlichte sie eine Erklärung, daß die erwähnte Behauptung, soweit Angehörige der Reichspost- und Telegraphenverwaltung in Frage kommen, sich auf irrtümliche Aufzeichnungen stützt und unrichtig ist. Nicht das ist wesentlich, daß diese Schamlosigkeit negativ verläßt, sondern daß sie überhaupt vorgenommen wurden. Es liegt darin eine Einschüchterung wirtschaftlich abhängiger Männer, die eine grobe Verletzung ihrer staatsbürgerlichen Rechte darstellt. Wie der Beamte wählt, das geht die Vorgesetzten gar nichts an. Der Beamte verkauft seine Arbeitskraft an den Staat, nicht aber seine Persönlichkeit, sein Innenleben, das seine ureigenste Sache bleibt. Wer die ökonomische Uebermacht des Staates benützt, um den Beamten zu zwingen, seine wahre Meinung zu verhehlen, begeht an ihm ein Verbrechen (Sehr richtig!), und bei den Wiederholungen dieser Dinge muß man geradezu von Gewohnheitsverbrechen sprechen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Dieser Fall in Halle ist nicht ganz vereinzelt. Auch 1910 sind in Oberschlesien Beamte verurteilt worden, die nicht so gewählt hatten wie die Regierung wünschte, sondern einem politischen Kandidaten die Stimme gegeben haben. Der Ministerialdirektor aber auch der Staatssekretär und der Reichskanzler sind die Urheber des unerhörten Drudes, der auf das gesamte Beamtenum ausgeübt wird.

Vizepräsident Passke: Der Reichskanzler gehört nicht zum Titel Oberpostdirektion; die allgemeine Diskussion ist schon gestern geschlossen.

Abg. Kunert (fortfahrend):

Auf die Postbeamten ist ein ganz unerhörter Druck ausgeübt worden, und der Reichskanzler ist mit der Urheber dieses Drudes. Nebenbei ist das von jeder so gewesen, die postalischen Behörden haben den Beamten auch das Koalitionsrecht genommen. Ich richte an den Staatssekretär die Frage, ob er etwas getan hat gegen diese Vorgänge und was er tun will, um für später solche Vorkommnisse auszuschließen. Ich bin ja nicht Optimist genug, um zu glauben, daß er etwas tun wird. Wir haben aber die Pflicht,

Kleines feuilleton.

Ein Jubiläum des Telephons. Die Fachzeitschrift „Lumiere Electrique“ erinnert daran, daß in diesem Frühjahr 25 Jahre vergangen sind, seit die erste internationale Fernsprechverbindung eröffnet wurde, und zwar zwischen Brüssel und Paris. Damals begegnete die Absicht, das Telephon über so große Entfernungen benutzen zu wollen, den größten Zweifeln, sogar unter den Elektrikern selbst, während heute über weit größere Räume hinweg gesprochen wird. Immerhin kam die Telegraphenverwaltung in Belgien und Frankreich schon im Jahre 1882 dahin überein, Versuche zwischen den beiden Hauptstädten vorzunehmen, die zunächst nur bei Nachtzeit ausgeführt wurden, indem man die Telegraphendrähte dazu benutzte. Es wurden besondere Vorkehrungen dafür getroffen, den Strom zu verstärken. Am 16. Mai 1882 vollzog sich in den Morgenstunden das erste erfolgreiche Gespräch zwischen Brüssel und Paris. Dennoch kam es nicht gleich zur praktischen Anwendung in Europa, sondern die Pioniere des Telephons wandten sich zunächst nach Amerika, wo gerade eine neue Zeitung zwischen New York und Chicago angelegt und für eine gleichzeitige Benutzung durch Telegraphie und Telephon abgemessen wurde. Nachdem das Unternehmen vollausgeführt war, kamen die nach Europa zurückgekehrten Ingenieure um die Konzession eines internationalen Fernsprechnetzes ein, durch den sie unter Benutzung der Telegraphendrähte die Wörtern von Brüssel, Antwerpen, Amsterdam, Hamburg, Frankfurt, Paris, Madrid und Lissabon miteinander verbinden wollten. In diesem Umfang kam der Plan damals noch nicht zum Ziel, sondern seine Ausführung wurde zunächst auf eine Linie von Brüssel nach Paris beschränkt. Im Jahre 1887, also vor 25 Jahren, wurde die Linie bei Gelegenheit einer Ausstellung für Telephonie in der Brüsseler Börse eröffnet. Zunächst wurden die Telegraphendrähte benutzt, es wurde aber 1887 eine eigene Leitung von 320 Kilometern Länge in 3 Wochen gelegt.

Der Haftbefehl in einem Fall. Der Untersuchungsrichter beim Landgericht Düsseldorf erklärt, wie in Nr. 3955 des „Deutschen Jahrbuch“ zu lesen ist, folgenden Haftbefehl:

„Der Fleischtransporteur Henry Wollers ist zur Untersuchungshaft zu bringen, weil er dringend verdächtig ist, zu Kallinen am 4. 8. 12 gemeinschaftlich mit dem jetzt in Untersuchungshaft sitzenden Schreiner Theodor Eggert, mit Gewalt gegen eine Person fremde bewegliche Sachen einem anderen in der Absicht weggenommen zu haben, sich dieselben redtwidrig zuzueignen, und zwar auf einer Straße indem sie dem Vorkaufmann Johann Junter, den sie in einer Wirtschaft kennen gelernt, der für sie Bier bezahlt und bei dem sie einen größeren Geldbetrag gesehen hatten, von der Wirtschaft Querling in Edamp ein Stück nach seiner Arbeitsstelle an der Volkharderstraße in Edamp begleiteten, indem dann auf diesem Wege in der Nähe des Bahnhofsüberganges auf der Vaterstraße in Kallinen Wollers den Junter plötzlich anpöbelte und festhielt, während Eggert ihm aus seiner Gefäßtasche eine Barista mit einem Gesamtbetrag von ungefähr 48 M. in Zwei-, Drei- und Fünfmarkstücken herausnahm, worauf beide weglichen. — Verbrechen gegen §§ 249, 250 St. G. B., 256, 47 St. G. B. — und weil ein Verbrechen den Gegenstand der Untersuchung bildet und daher Fluchtverdacht gesetzlich begründet ist.“

die Unabhängigkeit der Beamten hochzuhalten und solche Vorkommnisse auf das energischste zu mißbilligen. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Unterstaatssekretär Granzow: Die Mitteilung, daß Beamte sozialdemokratisch gewählt hätten, war der betreffenden Oberpostdirektion als ein Vorwurf zugekommen, und sie mußte nun feststellen, ob das wahr sei. (Lebhafte Zuruf bei den Sozialdemokraten: Das geht Sie gar nichts an), und als sich herausstellte, daß es nicht wahr sei, hat die Oberpostdirektion eine Verurteilung erlassen. (Abg. Ledebour (Soz.): Das geht Sie gar nichts an, das ist eine Unverschämtheit.)

Vizepräsident Passke: Ich rufe den Abg. Ledebour zur Ordnung.

Unterstaatssekretär Granzow: Ist denn das ein Verbrechen? Die Oberpostdirektion ist eifrig bemüht im Interesse der Beamten diesen Vorwurf (Lebhafte Zuruf bei den Sozialdemokraten: Es ist kein Vorwurf!) — es ist aber so aufgefaßt worden und die Oberpostdirektion hat diesen Vorwurf zu entkräften gesucht. Das ist die unverschämte Reaktion, von der der Abg. Kunert gesprochen.

Abg. Graf v. Praschma (Z.) bittet die Einschichtung der Brieftelegramme auch auf kleinere Postämter ausgedehnt zu werden.

Staatssekretär Kraetke: Das geht nicht; Brieftelegramme sind vorläufig nur versuchsweise eingeführt, wo sie sich ohne die Einschichtung neuer Beamter durchführen lassen.

Abg. Dr. Weill (Soz.):

Die Grundsätze, die der Staatssekretär gestern verkündet hat, werden von den nachgeordneten Postdirektoren sehr energisch gehandhabt. Bei der merkwürdigen Antwort, die der Unterstaatssekretär gegeben hat, werde ich den Eindruck nicht los, daß die nachgeordneten Behörden in ihrem Eifer doch etwas sehr weit gehen. So wenig lobenswert auch die Theorie des Staatssekretärs ist über das Nichtdauern von Sozialdemokraten, so ungewöhnlich erscheint die Praxis der Oberpostdirektionen. Der Fall, den der Abg. Kunert vorgebracht hat, kennzeichnet genug und ebenso die Fälle in Oberschlesien, auf die gestern schon hingewiesen ist. Ein Fall in Reg. aber übertrifft sie noch. Dort hat sich etwas sehr Seltsames und Kühnes zugezogen. Unmittelbar vor der Stichwahl hat die Oberpostdirektion in Reg. einer großen Zahl von Postbeamten, wenn nicht gar allen, folgenden Rebers zur Unterzeichnung vorgelegt: „Von dem Erlaß des Staatssekretärs vom 25. Juni 1898 betreffend Bestrebungen der Sozialdemokratie habe ich Kenntnis erhalten.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Der Erlaß stammt aus der seligen Zeit des Husaren Generals v. Poddbielski, im übrigen enthält er die üblichen Redensarten gegen die Sozialdemokratie.

Daß der Geist Poddbielskis auch jetzt noch die Verwaltung beherrscht, erfährt man wohl daraus, daß auch jener Erlaß aus seiner Zeit stammt. Er ermahnt die Beamten, ja nicht zur Sozialdemokratie zu gehen, und betont, jede Beteiligung an sozialdemokratischen Bestrebungen sei unvereinbar mit der durch den Dienst angelegten Amtspflicht, und Beamte, die solchen Anschauungen Ausdruck geben, würden im Dienste nicht geduldet werden. (Sehr richtig! recht.) Dieser Erlaß wird den Beamten unmittelbar vor der Wahl vorgelegt, und sie müssen unterschreiben, von ihm, von dieser Drohung, Kenntnis zu haben. Diese Zumutung an die Beamten wirkt wie

eine behördliche Wahlbeeinflussung.

Diese Beeinflussung ist so plump und so brutal, daß ich trotz aller Befangenheit, mit der man naturgemäß der Politik des Staatssekretärs begegnen muß, die Frage aufwerfen muß, ob diese Beeinflussung mit der Billigung und der Kenntnis des Staatssekretärs erfolgt ist. Wir haben gestern gehört, er duldet keine Sozialdemokraten in der Beamtenenschaft, und er dementiert das Vorkommen von Sozialdemokraten in der Postbeamtenenschaft. Ein sehr einfaches Mittel, sie daraus zu entfernen. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) In Widerspruch damit stehen schon die Bestrebungen, die Meinungsfreiheit der Postbeamten zu verhindern, sobald das Eindringen der Sozialdemokratie befürchtet wird. Aber ganz anders liegt noch der Fall in Reg. Solange der Staatssekretär keine Zuneigung zur Sozialdemokratie hat, ist das nur ein Sentiment, und wenn er uns

für die merkwürdige geistige Disziplinierung und Konzentration im Zusammenhang mit der möglichst komplizierten Darstellung eines einfachen Vorganges ist dieser Satz ein schönes Beispiel.

Der Hungertod in England. Der soeben erschienene amtliche Bericht des englischen Standesregisters über das Jahr 1910 gibt ein trauriges Bild von der Zahl der Menschen, die alljährlich in England buchstäblich Hungers sterben. 1910 wurden bei nicht weniger als 111 Todesfällen von dem amtlichen Totenbeschauer festgestellt, daß Hunger und Entbehrungen die unmittelbare Ursache des Ablebens waren. Unter den Opfern des Hungertodes werden aufgeführt: ein ehemaliger Schulmeister, ein Buchhalter, zwei Handlungskommis, ein Stenograph, ein Virtuosenhändler, ein Schreiber, ein Chemiker und die Schwester eines Geistlichen. In 18 Fällen konnte die Persönlichkeit der Toten nicht mehr festgestellt werden. Weitere Nachforschungen haben dann ergeben, daß von den 111 an Hunger und Entbehrungen Gestorbenen nicht weniger als 85 ein Unterstützungsgesuch an die Armenbehörde versandt haben. In den meisten Fällen beantworteten die Bedürftigen den Rat, ins Armenhaus zu gehen, mit der Erklärung, lieber zu sterben oder zu betteln. In drei Fällen fand man im Nachlaß nicht unerhebliche Geldmittel, so daß krankhafter Geiz bei dem Hungertode seine Rolle gespielt haben muß. In dem Zimmer einer Frau wurden 3160 M. in Gold und Banknoten gefunden, ein Mann hatte ein Bankguthaben von 6000 M. und ein Dritter 2000 M. auf der Postsparkasse und 100 M. in der Tasche.

Die Rutzprobe des Torero. Die blutigen Grausamkeiten, die mit einem echten Stierkampf untrennbar verknüpft sind, haben schon manchen fremden Gast voll Abstoßen aus einer spanischen Arena getrieben, und selbst unter den durchaus nicht sensationsfeindlichen Badegästen des fashionable Kurortes San Sebastian gibt es nicht wenige Besucher, die schon nach dem ersten Gange häufig der Arena den Rücken kehren. Sie versäumen damit ein eigenartiges Schauspiel, das sich von den blutigen Zwischenfällen des regelrechten Stierkampfes durch die merkwürdige Tatsache unterscheidet, daß noch nie bei dieser Feuerprobe männlichen Mutes auch nur ein einziger Tropfen Blut geflossen ist. Und doch fordert diese „Probe des Don Torero“ Werben von Stahl und einem Mut, der dem Tode gerade ins Auge sieht, ohne auch nur mit einer Wimper zu zucken. In der Pause wird ein etwa 60 bis 80 Zentimeter hoher weißer Sockel aus Holz in die Arena getragen und dann erscheint einer der Toreros, in ein antikes, weißes Gewand gekleidet. Alles an ihm ist weiß, Sandalen, Trikot, Hals, Gesicht und Haare sind unter einer dichten Puderschicht verhüllt; in der atemlosen Stille bestiegt der Mann jenen Sockel, kreuzt die Arme und bietet damit in völliger Unbeweglichkeit den läufenden Anblick eines marmornen Standbildes. Ein Wink: und der junge, wütende Stier stürmt in die Arena. Nach hat er die seltsame Gestalt in der Mitte des Feldes nicht gesehen. Dann plötzlich kommt der Augenblick fürstlicher Spannung: das Tier hat den unbeweglichen Torero erblickt, es senkt den Kopf und in der nächsten Sekunde stürmt das wütende Tier auf das lebende Standbild zu. Schon macht sich im Publikum die bis zu höchster Aufregung emporgewirkte Nervenspannung in wildem Schreien Luft; blühend vermindert sich der Abstand zwischen dem daherstürmenden Tier und seinem scheinbar sicheren Opfer; aber der Torero steht unbeweglich auf seinem Postament. Fast hat der Stier sein Ziel

dementiert, so regt uns das nicht besonders auf. Wenn aber die Verwaltung in dieser Weise eingreift, sehen wir uns genötigt, die Gedankenfreiheit und die Menschen- und Staatsbürgerrechte gegen solche unerhörten Maßnahmen in Schutz zu nehmen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Ich lege keinen Wert auf die besonderen, fast pikanten Umstände der Wahl in Reg. keinen Wert darauf, daß mein Gegner ein Vorstandsmitglied des Vereins „Lorraine sportive“ war, weil die ganze Wahl die Postverwaltung überhaupt nichts angeht. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten), weil sie sich um diese Dinge nicht zu kümmern hat, weil sie nur ihre Geschäfte zu besorgen hat und nicht in die Wahlagitator mit Flugblättern und Reversen eingreifen soll. Es handelt sich um einen unerhörten Eingriff in die Wahlfreiheit und Staatsbürgerrechte der Beamten.

Wenn gestern der Staatssekretär gegen Angriffe auf die Beamten, die von uns erfolgt sein sollen, pathetisch protestiert hat, so haben wir vielmehr das Recht, im Namen der Beamten zu protestieren gegen diese Herabsetzung ihrer politischen Rechte, gegen diese Unterdrückung ihrer Stellung im öffentlichen Leben. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Herr v. Camp hat einmal geäußert, die Beamten seien deshalb zu größerer Königstreue verpflichtet, weil sie dafür bezahlt würden (Abg. v. Camp: Die politischen Beamten), dann freue ich mich, wenn Herr von Camp diesen Eingriff in Reg. gleich uns mißbilligt. (Abg. von Camp: Gar nicht.) Andernfalls zeugt das von einer Geistesverfälschung, die ebenso subaltern ist, wie beleidigend für die Beamtenchaft. Wir verlangen für alle Staatsbürger dieselben Rechte und lassen uns auch dadurch von der Verletzung dieser Rechte nicht abhalten, daß diese Einschüchterungsversuche nichts nützen und nichts genügt haben. Daß ich auf dieser Tribüne stehe, ist ja ein Beweis dafür. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Meinungen und Ueberzeugungen lassen sich eben nicht wegdemontieren und lassen sich zwangsweise nicht so gestalten, wie der Herr Staatssekretär es wünscht. Wir legen aber den Nachdruck darauf, daß diese Einschüchterung wie ein Terror wirken muß. So schreibt ein Briefträger aus Reg., der sich über die vielen Dienststunden beschwert: „Meine Unterschrift kann ich nicht geben; sollte der Brief vielleicht in falsche Hände kommen, so wäre ich verloren!“ (Lebhafte Lachen rechts und im Zentrum.) Das zeigt die Verächtlichkeit der Beamten, aber auch ihre Erbitterung über den Mangel an Respekt, den man ihnen entgegenbringt und ihrer Persönlichkeit entgegenbringt. Nicht unsere Aufregung ist es, die das veranlaßt, sondern sie selbst schaffen unter den Beamten eine Atmosphäre des Mißtrauens, aus der unmöglich Gutes erwachsen kann. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Kraetke: Eine Anweisung an die Oberpostdirektion, den Erlaß von 1898 den Beamten bekanntzumachen, ist nicht erfolgt. Die Oberpostdirektion in Reg. hat von der Aufwiegelung Kenntnis erhalten, die durch das von sozialdemokratischer Seite an alle Beamten und Unterbeamten verandte Flugblatt: „Die Postbeamten und die Reichstagswahlen“ geschah, und da hat sie es für nötig erachtet, diesen Erlaß von 1898 den Beamten zur Kenntnis zu bringen, damit sie unterrichtet sind, wie die Behörde über solche Bestrebungen denkt. Sie selbst also (zu den Sozialdemokraten) haben die Behörde eigentlich zu dem Vorgehen veranlaßt. (Große Heiterkeit.) Die Behörden können doch nicht die Hände in den Schoß legen und ruhig zusehen, was die Sozialdemokratie tut. Wenn derartige Unwahrheiten, wie sie in diesem Flugblatt stehen, verbreitet werden, können wir das doch nicht ruhig hinnehmen. Wenn nun eine Oberpostdirektion die Beamten darauf hinweist und ihnen den alten Erlaß bekannt macht, so kann ich darin kein Unrecht sehen. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Struve (Sp.): Der Staatssekretär hat erklärt, von ihm aus sei der Befehl zu dem Vorgehen nach Reg. nicht gekommen. Der großen Mehrheit des Hauses wäre es aber interessanter, zu hören, ob er wünscht, daß die Oberpostdirektionen so vorgehen, oder er unter keinen Umständen will, daß die Oberpostdirektionen sich um die Abstimmungen und das Wählen der Beamten kümmern. Wenn mich mein Gedächtnis nicht täuscht, hat er vor 5 oder 6 Jahren gelegentlich eines Falles in Kiel, den ich zur Sprache brachte, das

erreicht, da geschieht etwas Seltsames. Die weiße Farbe, die Unbeweglichkeit der Gestalt verwirren das Tier. Kaum zwei Meter von ihr entfernt, stemmt es sich plötzlich zurück, noch peitscht der Sämeiß den Boden, aber es bleibt stehen, und starrt wie erlaunt auf dieses weiße Wesen. Ein paar mal umschreitet das Tier mißtrauisch den regungslosen Torero, wendet sich fort, kehrt wie zweifelnd wieder zurück; aber es unternimmt keinen Angriff. Wenn der Stier schließlich davontreibt, springt der Torero von seinem Postament und verbeugt sich lächelnd vor dem in wilder Begeisterung rasenden Publikum. Das ist die Probe des Don Torero, die seit Jahren regelmäßig stattfindet und bei der noch nie ein Unglück geschah.

Notizen.

Theaterchronik. Die Neue Freie Volksbühne veranstaltet am Sonntag im „Neuen Volks-Theater“ einen zweiten Strindberg-Abend. Außer den bereits aufgeführten Einaktern: „Die Stärkere“ und „Gläubiger“ gelangt „Mit dem Feuer spielen“ zur Aufführung.

Der homogene Intendant. Das schwarze Regiment, das jetzt Bayern schöner denn je vorankommt, singt an, ganze Arbeit zu tun. Ist das Ministerium homogen (d. h. schwarz), warum sollen es die anderen Posten und Ämter nicht auch sein? Ist es zu duben, daß die künigl. bayerischen Bühnen einem Intendanten anvertraut sind, der zwar durch Hofgunst zu seinem Amt kam, aber der Zentrumsparole nicht folgt? Wir möchten, antwortet der Herr des Volles, und schon werden ein paar profunde Feuerchen in der schwarzen Presse entzündet, die den Herrn v. Speidel, der moderne Literaten wie Wahr, Lothar, Thoma und Wedekind gar zu Worte kommen ließ, hinausdrängen sollen. Wirkliche und wahrhafte Fringen (mit r) sollen es auch befechtigt haben, daß sie nicht mehr in ein Theater geben, wo so grausliche Eberwürgelungen aufgeführt werden. Der Intendant muß homogen, d. h. von Zentrum Gnaden sein. Und wozu hätte man denn die Jurigen in München, wenn man nicht einmal einen Theaterintendanten wegbringen könnte. Wo an die Arbeit!

Der Kinematograph als Lehrmittel. Eine größere Anzahl technischer Filme, wie die Fabrikation von Glühlampen, die Arbeiten in einem Eisenhüttenwerk und andere, lassen Siemens-Schudert-Werke in Berlin zurzeit der Berliner Schuljugend unentgeltlich vorführen.

Ein Freilichtdenkmal soll bei Rolandsee nach den Entwürfen des Londoner Bildhauers Wiens, eines Entfels Freilichtdenkmal werden.

Einen geologischen Osterausflug nach Sicilien und der Wuhelbe unter Führung des Geologen Dr. Wenzel veranstaltet die Freie Hochschule. Das ausführliche Programm ist durch die Geschäftsstelle, Blankenfeldestr. 4, zu beziehen. Der vorbereitende Vortrag findet diesen Sonnabend 8 1/2 Uhr in der Dorothienstr. 12 statt.

Der größte Krater in Tätigkeit. Der Krater des Raunio Loog auf den Schwedisch-Inseln, der als der größte Vulkan der Erde bekannt ist, befindet sich seit mehreren Wochen in außergewöhnlich reger Tätigkeit. Der ausfließende Lavaström hat bereits eine Länge von 80 Kilometern erreicht, eine Länge, die bisher noch nie beobachtet wurde.

Legtere erklärt. — Der Redner bringt dann eine Beschwerde über einen Oberpostdirektor in Berlin vor, der die höheren Beamten nicht angemessen behandle.

Staatssekretär Kraetzke: Bei uns sind Klagen über den Berliner Oberpostdirektor nicht eingegangen. Mein Standpunkt in bezug auf die Frage des Vorredners ist noch derselbe wie früher, aber der Oberpostdirektor in Mey hat nur aus dem Anlaß der Aufwiegung der Beamten die Beamten auf den früheren Gehalt aufmerksam gemacht. (Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Ledebour (Soz.):

Die Antwort, die wir auf die Beschwerden der Abgg. Weil und Kunert zu hören bekommen haben, ist außerordentlich charakteristisch für die Vorstellung, die die betreffenden Herren von ihrem eigenen Verhältnis und dem ihrer nachgeordneten Beamten zum Staat haben. Der Herr Staatssekretär empfindet das, was in Mey vorgekommen ist, und der Unterstaatssekretär, was in Halle vorgekommen ist, eigentlich als etwas ganz Natürliches. In Mey war von unserer Seite während der Wahl ein Flugblatt verbreitet worden, das sich speziell an die Postbeamten gerichtet hat. Das ist das Recht jeder Partei während einer Wahlbewegung. (Sehr richtig! links.) Davon machen sie alle Gebrauch. Nun sagt der Staatssekretär, dieses Flugblatt enthält Unrichtigkeiten, sollen wir uns das gefallen lassen? Wenn ein solches Flugblatt irgendeiner Partei noch seiner Auffassung unrichtige Behauptungen enthält, so ist die Behörde vollkommen berechtigt, ihrerseits diese Behauptungen in der Öffentlichkeit zu widerlegen. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Das können Sie nicht!) Ob sie das können oder nicht, ist für die Rechtsfrage gleichgültig.

Hätten Herr Kraetzke und die nachgeordneten Behörden sich innerhalb dieser Befugnis gehalten, so würde niemand etwas dazu sagen. Aber die Postbehörde in Mey hat in die Wahlbewegung eingegriffen, um einen Druck auf die Beamten auszuüben, daß sie nicht sozialdemokratisch wählen, und zu diesem Zweck hat sie aus den Akten den Erlaß aus dem Jahre 1895 ausgegraben, worin auf aufmerksam gemacht wird, daß die sozialdemokratischen Bestrebungen mit dem Dienst unvereinbar sind, und daß Beamte, die solchen Bestrebungen Anhang verleihen, im Dienst nicht gebildet werden. (Sehr richtig! rechts.) Dieser Erlaß ist an sich schon gerichtet gegen unsere Rechtsauffassung und gegen die Rechtsauffassung der Verfassung. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Er ist eine Gemeinheit.) Sowohl in der Reichsverfassung, wie in der preussischen Verfassung sind allen Beamten genau wie den übrigen Staatsbürgern die volle Freiheit der Ausübung der staatsbürgerlichen Rechte gewährleistet, und die höheren Beamten sind durch ihren Dienst verpflichtet, die Verfassung und die Gesetze zu achten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn aber ein höherer Beamter gegen Verfassung und Gesetz einen

terroristischen Druck auf die Beamten

auszuüben sucht, ihr Wahlrecht nicht in Freiheit auszuüben, so handelt ein solcher Beamter und Minister selber gegen den von ihm geleisteten Eid. (Verhaftes Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Präsident Kaempf: Ich kann nicht zugeben, daß Sie im Reichstage einem Staatssekretär oder Minister vorwerfen, er handle gegen den von ihm geleisteten Eid.

Abg. Ledebour (fortfahrend):

Das ist die eine Seite der Sache. Ich komme nun zu der anderen. Indem die Postbehörde in Mey unter der nachträglichen Billigung des Staatssekretärs diesen Wahlbeeinflussung Erlaß wieder ausgräbt, ist den Beamten während der Wahl mit dem angeführten Redners vorlegt, begehrt sie eine direkte Wahlbeeinflussung, damit die Beamten entgegen ihrer möglichen Ueberzeugung nicht den Sozialdemokraten, sondern irgendeinen anderen Kandidaten wählen sollen. Das ist ein direkter Eingriff in das staatsbürgerliche Recht zu wählen, das jeder Angehörige des Reiches, auch jeder Beamte hat, und bei einer früheren Gelegenheit — darauf hat der Abg. Struve hingewiesen — hat der Staatssekretär in einer Anwendung von staatsbürgerlichem Gerechtigkeitsgefühl sich auch gegen solche Beeinflussung gewendet. In Mey ist in diesem Sinne direkt gegen diesen Grundgesetz verstoßen worden, und der Staatssekretär stellt sich hierher und sagt: Ich empfinde das beinahe als etwas ganz Natürliches. Daraus geht hervor, daß er durch die lange Amtszeit im Amt eine

degradierende Abwärtsbewegung

gemacht hat, und es ist die höchste Zeit, daß er sein Amt verläßt, um nicht noch tiefer herabzusinken. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Nun zu dem Fall in Halle, den der Unterstaatssekretär beantwortet hat. In irgend einer oder mehreren bürgerlichen Zeitungen wird behauptet, Postbeamte haben sozialdemokratisch gewählt, und diese Behauptung wird in der Form eines Vorwurfs geäußert, und da sagt der Unterstaatssekretär: Da das ein Vorwurf war, mußte die vorgesetzte Behörde nachsehen, ob es wirklich vorgekommen war. Somit stellt er sich im Einklang mit seiner nachgeordneten Behörde auf den Standpunkt, es sei ein Vorwurf, wenn man sozialdemokratisch wählt, und das müssen wir uns sehr energisch verbitten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Sie können über unsere Partei alle möglichen und beliebigen Anschauungen haben, aber Sie dürfen dieser Anschauung nicht gegenüber den von Ihnen abhängigen Beamten Ausdruck verleihen, weil Sie damit auf diese Beamten einen terroristischen Druck ausüben. Wenn die Behörde es für notwendig hielt, von dieser Behauptung überhaupt Notiz zu nehmen und darauf zu antworten, so hätte sie, wie es anständigen und rechtsdenkenden Menschen zugekommen wäre, sagen müssen: Wir verbitten uns das.

Präsident Kaempf: Sie dürfen dem Unterstaatssekretär nicht Unanständigkeit vorwerfen.

Abg. Ledebour:

Ich habe gesagt, was ich für anständig halte, und was jemand in einem bestimmten Fall tun soll. Aber ich füge mich der Anordnung des Präsidenten und will nur erklären, wer auf dem Standpunkt allgemeiner Rechtslosigkeit steht und Oberpostdirektor ist, der hätte gesagt, wie verbitten es uns, daß unseren Beamten ein Vorwurf gemacht wird, wenn sie für irgend eine Partei stimmen, denn das ist ihr gutes Recht, und wir schätzen ihre Ehre viel zu hoch ein, als daß wir irgend jemand erlauben sollten, ihnen wegen ihrer Betätigung bei den Wahlen einen Vorwurf zu machen. (Lobhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Statt dessen stellt die Postbehörde Nachforschungen an und läßt herumspinneln, ob irgend ein Beamter tatsächlich sozialdemokratisch gewählt hat. Das ist ein neuer Uebergriff.

ein direkter Eingriff in das geheime Wahlrecht

wiederum eine Verletzung eines staatsbürgerlichen Rechtes. Beamte, die so gehandelt haben, haben gleichfalls ihre Eidespflicht verletzt. Die Verfassung ist beschworen und wenn eine vorgesetzte Behörde in die Wahlfreiheit eingreift, so verletzt sie die Eidespflicht, und es ist höchste Zeit dagegen vorzugehen. (Verhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Präsident Kaempf: Sie haben von neuem Beamten Verletzung der Eidespflicht vorgeworfen. (Große Unruhe bei den Sozialdemokraten, in der die folgenden Worte des Präsidenten verloren gehen.)

Abg. Ledebour (fortfahrend):

Ich sollte eigentlich denken, daß darüber unter allen Parteien dieselbe Meinung herrschen sollte, daß ein Eingreifen in die Wahlfreiheit seitens der Behörden unter keinen Umständen gebildet werden könne. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es ist das ein Mangel an dem Selbstgefühl, das jeder Abgeordnete als Volksvertreter haben sollte, ein Mangel an Achtung, die Sie dem Reichstage schulden, ein Mangel

an der Achtung, die Sie als Staatsbürger dem freien Wahlsrecht schulden, wenn Sie in irgendeiner Weise dieses unqualifizierbare Vorgehen des Herrn Kraetzke und seiner nachgeordneten Behörde billigen. Von unserem Parteistandpunkt aus können wir sagen: Fahren Sie mit so fort, dann werden Sie es dahin bringen, daß alle Beamten, die auch nur noch einen Funken von Ehrgefühl haben, sich dafür bedanken, für solche Parteien zu wirken. (Lobhafter Zuruf bei den Sozialdemokraten.)

Eine Resolution der Kommission auf Vorlegung eines Nachtragsetats, worin den Ober-Post- und Telegraphen-assistenten sowie den Vorkehrern der Postämter III. Klasse, welche vor dem 1. Januar 1900 in den Postdienst getreten sind, sowie die drei Jahre lang im Dienste des Reiches gewesen sind, eine Zulage von 300 Mark gewährt werden soll, wird angenommen; ebenso ein Antrag Camp (Rp.), diese Zulage pensionfähig zu machen.

Ferner liegt eine Resolution der Kommission vor, eine Revision des Besoldungsgesetzes dabei vorzunehmen, daß die in der zweiten Teilung der Besoldungsordnung vom Reichstag beschlossenen Gehaltsstufen insbesondere für Postassistenten und Postassistenten durchgeführt werden; 2. geeignete Maßnahmen in Erwägung zu ziehen, durch welche eine gerechte Verteilung der in der Festlegung der Bezüge, insbesondere des Wohnungsgeldzuschusses für die Postunterbeamten in einzelnen Fällen hervorgerufenen Härten und Unstimmigkeiten bewirkt wird und in einem Nachtragsetat die erforderlichen Mittel anzufragen.

3. Maßnahmen zu treffen, durch welche die in der Reichspostverwaltung beschäftigten Personen eine den örtlichen Lohn- und Lebensverhältnissen entsprechende Bezahlung erhalten, sowie die Auswärtigen für die Schaffnerklasse nach gleichjähriger Beschäftigung in der Regel etatsmäßig angestellt werden.

Abg. Wiesbert (Z.) spricht für die Resolution. So schlecht geht es aber den Postunterbeamten nicht, daß sie, falls sie nicht überzeugte Sozialdemokraten sind, nur deshalb gestimmt wären, bei den Wahlen zum roten Stimmzettel zu greifen. Diese Art Bessern auf Regierung und bürgerliche Parteien würde ihren Zweck verfehlen und wäre nicht ihrem Stande gemäß. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Das sagt ein Arbeitervertreter!)

Staatssekretär Kraetzke betont, daß die Postboten alle drei Jahre 100 M. Zulage bekommen; im übrigen werde die Verwaltung bestrebt sein, die Löhne möglichst den örtlichen Verhältnissen anzupassen.

Abg. Dr. Struve (Rp.): Die Postboten klagen aber darüber, daß diese Zulage nur acht Jahre lang gewährt wird und dann nicht mehr, falls die Postboten dann noch nicht angestellt sind. Redner beantwortet eine Resolution, die Ausgleichung der in der Besoldung der geborenen Unterbeamten bestehenden Unterschiede verlangt. Wünschenswert wäre auch eine Herabsetzung der Dienststunden der Postbeamten nach dem Vorbild der Eisenbahnverwaltung.

Abg. Ebert (Soz.):

Die Resolution betreffend die Postassistenten und Assistenten ist von uns in der Budgetkommission eingebracht und dort einstimmig angenommen worden. Ich brauche daher zu ihrer Begründung nicht mehr viel zu sagen. In der Denkschrift zum Besoldungsgesetz wurde seinerzeit ausgeführt, daß das Hauptgewicht gelegt werden sollte auf eine Besserstellung der Unterbeamten. Nach Erledigung des Besoldungsgesetzes hat sich aber ergeben, daß keine Beamtenkategorie so schlecht weggekommen ist bei dieser Regelung als die Unterbeamten, insbesondere die Schaffnerklasse. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ihre Gehaltsstufe betragen 1100 bis 1700 M. Dabei kommt in Betracht, daß durch den Wegfall der Steuerzulagen fast die Hälfte aller Unterbeamten durch die damalige Regelung überhaupt keine wirtschaftliche Besserstellung erfahren hat.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Herr Wiesberts meinte, man könne das Zentrum für die Besoldungsreform nicht verantwortlich machen. Zunächst war es aber das Zentrum, das ebenso wie die anderen bürgerlichen Parteien mit Ausnahme der fortschrittlichen Volkspartei vor dem Unannehmbar der Regierung schließlich umgefallen ist, und gerade Herr Wiesbert hat in der Budgetkommission erklärt, daß es ein politischer Fehler gewesen sei, daß man damals der Regierung nachgegeben habe. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Die Tagelöhner der nicht etatsmäßig angestellten Unterbeamten, der Postboten, sind durchaus unzureichend. Sie schwanken zwischen 2 und 3 M., mit der Zulage von 10 Pf. pro Tag erhalten die Postboten nach zehn Jahren einen Höchsthon von 2,80 bis 3,80 M. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Daß damit nicht eine Familie ernährt werden kann, ist klar; insbesondere bei den teuren Verhältnissen im Westen kann selbst ein Lediger damit nicht seinen Unterhalt bestreiten. — Ferner möchte ich hinweisen auf das große Mißverhältnis zwischen etatsmäßigen und nicht etatsmäßigen Stellen, insbesondere im Direktionsbezirk Düsseldorf. Hier kann man in der Tat von einer Rolle dieser Beamten sprechen, ja von Hungerlöhnen. Es wäre wünschenswert, wenn der Staatssekretär nur einen Teil des Eifers, den er anwendet, um aus politischen Gründen hinter Beamten herumzukäufeln, verwenden würde für eine möglichst baldige Verbesserung der Postboten. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Aus Rotbus wird mir von einer sehr ungünstigen Verteilung der Dienststunden berichtet und im Ueberfeld sollen Unterbeamte in den Sommermonaten oft

bis 76 Wochenendstunden

leisten müssen, im Winter bis 70. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Herr Wiesberts hielt es für notwendig zu sagen, daß wenn die Postbeamten für uns stimmen, sie das nur als Mißläufer und nicht aus voller Ueberzeugung tun. Das ist natürlich gar nicht selbsterleuchtend und geht auch Herrn Wiesberts gar nichts an. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Im übrigen ist die Stellungnahme des Herrn Wiesberts in dieser Frage bezeichnend für die politische Wandlung des Zentrums, das sich früher bitter bekämpfte über die Religionsanstalten und jetzt den systematischen Terror der Verwaltung gegenüber den Beamten unterstützt. Charakteristisch ist, daß gerade Herr Wiesberts eine solche Stellung einnimmt, der vor einiger Zeit einmal sagte, man muß sich schämen, ein Preuße zu sein. (Hört! hört! und Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Unterstaatssekretär Wangow: Herr Ebert sprach von Hungerlöhnen, er möge aber bedenken, daß diese Postboten meist noch junge Leute Anfangs 20 sind, die unverheiratet sind. Auch bekommen sie die drei Mark an allen Sonn- und Festtagen. Der größte Teil der nicht etatsmäßigen Unterbeamten in Düsseldorf ist noch nicht zehn Jahre in Tätigkeit bei der Post. Daß Unterbeamte bis 76 Stunden beschäftigt werden, kann ich kaum glauben. Es wird nachgeforscht werden; jedenfalls würden wir das aufs schärfste mißbilligen. Im übrigen verweise ich die Herren darauf, daß wir im Laufe von zehn Monaten 16 000 Gulden zum Aufwande in den Unterbeamtendienst haben abweisen müssen. Das beweist, daß die Verhältnisse bei uns noch immer besser sind als in der Privatindustrie. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Daß Sie diese Notlage ausnützen!)

Abg. Wiesberts (Z.): Herr Ebert hat mich mißverstanden. Ich habe nur gesagt, daß Postbeamte, die als Mißläufer ihrer Partei glauben, auf die Regierung und die bürgerlichen Parteien eine Bessern ausüben zu können, damit nicht richtig handeln.

Ferner habe ich von einem großen politischen Fehler der Regierung, nicht des Zentrums, bei der letzten Besoldungsreform gesprochen. Im übrigen hoffe ich, daß die Sozialdemokraten jetzt als stärkste Partei ihren ganzen Einfluß auf die Regierung geltend machen, daß sie wenigstens jetzt dem Beschluß des Reichstags nachkommen.

Damit schließt die Diskussion. Die Resolutionen der Kommissionen werden angenommen; ebenso gegen die Stimmen der Linken ein Antrag der Konservativen und des Zentrums, statt die

Auswärtigen für die Schaffnerklasse zu setzen: „Die Zivilantwörter für die Unterbeamtenklasse“.

Beim Titel „Postagenten“ wird nach kurzer Debatte eine Resolution angenommen, erneute Erwägungen über die Errichtung einer Pensionskasse für Postagenten anzustellen und darüber eine Denkschrift vorzulegen.

Es folgt der Titel:

Löhne für außerhalb des Beamtenverhältnisses stehende Personen.

Abg. Ebert (Soz.):

Ich will nur kurz auf die Verhältnisse der Postarbeiter eingehen. Sie klagen darüber, daß ihnen bei ihrer Anstellung die Arbeitszeit, die sie im Reichsbetriebe durchgemacht haben, auf das Besoldungsdienstalter nicht angerechnet wird. Der Reichstag hat wiederholt Beschlüsse in dieser Richtung gefaßt, leider ohne Erfolg. Man macht grundsätzliche Bedenken dagegen geltend, während doch z. B. dem Postboten eine solche Dienstzeit angerechnet wird. Das Verlangen der Arbeiter ist um so gerechtfertigter, als ihre Entlohnung äußerst unzulänglich ist. Mitteilungen im einzelnen gehen uns darüber nicht zu, es wird nur angegeben, daß im Reich durchschnittlich 2,20 M. bis 4,80 M. pro Tag bezahlt werden. Im letzten Jahre ist eine Zulage erfolgt, zum Teil von 10, von 20, teilweise aber auch nur

von 5 Pf. pro Tag.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Demen, die etwas mehr bekommen haben, ist die Zahl der Dienstjahre, nach denen der Höchsthon erreicht wird, erheblich erhöht worden. Ein Ausgleich für die tieferen Verhältnisse ist in dieser Regelung absolut nicht zu erblicken und eine allgemeine Regelung der Lohnfrage für die Postarbeiter ist dringend notwendig. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Auch sollte man sie in ein ständiges Dienstverhältnis bringen und ihnen Wochen- statt Tagelöhne zahlen. Andere Verwaltungen sind der Reichspostverwaltung längst vorangegangen. Die Regelung der Handwerkerlöhne erfolgt in einigen Bezirken entsprechend den tariflichen Vereinbarungen in der Privatindustrie, in anderen nicht. Hier wäre einmal ein Umlaß zum Reglementieren. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Die Arbeiterausschüsse scheinen man noch immer für ein notwendiges Uebel zu halten. Wie aus einer Petition des Verbandes polnischer Post- und Telegraphenarbeiter und Handwerker mit dem Sitz in Bochum hervorgeht, sind eine Reihe von Arbeiterausschüssen infolge der erfolglosen Bemühungen um eine wirksame Tätigkeit am Ende geworden und denken daran, überhaupt nicht mehr zusammenzutreten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Einem Arbeiterausschuhvertreter wurde bei einer Beschwerde gesagt: Wenn es Ihnen bei der Verwaltung nicht paßt, gehen Sie doch zu einem Privatunternehmer! Das ist

der richtige Herrenstandpunkt.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Arbeiter verlangen Sicherung der Arbeiterauschuhmitglieder gegen Mahregelung! Herabsetzung des Wahlrechtsalters für die Ausübung der Wahl zum Arbeiterauschuh und wünschen ferner, daß ein Reichs-Arbeiterauschuh geschaffen werde. Bei einer so stark zentralisierten Behörde wie der Postverwaltung ist es klar, daß bei Arbeiterfragen von allgemeiner Wichtigkeit die Zentrale entscheidet, und deshalb muß auch den Arbeitern Gelegenheit gegeben werden, auf diese Zentrale im Sinne ihrer Wünsche einzuwirken zu können. Die Frage der Schaffung einer Pensionskasse für Postarbeiter befindet sich noch immer im Stadium der Erwägungen. Der Staatssekretär sollte hinter seine Erwägungsmühlen endlich einmal etwas mehr Dampf setzen. Entzieht sich die Verwaltung diesen Wünschen der Arbeiter, so beweist sie damit, daß es ihr an dem erforderlichen Ernst und dem guten Willen, ihnen zu helfen, fehlt. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Joller (natl.): Die Löhne der Post- und Telegraphenarbeiter sind keineswegs genügend aufgehoben. Die Tagelöhner bei auswärtigen Arbeiten sollten nicht in den Lohn eingerechnet werden. Auch sollten die Löhne in Wohnlöhne umgewandelt werden. Vor allem sollten die Befugnisse der Arbeiterausschüsse klargestellt und fest umgrenzt werden. Der Staatssekretär wendet sich gegen einen Reichsarbeiterauschuh, weil er nicht mit einem „Arbeiterparlament“ verhandeln will. Aber er würde dadurch sehr gut die Wünsche der Arbeiter kennen lernen. Will man einen Reichsarbeiterauschuh nicht, so sollte man mit den Organisationen verhandeln, eines von beiden ist nötig. — Ferner sollte man für die Arbeiter ebenso gut wie für die Beamten Pensionsklassen errichten.

Abg. Behrens (wirtsch. Rp.) tritt ebenfalls für die Arbeiterpensionsklassen ein, und wünscht besseren Ausbau der Arbeiterausschüsse, wenn auch anzuerkennen sei, daß die Postverwaltung die Arbeiterausschüsse besser ausgestaltet habe als früher. Die Frage eines Zentralarbeiterauschusses könne nicht von der Postverwaltung allein erledigt werden; sollten sie in den verschiedenen Ressorts geschaffen werden, so müßten sie zu einem Erfolg für die gleichzeitigen Arbeiterkammern werden.

Staatssekretär Kraetzke: Die Lage der Arbeiter ist davon verbessert geworden; manche Wünsche der Arbeiter sind nicht erfüllt, manche, wie die nach Wochenlöhnen und von Zentralarbeiterausschüssen, können von einem Ressort allein nicht geregelt werden.

Abg. Dr. Struve (Rp., wird von der Rechten mit lautem Murren empfangen): Es ist bezeichnend, daß bei der Verhandlung wichtiger Arbeiterinteressen hier solche Unruhe herrscht. (Abg. v. Camp [R.]: Das war links.) Redner schließt sich dann, im Zusammenhang auf der Tribüne unverständlich, den Anregungen des Abg. Joller an.

Der Titel wird bewilligt. Es folgt der Titel

Ostmarkenzulagen.

Abg. Schlee (natl.): Trotzdem die Beamten diese Zulage jahrelang bezogen haben, wollen die Polen sie ihnen jetzt hand in Hand mit den Sozialdemokraten entziehen, und zwar unter Billigung des Zentrums. Sie betonen ihr gutes Herz für die Beamten, geben ihnen aber Steine statt Brot. Für die Streichung bringt man grundsätzliche Bedenken vor, man sagt, diese Zulagen seien politischer Natur, sie seien ein Glied in der Kette der Maßnahmen der preussischen Polenpolitik. Die preussische Polenpolitik geht dieses Haus überhaupt nichts an. (Lobhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Aber die Behauptung ist auch falsch. Mit Liebe sind die Polen von Preußen von jeher behandelt worden, und der Dank war der polnische Aufstand im Jahre 1863. Wenn Sie die Zustände bei uns kennen würden, würden Sie die Dinge ebenso ansehen wie wir. Man nennt diese Zulage auch eine Korruptionzulage. Auch das ist falsch. Unsere Postbeamten erfüllen ihren Dienst ehrlich gegen jedermann, dienstlich und aufrichtig haben sie sich mühterhaft gefaßt und das Vertrauen sowohl der Deutschen wie der Polen erworben. Daran ändern einzelne Mißgriffe, wie sie Herr Chaponski vorgetragen hat, gar nichts. Eine vorurteillose Prüfung ergibt ganz klar, daß die Ostmarkenzulage eine politische Bedeutung nicht hat. Die amtliche Tätigkeit in einem gemischtsprachigen Gebiete ist naturgemäß bedeutend schwieriger als in einem ein sprachigen Gebiete. Ein Entgelt für diese schwierigeren Tätigkeit ist die Zulage. (Sehr richtig! rechts und bei den Nationalliberalen.) Die Beamten, die im Vertrauen auf diese Zulage nach dem Osten gekommen sind, haben einen Rechtsanspruch auf ihre Weitergenährung. Wo aus Rechts- und Billigkeitsgründen bitte ich die Zulage weiter zu gewähren.

Abg. Wendel (Soz.):

Wismarck hat einmal das Wort geprägt, der Appell an die Furcht wird niemals ein Echo im Herzen der Deutschen finden. Im allgemeinen ist Wismarck der Abgott der National-

liberalen, aber der Abg. Schlee scheint nicht viel davon zu halten, denn er hat uns die Furcht geschildert, die er und seine Freunde 1863 vor den Wahlen der Polen hatten. (Unruhe rechts.) Ich möchte aber konstatieren, daß der Abg. Schlee damals in dem Alter von sieben Jahren stand, seine Angst ist daher vielleicht einigermaßen verständlich. (Große Heiterkeit.) Vielleicht aber auch seine politische Beurteilung der polnischen Frage, die eben aus der Perspektive eines Siebenjährigen entstand. (Große Unruhe rechts.) Er hat einen kleinen historischen Rückblick über die Polenfrage gegeben, den ich nicht unwillkürlich lassen möchte. Er sprach von der allgemeinen liberalen Begeisterung, die 1848 für die Polen herrschte. Die schwarz-rot-goldene und die weiße Fahne waren damals wirklich verbrüdet, es herrschte tatsächlich eine Begeisterung, aber es war eine liberale, die sich eben auf Worte beschränkte und Taten nicht kannte. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Auf der Frankfurter Nationalversammlung wurde bereits Schnöder Verrat geübt. 1863 haben wir einen Kuffland zu berechnen, und zwar einen sehr berechtigten, aber mit den preussischen Polen hatte dieser Kuffland gar nichts zu tun. Freilich warf er einen Schandfleck auf den Namen des offiziellen Preußen.

Vizepräsident Baasche: Ich bitte solche Ausdrücke zu unterlassen.

Abg. Wendel (fortfahrend):

Wismar schloß damals die Militärkonvention zwischen Rußland und Preußen ab, die darauf hinauslief, die

Schlächterarbeit der russischen Soldateska

zu unterfüttern. Ich will keine scharfen Worte gebrauchen (Lachen rechts), sondern nur die Worte eines bekannten Geschichtsschreibers zitieren, der im preussischen Abgeordnetenhaus sagte: „Diese Politik hat uns mit der Mischung einer kolossalen von ganz Europa mit stiller Absehen betrachteten Menschenjagd belastet“. Das war Herr v. Sybel, auch ein Nationalliberaler. Wie die heutigen Nationalliberalen aussehen, haben wir schon gesehen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Der Redner hat behauptet, die Ostmarkenzulage sei nicht aus politischen Gründen gegeben, sondern aus wohlwollenden für die Beamten und ihren schweren Dienst. Wir lassen uns die Ueberzeugung nicht nehmen, daß dieses Wohlwollen gerichtet ist auf nationale Chauvinismus. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Ich wiederhole, was ich schon gefeuert sagte, wir sind bereit, diese Zulagen als einen Teil des Gehalts zu bewilligen, und zwar für sämtliche mittleren und unteren Beamten. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Schulz (Rp.): Ich hätte nicht geglaubt, daß im Deutschen Reichstage jemand gegen den Fürsten Bismarck mit dem Vorwurf der Teilnahme an einer Menschenjagd vorgehen könnte. (Große Unruhe bei den Sozialdemokraten. Erregte Zwischenrufe. Von rechts erndt der Ruf: Raul halten!) Unrecht ist es, daß in diesem Hause ein 27jähriger Mann (Lebhafte Unruhe und Zwischenrufe bei den Sozialdemokraten.) Inerhört ist es, daß ein junger Mann so gegen einen alten Herrn auftritt, der in den Ostmarken groß geworden ist. (Erregte Unruhe bei den Sozialdemokraten. Abg. Dittmann [Soz.]: Es gibt auch alte Esel! Großer Lärm rechts.)

Vizepräsident Baasche: Ich rufe den Abg. Dittmann zur Ordnung. (Zurufe bei den Sozialdemokraten.) Der Abg. Schulz hatte das Recht, auf den Altersunterschied hinzuweisen, nachdem der Redner vom Verstand eines Siebzehnjährigen gesprochen hat.

Abg. Schulz (fortfahrend): Ich hoffe, daß die Worte, die der Abg. Wendel gesprochen, überall im Lande gehört werden. (Abgeordneter Ledebour [Soz.]: Es war ja ein Jüdt von Sybel.) Sybel hat längst gesagt, daß er sich geirrt habe, er hat die Vorwürfe, die er gegen den Fürsten Bismarck gerichtet hat, lange bereut, das ganze deutsche Volk ist durch den Fürsten Bismarck belehrt worden. (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Die Behauptungen des Abg. Wendel werden draußen im Lande noch einen Widerhall finden. Auch auf der Tribüne des Reichstages war diesen Worten gegenüber eine Antwort notwendig. (Lebhafte Beifall rechts.)

Vom Korruptionsfonds kann man bei dieser Zulage nicht sprechen, das beweist schon der Umstand, daß unsere Beamten in den polnischen Landesstellen nicht korrumpiert sind. Auch die polnischen Abgeordneten werden sich wundern, mit was für Augen sie bei ihrer Milderung von den Beamten empfangen werden. Ich kann mir nicht denken, daß sie heute das letzte Wort in dieser Angelegenheit gesprochen haben. (Lebhafte Beifall rechts.)

Abg. Graf Westarp (L.): Jetzt oder nie steht das Haus vor einem Beschluß, dessen Annahme eine große Ungerechtigkeit gegen die Beamten wäre. 6000 Beamten sollen wir ein Jekel ihres Einkommens, das sie vier Jahre lang bezogen haben, mit einem Federstreich nehmen. (Zurufe bei den Sozialdemokraten: Es viel mehr allen geben.) Mit dem Ausdruck Korruptionsfonds haben die Herren von der polnischen Fraktion sich in eine Form der Agitation gegeben, die jedes zulässige Maß überschreitet. (Lebhafte Ohos bei den Polen und Sozialdemokraten.) Auch in der Sache ist der Vorwurf ungerechtfertigt. Von Bestrebungen, die nicht auf nationalem Boden stehen, haben die Beamten sich selbstverständlich fernzuhalten. Aber die Beamten, die in unseren Landesstellen mit polnischer Bevölkerung das tun, erleiden schwere wirtschaftliche und gesellschaftliche Schädigungen infolge der großpolnischen Agitation, und dafür soll die Zulage ein Ausgleich sein. Der Antrag, sie zu streichen, ist eine Demonstration der Polen für eben dieselbe großpolnische Agitation, durch welche die Schwierigkeiten geschaffen sind und deshalb ist er eine Ungerechtigkeit. Die liberalen Parteien sind ja bereit, mit uns für die Zulagen zu stimmen. In der Provinz Posen hatten sich auch während des Wahlkampfes Liberale und Konservative auf nationalem Boden geeinigt, und auch das Zentrum ist vielfach mit den übrigen Deutschen zusammengegangen. (Zurufe: Frankf. -Lissa!) Deswegen gebe ich die Hoffnung nicht auf, daß auch heute das Zentrum mit den übrigen Parteien für die Ostmarkenzulage eintreten wird. In Preußen ist sie nunmehr durch Gesetz festgelegt. Ihre Abschaffung im Reich würde also eine kolossale Unbilligkeit schaffen, die umso erbitterter wirken muß, als die Maßnahme an sich eine große Härte bedeutet. Sollte das Zentrum heute nicht für die Zulage stimmen, so hoffe ich doch, daß es bis zur dritten Lesung sich anders bestimmen wird. (Lebhafte Beifall rechts und links bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Senda (Pol.): Auf die philosophischen und historischen Exkurse des Abg. Schlee will ich nicht eingehen, aber die Behandlung der Polen seit den Jahren 1863 und die Beteiligung des Fürsten Bismarck hat die Geschichte ihr Urteil gesprochen. — Der Abg. Schlee bespricht die politische Charakter der Ostmarkenzulage, Graf Westarp dagegen erkannte auch ihre politische Bedeutung an. Und er hat recht, denn die Einstellung dieses Titels bedeutete lediglich die Uebertragung der preussischen Ostmarkenzulage auf die Reichsbeamten, und daß die preussische Ostmarkenzulage politischen Charakter hat, wird doch wohl niemand bestreiten. (Sehr richtig! bei den Polen und Sozialdem.) Daß die Ostmarkenzulagen ein Korruptionsfonds sind, haben wir seit Jahren nachgewiesen. Beamte, die polnisch verstehen, werden versch. und dafür Beamte nach den gemischtsprachigen Betrieben geschickt, die kein Wort polnisch verstehen. Ja, es wird den Beamten verboten, mit dem Publikum polnisch zu sprechen. (Hört! hört! bei den Polen.) Die Gerechtigkeit müßte das Haus veranlassen, diesen ungerechten Fonds einstimmig zu streichen. (Sehr richtig! bei den Polen.)

Abg. Dr. Spahn (Z.): Ich habe zu erklären, daß wir in Konsequenz unseres bisherigen Standpunktes auch diesmal gegen die Ostmarkenzulagen stimmen werden. Bei der Besoldungsordnung hatten wir gar keine Veranlassung, auf diese Frage einzugehen. (Bravo! im Zentrum.)

Abg. Ledebour (Soz.):

Der Abg. Schlee hat daraus, daß wir die Ostmarkenzulage als Korruptionsfonds bezeichnen, die Folgerung gezogen, daß wir alle

Beamten, die von diesem Fonds getroffen werden, für korrumpiert halten. Der Gebrauch dieses Ausdrucks hat aber natürlich nur den Sinn, daß die Tendenz dieses Fonds, sein Zweck korrumpierend ist, es ist aber nicht damit gesagt, daß alle Beamte, die diesem korrumpierenden Einfluß ausgesetzt sind, deshalb notwendigerweise korrumpiert sein müssen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Im Gegenteil, wir hoffen, daß die große Mehrheit dieser Beamten als tüchtige, ehrenhafte Charaktere solchen korrumpierenden Einflüssen Widerstand leisten werden. In Einzelfällen ist aber sehr wohl nachgewiesen, daß dieser Fonds korrumpierend gewirkt hat. Also diese Verrechnung ist wegen des Zweckes und der teilweisen Wirkung des Fonds durchaus zutreffend; wer das nicht anerkennt, dem fehlt das Feingefühl dafür, was eine obrigkeitliche korrumpierende Einwirkung ist. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) An der Härte, die durch die Streichung verursacht ist, tragen Schuld diejenigen, die den Fonds geschaffen haben. Auch sind wir bereit, diese Härte dadurch zu beseitigen, daß wir bei der dritten Lesung beantragen werden, allen Beamten der betreffenden Kategorien diese Zulage zu bewilligen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Der Staatssekretär wies darauf hin, daß wir schließlich doch gegen den ganzen Etat stimmen würden. Das kann uns aber natürlich nicht abhalten, bei der Ausgestaltung des Etats im einzelnen ihn so günstig wie möglich zu gestalten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten, Lachen rechts.) Wir verfahren dabei genau so wie jede andere Partei einem Befehl gegenüber, das ihr in seiner Gesamtwirkung nicht behagt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es gibt ja auch Vorlagen, die Ihnen (nach rechts) nicht passen, und doch versuchen auch Sie in solchen Fällen die Vorlagen so günstig wie möglich in Ihrem Sinne zu gestalten; Sie würden Ihre Pflicht verletzen, wenn Sie das nicht täten. (Lachen rechts.) Wenn Sie darüber lachen, so beweisen Sie nur, daß Sie das Wesen der parlamentarischen Arbeit heute noch nicht begriffen haben. (Lebh. Zustimmung links.)

Nun hat Herr Schulz in einem Anfall fatalistischer Entrüstung, wie ich sie in solch überquellender Vollkommenheit noch nicht erlebt habe, hier in einem fort darauf herumgepaukt, daß mein Parteigenosse Wendel ein Wort des Historikers Sybel über Bismarck zitiert hat, worin dieser Bismarck vorwirft, daß er der Menschenjagd russischer Jarenkergen Beihilfe geleistet habe. Ich habe die Versicherung, wenn der Herr Präsident den Abgeordneten Schulz nicht schließlich wohlwollend beruhigt hätte, würde dieser jetzt noch hier stehen. (Heiterkeit.) Der Abg. Schulz meinte, Sybel habe den Anspruch nachher bereut. Wenn aber auch Sybel das was er in der Höhe seiner geistigen Kraft gesagt hat, nachher zurückgenommen hat, weil er allmählich der chauvinistischen Strömung in Deutschland nicht als Widerstand leisten konnte, so zeigt das nur, daß Sybel ein richtiger Nationalliberaler war. (Weiterkeit.) Aber das kann uns nicht hindern, es vollst. anzuerkennen, wenn einmal von einem Nationalliberalen in einem gegebenen Moment in solcher Entrüstung über Intanten der Regierung ein kräftiges Wort gesprochen wird. Ich will auch ausdrücklich betonen, daß wir den Ehbellen Anspruch heute noch für vollkommen gerechtfertigt halten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Im übrigen kann Herr Schulz uns keinen größeren Gefallen tun, als wenn er dazu beiträgt, es möglichst weit im Lande herumzutragen, daß seine Freunde diese liebbedienereiche Politik der preussischen Regierung gegen das scheinliche, brutale Unterdrückungsregiment der Jarenregierung unterstützen. Wir haben uns schon genug im Lande und im Reichstage über all diese Fragen des Chauvinismus und Palatinismus und all diese

nichtwürdigen Entartungen des nationalen Gedankens

ausgesprochen, daß diese „Enthüllungen“ über die Menschenjagdgeschichte niemand etwas Neues sagen.

Graf Westarp hat dann mit „staatsrechtlichen“ Gründen diese ganze Politik zu rechtfertigen gesucht. Deutschland sei ein deutscher nationaler Einheitsstaat und deshalb seien Germanisierungsvorläufe gegenüber den Polen berechtigt. Diese Redensart (Unruhe rechts) ist aber gar kein staatsrechtlicher Grundsatz. Nach dem deutschen Staatsrecht, das sich hier auf die preussische Verfassung stützt, sind alle Preußen vor dem Gesetze gleich, danach sind alle Preußen und auch Deutschen auch in bezug auf ihre Muttersprache gleich zu behandeln und man darf niemand zwingen, den Gebrauch seiner Muttersprache aufzugeben. Dabei ist die ganze Polenpolitik eine direkte Verfassungs- und Gesetzesverletzung, bei der mit den schäblichsten Mitteln gearbeitet wird. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Kraetzel bittet unter großer Unruhe des Hauses nochmals dringend, im Interesse der betreffenden Beamten die Zulagen zu bewilligen. Ich appelliere an Ihr Herz, Sie können nicht so hart sein. Stellen Sie wenigstens den Antrag: Einzuflügen: „Künftig wegfällig“. Dann erreichen Sie das, was Sie wollen, für 1913, und die Beamten können sich darauf einrichten. (Bravo! rechts.)

In namentlicher Abstimmung werden hierauf die Ostmarkenzulagen mit 183 gegen 122 Stimmen bei einer Stimmenthaltung genehmigt.

Uebrigens arbeiten zum Bau und zur Unterhaltung von Telegraphenlinien sowie Unterhaltungen an Arbeiter, ehemalige Arbeiter und deren Verhältnisse“ wird nach unessentieller Diskussion die Resolution der Wirtschaftlichen Vereinigung auf Sicherstellung des Arbeitsverhältnisses für die Arbeiter und Handwerker und Errichtung einer Pensionkasse für die Arbeiter angenommen, ebenso die Resolution der Wirtschaftlichen Vereinigung, welche Bericht über die Tätigkeit der Arbeitervereine verlangt, und die der national-liberalen und Volkspartei, die für Arbeiter und Handwerker eine Anrechnung der Dienstzeit in anderen Reichsbetrieben wünscht. Der Rest der Ausgaben wird debattelos bewilligt. Es folgen die Einnahmen.

Abg. Ulrich (Soz.):

Angeht die großen Mehreinnahmen, die für 1912 auf 30 000 000 M. mehr veranschlagt sind als für 1911, sollte man nicht so engherzig fiskalische Interessen in den Vordergrund stellen, wenn benachbarte Städte die Ortstage gegenseitig ausgedehnt wissen wollen. In hohem Grade ist eine solche gemeinsame Ortstage notwendig für die Städte Frankfurt a. M. und Offenbach, die von den Handelskammern beider Städte beantragt ist. Die Postverwaltung hat leider den Antrag abgelehnt. Das ist um so unbedeutender, als Sachverhalte in den Ortstagen von Frankfurt a. M. einbezogen ist. Der Grund für die Nichtbeziehung Offenbachs kann doch nicht der sein, daß Offenbach in Hessen und nicht in Preußen liegt. Der Staatssekretär schüttelt mit dem Kopf, das ist mir unangenehm. Aber dann fehlt jeder Grund für die ablehnende Haltung der Postverwaltung. Wenn irgendwo, dann sind gerade für Offenbach und Frankfurt die Vorbedingungen für die gemeinsame Ortstage gegeben, und beide Städte haben zufolge ihres starken gegenseitigen Verkehrs ein großes wirtschaftliches Interesse daran. — Des weiteren wünscht Redner, daß Briefe von Berlin nach Offenbach nicht erst nach Frankfurt gehen, wodurch empfindliche Verpätungen für die Geschäftsleute Offenbachs entstehen.

Staatssekretär Kraetzel: Sollte die letzte Beschwerde zutreffen, so wird für Abhilfe gesorgt werden. Was den ersten Punkt betrifft, so waren bisher Frankfurt und Offenbach noch nicht so zusammengewachsen, daß die Bedingungen für den Nachbarortsverkehr zutrafen: doch hoffe ich, daß das in naher Zukunft der Fall sein wird. Die Einnahmen werden bewilligt, die Resolution der national-liberalen und Volkspartei auf Ausdehnung der Postfreiheit für Pakete an Soldaten wird angenommen.

Es folgt der

Abg. Becker-Arnberg (Z.) kommt auf seine Behauptung vom vorigen Herbst zurück, daß Mitglieder des Gutenbergbundes in der Reichsdruckerei einem starken Terrorismus seitens des sozialdemokratischen Buchdruckerverbandes ausgesetzt sind, und sucht durch einen Brief eines Wilhelm Beder vom Jahre 1907 und eine Postkarte eines Richard Sachs vom Jahre 1905 zu beweisen, daß diese infolge solchen Terrorismus aus dem Gutenbergbund ausgetreten und zum Buchdruckerverband übergetreten seien. Redner fragt den Staatssekretär, was er gegen solchen Terrorismus zu tun gedenke, damit die Mitglieder des Gutenbergbundes in der Reichsdruckerei in der Ausübung ihrer staatsbürgerlichen Rechte nicht gehindert werden.

Direktor im Reichspostamt München: Die Schriftsetzer und Buchdrucker in der Reichsdruckerei gehören zum größten Teil dem Verbande deutscher Buchdrucker an, zu einem kleinen Teil sind sie Mitglieder des Gutenbergbundes. Der Direktion ist nicht bekannt, daß Mitglieder des Bundes von denen des Verbandes terrorisiert werden. Darartiges hätte der Direktion aber bekannt sein müssen, wenn die betreffenden den Mut gehabt hätten, den Mund aufzutun. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Da die Direktion der Reichsdruckerei aus eigener Erfahrung also derartiges nicht kannte, hat sie sich an den Gutenbergbund gewandt und erfahren, daß dort zwei Fälle bekannt geworden sind, in denen Mitglieder des Gutenbergbundes erklärt haben, sie seien durch das Verhalten der Mitglieder des Verbandes dazu geführt worden, aus dem Gutenbergbund auszutreten. Es ging aber nicht daraus hervor, in welcher Weise ein Terror ausgeübt worden ist; zudem liegen die beiden Fälle 7—8 Jahre zurück. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Weiter ist der Direktion nichts bekannt geworden. Sie würde auch irgend welchen Terrorismus nicht dulden.

Abg. Hildenbrand (Soz.):

Durch die Erklärung des Regierungsvertreters ist die Sache eigentlich erledigt. Herr Beder hat durch die Urkunden, die er selbst vorgelesen hat bewiesen, daß seine damalige Behauptung vom Terrorismus des Buchdruckerverbandes in der Reichsdruckerei unrichtig war. Er hat aber trotzdem seine Behauptung nicht zurückgenommen, sondern hat sich nicht geirrt, eine Arbeiterorganisation, die er ihrem Wesen nach kennen muß, in ungerechter Weise zu

denunzieren und zu verdächtigen.

Er hat lediglich unkontrollierbare Schwärzereien einzelner Leute vorgebracht. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Derselben Leute, die dann, als die Sache nachgewiesen war, das Gegenteil von dem schriftlich widerlegt haben, was sie vorher behauptet hatten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Herr Beder wird nicht in der Lage sein, nachzuweisen, daß in einer Tariffinstitution des Buchdruckerverbandes insbesondere dem paritätischen Arbeitsnachweis nicht volle Parität gelte. Andererseits verweise ich darauf, daß in Preußen christlich organisierte Buchdrucker zusammen mit einem Teil der Feingespaltene versucht haben, sozialdemokratische Verhandler aus der Konvention zu bringen. (Hört! hört! bei den Soz.) Ich erinnere auch an das Verhalten des Zentrums gegenüber dem Süddeutschen Eisenbahnerverband. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wenn Herr Beder immer vom „sozialdemokratischen“ Buchdruckerverband spricht, so weiß jeder, der die Verhältnisse kennt, was davon zu halten ist. Der Deutsche Buchdruckerverband hat seit Jahrzehnten seine Stellung als neutraler Verband in der Öffentlichkeit proklamiert. Gerade diese Neutralität hat es bewirkt, daß neun Jekel aller Buchdrucker dem Verbande als Mitglied angehören. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Und gerade diese Neutralität des Verbandes ist es, die dem Gutenbergbund gründlich das Geschäft verdorben hat: daher Ihre elende Denunziationsmut. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten. Vizepräsident Dove rügt den Ausdruck gegen ein Mitglied des Hauses.)

Abg. Becker-Arnberg (Zent.): In den Tariffinstitutionen, die der Buchdruckerartif geschaffen hat, ist kein einziges Mitglied des Gutenbergbundes. Das bedeutet die Gerechtigkeit des sozialdemokratischen Buchdruckerverbandes. Es ist sehr stark, zu sagen, ich habe selbst bewiesen, daß meine Behauptungen unrichtig waren. Daß die Regierung nichts entdeckt hat, wundert mich nicht, denn die Leute, die aus dem Gutenbergbund austreten, um den Schikanen zu entgehen, werden sich natürlich nicht beschweren.

Abg. Hoffmann-Rudolstadt (Soz.): Es ist charakteristisch, daß solche Angriffe gegen den Buchdruckerverband gerichtet werden in dem Moment, wo er beschäftigt ist, den Frieden im Gewerbe wieder auf Jahre hinaus zu sichern. Der Aerger des Herrn Beder resultiert daraus, daß er zufolge der neutralen Haltung und der Taktik des Buchdruckerverbandes keine Erfolge unter den katholischen Arbeitern hat. Für die Taktik der christlichen Arbeiter des Zentrums ist es charakteristisch, daß ein Mitglied des Eisenbahnerverbandes in München ausgeschloffen wurde, weil er im Kuer-Prozess unter Eid

die Wahrheit gesagt

hat. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Behrens (Wirtsch. Gg.): Angesichts der Vorgänge bei der Abschließung des Buchdruckerartif geht wirklich ein steifer Nacken dazu, zu behaupten, es hat völlige Parität geherrscht. Die Imparität ging so weit, den Gutenbergbund überall auszuschließen.

Abg. Hildenbrand (Soz.): In Stuttgart ist der Vorsitzende des Tariffriedensgerichts nicht Mitglied des Allgemeinen Deutschen Buchdruckerverbandes, sondern des katholischen Gesellenvereins. Das beweist wohl die Neutralität der Tariffinstanzen.

Abg. Erzenberger (Z.): Der springende Punkt ist, daß kein Mitglied des Gutenbergbundes in den Tariffinstanzen ist. Damit schließt die Diskussion. Der Etat der Reichsdruckerei wird bewilligt.

Die Wahlen der Abgg. Fürst zu Salm-Neifferscheid (Z.), Colchorn (Wirtsch.), Dietrich (L.), Sperlich (Z.) werden entsprechend den Anträgen der Wahlprüfungskommission für gültig erklärt.

Bei der Prüfung der Wahl des Abg. Dr. Wind (Op.) bringt Abg. Dr. Strauß (Op.) einen Artikel der „Deutschen Tageszeitung“ zur Sprache, in dem behauptet wird, er, Strauß, habe im Wahlkreise Tondern ein Flugblatt gegen den national-liberalen Kandidaten unter den Anhängern des Bundes der Landwirte verbreitet in einer Form, die den Anschein erwecke, als ob das Flugblatt von der Leitung des Bundes der Landwirte herrühre. An diesem frivolen Angriff auf seine persönliche Ehre sei kein Wort wahr.

Abg. Dertel (L.): Ich verziehe alles, was ich hier oder außerhalb des Hauses gesagt oder geschrieben habe, aber ab ich das, was sonst in der „Deutschen Tageszeitung“ steht, ohne daß ich vorher davon Kenntnis gehabt habe, vertrete oder nicht, müssen Sie schon mir überlassen. Ich habe von dem Artikel nicht eher Kenntnis erhalten, als Herr Dr. Strauß. Uebrigens hat sich die „Deutsche Tageszeitung“ nur auf Feststellungen in dem Protokoll, nicht in der Kommission berufen. Ob ich den Artikel billige oder nicht, darüber bin ich dem hohen Hause keine Erklärung schuldig. Die „Deutsche Tageszeitung“ wird Herrn Strauß so antworten, daß er befriedigt sein wird.

Abg. Hoff (Op.): Ich stelle fest, daß Herr Dr. Dertel über den unerhörten, frivolen Angriff der ihm sehr nahestehenden „Deutschen Tageszeitung“ gegen ein Mitglied dieses Hauses kein Wort des Bedauerns gefunden hat. (Hört! hört! und Sehr wahr! links.) Im übrigen behaupte ich, daß der Verfasser des Artikels in der „Deutschen Tageszeitung“ seine Behauptungen wider besseres Wissen aufgestellt hat.

Abg. Stadthagen (Soz.):

Nichtig ist, daß in dem Wortlaut des Protokolls die Behauptung vorkommt, es sei festgestellt, Herr Strauß sei Verfasser des Flugblatts. Das ist doch aber himmelweit verschieden davon, daß die „Deutsche Tageszeitung“ wirklich erst ist. Gegen diese moralwidrige Verwirrung der Begriffe soll rade die Redaktion der „Deutschen Tageszeitung“, deren Ref. so besonders schmerzhaft sein sollen (Heiterkeit), Promt machen. (Lachen rechts.) Dies Lachen beweist

die konservative Moral. (Unruhe rechts, Segen links bei den Sozialdemokraten.)
 Abg. Vertel (L.): Ich werde die „Deutsche Tageszeitung“ veranlassen, den beiden Rednern zu antworten. Uebrigens hat die „Deutsche Tageszeitung“ nicht behauptet, in der Kommission sei festgestellt, sondern im Protokoll sei festgestellt. Nach Dr. Strubes Erklärung nehme ich lokalweise an, diese Feststellung war falsch.
 Abg. Dr. Strube (Sp.): Kein Wort des Bedauerns oder der Entschuldigung ist gesagt worden von dem Abgeordneten Vertel, dem Vertreter einer Partei, die nach einer Der Wagner ruft, weil die Presse nicht scharf genug bestraft werden kann für persönliche Verunglimpfungen. Das ist charakteristisch.
 Abg. Schwarze-Lippstadt (Z.): Das Haus ist nicht dazu da, um solche Streitigkeiten mit Redaktionen zu erledigen, dazu ist § 11 des Pressegesetzes da. (Bravo! rechts.)

Abg. Graf Westarp (L.): Die konservative Partei als solche geht der Artikel der „Deutschen Tageszeitung“ nichts an. — Ueber Herrn Stadthagen haben wir gelacht, weil nie so wie hier das Wort sagte: „Wer im Glashaufe sitzt, soll nicht mit Steinen werfen.“ Wenn wir jede Beschimpfung durch die sozialdemokratische Presse hier zum Gegenstand von Erörterungen machen wollten, könnten wir vier Wochen nichts anderes verhandeln. (Sehr richtig! rechts.)
 Abg. Dr. Arendt (Sp.): Beim Lesen des Berichts der Wahlprüfungskommission hatte auch ich das Gefühl: Herr Gott, da hat der Abgeordnete Strube ein bedenkliches Wahlmanöver gemacht. Ein unbefangener Leser konnte das also annehmen. Das rührt daher, daß der Bericht von einem Juristen verfaßt ist. (Heiterkeit.) Es ist ja begreiflich, daß die Herren von der Volkspartei Schadenfreude empfinden, daß die ihnen so verhaßte „Deutsche Tages-

zeitung“ so hereingefallen ist; aber eine ganze Partei soll man doch nicht dafür verantwortlich machen.
 Abg. Hoff (Sp.): Herr Arendt hat den Bericht offenbar nicht aufmerksam gelesen, denn es steht ausdrücklich darin, angeblich sei festgestellt usw.
 Abg. v. Brodhagen (L.): Ich kann das nur bestätigen; im übrigen ist der Bericht in der Kommission festgestellt und kein Widerspruch dagegen erhoben.
 Damit schließt die Diskussion. Die Wahl des Abg. Dr. Mund wird für gültig erklärt.
 Der Präsident schließt die Sitzung mit dem üblichen Wunsch, die Abgeordneten mögen sich in den Ferien erholen.
 Nächste Sitzung: Dienstag, den 16. April, nachmittags 2 Uhr. (Stat der Reichseisenbahnen und des Reichseisenbahnamts.)
 Schluß 7¼ Uhr.

Was ist Malz?

Malz nennt man jedes mit einer bestimmten Wassermenge eingeweichte, durch Wechsel mit Wasser vom Schmutz befreite und dann durch einen Keimungsprozeß bei ebenfalls bestimmten Temperaturen aufgeschlossene Getreide, also sowohl Roggen wie Gerste, Weizen, Hafer und Reis. Diese Aufschließung wird bewirkt durch die bei der Entwicklung der Blatt- und Wurzelkeime auftretenden Fermente — das sind durch den Keimungsprozeß gebildete Stoffe und zwar hauptsächlich die Diastase oder Amylase — welche die Eigenschaft haben, das unlösliche Stärkemehl in wasserlöslichen Malzzucker und lösliche Stärke, die Proteinstoffe ebenfalls zum großen Teil in lösliche Form (lösli. Eiweiß) umzuwandeln.
 Von wirklichem Malz kann man erst sprechen, wenn der Blattkeim bis zu zweidrittel oder mindestens der Hälfte des Kornes, der Wurzelkeim nahezu zur gleichen Länge desselben gewachsen ist; diese Ausbildung ist äußerlich leicht zu erkennen.

Arbeiter! Handwerker! Herren- und Jünglings- Garderoben

kaufen Sie am Billigsten beim Schneider. Jeder Ladenmiete noch Gehaltsverlusten verteuern meine Ware. Streng reelle Auszeichnung.
F. Drobek, Herren- Schneider,
 Reichenberger Str. 178,
 II. Etage, am Kottbuser Tor.
 Vorzeiger dieses Inserats erhalten 5 Proz. Rabatt.

Nathan Wand

129 Stalitzer Str. 129.
 Die schönsten Herren-Sommerpaletots u. Mäntel und Anzüge in neu sowie speziell erstklassiger, auf Seide gearbeitete Garderobe, von 141 L. Kavaliere getragen, fast neu, für jede Figur passend, speziell auch Anzüge sind in großer Auswahl stets zu staunend billigen Preisen zu haben.

Nathan Wand

129 Stalitzer Str. 129.
 Hochachtungsvoll Kottbuser Tor.
 Bitte im eigenen Interesse auf Hausnummer zu achten.

Kleine Zigarrenfabrik
 mit oder ohne Inventar, frankeis, halber zu verkaufen. 12 Arbeiter, mit guter Kundsch. Anzahlung 4000 bis 7000 Mk., günstig für Verkäufer; erbaut 1900. **Max Endig**,
 Wintersdorf S.-A. 8895*

Stoffe

für engl. Damenkostüme „Neuhollen“, Herrenstoffe 140 breit, Str. 3, 4 etc. Tuchlager Koch & Seeland G. m. b. H. Gertraudenstr. 20/21 vis-à-vis der Patrikirche.

Zum Osterfest

unvergleichlich preiswerte

Kinderstiefel!



Jedes Kind

kennt heute die Vorzüge unserer Fabrikate

Marke „Condor“

Braune Mädchen-Schnürstiefel. Neuheit. Edt glatt Ziegenleder, durchgenähte Randsohle, Lackkappe					
Größe	25-26	27-30	31-35		
Mark	4.20	5.20	5.50		
Schnürstiefel, braun, edt Chevreau, extra preiswert, moderne Formen					
Größe	25-26	27-28	29-30	31-33	34-35
Mark	4.75	5.25	5.75	6.25	6.75
Dieselben mit Lackzierkappen, hochelegant					
Mark	5.25	5.75	6.25	6.75	7.25
Schwarze Mädchen-Schnürstiefel, Boxleder, moderne Form					
Größe	25-26	27-28	29-30	31-33	34-35
Mark	4.30	4.60	4.90	5.30	5.70
Schnürstiefel oder Knopfstiefel, la. Chevreauleder, elegant					
Größe	25-26	27-28	29-30	31-33	34-35
Mark	5.50	6.00	6.50	7.00	7.50
Chromleder-Schnürstiefel, Derbyschnitt, Lackkappe					
Größe	25-26	27-28	29-30	31-33	34-35
Mark	4.25	4.75	5.25	5.75	6.25

Für kleine Kinder:
 Knopf- u. Schnürstiefel, schwarz u. braun Chagrineder
 Größe 18-21 ohne Fleck 22-24 mit Fleck 25-26 mit Fleck
 Mark 1.35 1.95 2.45
 Schnürstiefel la. braun Chevreau, extra breite Normalform, M. 3.25 4.50 5.25
 Schnür- und Knopfstiefel, fein schwarz Chevreau
 Größe 17-21 ohne Fleck 22-24 mit Fleck 25-26 mit Fleck
 Mark 2.50 3.75 4.50
 Schnürstiefel, weiss Glacéleder, mit Lackbesatz
 Mark 2.80 3.80 4.50

Gediegene Knaben-Boxleder-Schnürstiefel, moderne bequeme Form, unerreicht preiswert					
Größe	36-37	38-39	40		
Mark	6.30	6.60	6.90		
Ia. Boxleder-Schnürstiefel, sehr dauerhaft					
Größe	29-30	31-33	34-35	36-37	38-39
Mark	5.80	6.40	7.00	7.60	8.20
Ia. Boxalf-Schnürstiefel, elegant und solid					
Mark	7.00	7.60	8.20	8.80	9.40
Condor-Sandalen, braun Rindleder, genähte Sohle und Absatz, „Naturaform“					
Größe	25-26	27-28	29-30	31-33	34-35
Mark	2.00	2.30	2.60	2.90	3.20
Reform-Turnschuhe, aus braunem oder grauem Segeltuch, zum Schnüren, Chromledersohlen, Naturaform					
Größe	25-29	30-35	36-42	43-46	
Mark	1.95	2.45	2.95	3.45	

Conrad Tack & Cie.

130 Verkaufsstellen im Reich
 davon in Berlin u. Umgebung:
 C. Spittelmarkt 15 (Tellhaus)
 C. Rosenthaler Strasse 14
 W. Potsdamer Strasse 50

W. Schillstrasse 16
 NW. Turmstrasse 41
 NW. Wilsnacker Strasse 22
 NW. Beusselstrasse 29
 N. Friedrichstrasse 127
 N. Müllerstrasse 3
 N. Reinickendorfer Strasse 23
 N. Brunnenstrasse nur 37
 N. Danziger Strasse 1
 O. Andreasstrasse 50
 O. Frankfurter Allee 125

SO. Oranienstrasse 32
 SO. Oranienstrasse 2a
 SO. Wrangelstrasse 19
 SW. Friedrichstrasse 240-241
 Charlottenburg: nur Wilmerdorfer Strasse 122-123
 Rixdorf: Bergstrasse 30-31
 Potsdam: Brandenburger Strasse 54

Schuhwaren-Fabrik, Burg b. Magdeburg Frühjahrs-Katalog gratis und franko

Abgeordnetenhaus.

47. Sitzung, Donnerstag, den 28. März 1912, vormittags 10 Uhr.

Am Ministertisch: v. Trott zu Solz, Raumann. Präsident Dr. Fischer v. Erffa teilt mit, daß der Antrag auf Einstellung eines Strafverfahrens gegen den Abg. Korfanty (Polc) zurückgezogen sei.

Abg. v. Winkler (L.) bedauert, daß das Haus nicht in der Lage ist, vor den Osterferien die Lage der Altrenten im Plenum zu behandeln.

Die Beratung über die

Gründung der Universität in Frankfurt a. M.

wird fortgesetzt. Ein Antrag Dr. Friedberg (natl.) wünscht die Zustimmung zur Gründung der Universität nur unter der Bedingung, daß der Charakter dieser Universität als einer Staatsveranstaltung im Sinne des preussischen Landesrechts gewährleistet ist, daß Staatsmittel für die Universität nicht in Anspruch genommen werden und daß die mit den Frankfurter Geldgebern abgeschlossenen Verträge dem Abgeordnetenhaus vorgelegt werden. Ein ähnlicher Antrag liegt vor vom Abg. Graf Claron d'Haussonville (L.).

Ein Antrag Vorchardt (Soz.) verlangt dagegen, der in Frankfurt geplanten Stiftungsuniversität mit Rücksicht darauf, daß Stiftungen und Stadtgemeinde alle Mittel für Gründung und Unterhaltung aufbringen, volle Selbstverwaltung und Freiheit in der Verfassung und Beauftragung der Dozenten zu gewähren und eine entsprechende Vorlage dem Landtag vorzulegen.

Ein Antrag Schmedding (Z.) will dem konservativen Antrag das Erfordernis hinzufügen, daß der Ausbau der Universität Münster zu einer vollen Universität, sowie der weitere Ausbau der Universität Marburg mit tüchtigster Beschleunigung gefördert wird.

Abg. Hund (Sp.) bedauert, daß die Opferwilligkeit der Frankfurter Stifter nicht mehr Anerkennung gefunden hat. Die gegen die Gründung der Universität vorgebrachten Bedenken seien nicht stichhaltig.

Abg. Dr. v. Campe (natl.) wendet sich gegen die Ausführungen des Abg. Dr. Bell (Z.) und erklärt sich gegen den sozialdemokratischen Antrag und gegen eine Ueberweisung an die Kommission, während er dem Zentrumsantrag und dem ersten Teil des konservativen Antrags zustimmt.

Kultusminister v. Trott zu Solz: Mit den Anträgen der Nationalliberalen und der Konservativen bin ich einverstanden. Die Universität muß auf denselben Grundlagen wie die anderen errichtet werden. Die Krone muß zuerst ihre Zustimmung geben und vorher können wir die Abmachungen dem Abgeordnetenhaus nicht vorlegen.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.):

Unser Antrag stellt durchaus keine so absurde Forderung, wie es hier dargestellt wurde. Es ist ja gar nicht so lange her, daß die Universitäten noch vollkommen freie Selbstverwaltung besaßen und in anderen Ländern unterliegen noch heute vielfach die Universitäten keiner staatlichen Aufsicht. Nirgends ist freilich eine solche

Bestimmung der Universitäten durch den Staat

eingetreten, wie in Preußen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Bei der Art Parlamentarismus, wie wir ihn in Preußen haben, muß man wirklich zweifeln, ob nicht vielleicht die Gründung der Frankfurter Universität durch die Krone noch der durch diese Gesetzgebung hier vorzuziehenden sein würde. Es ist gar nicht ausgeschlossen, daß an der derzeitigen Stelle, die nach der Erklärung des Ministers das ausschließliche Recht zur Begründung der Universität in Anspruch nimmt, eine viel vorurteillosere Beurteilung der Sache Platz greift als bei der Mehrheit dieses Hauses. Und daß, wenn die Frankfurter Universität einigermaßen erträgliche Zustände aufweisen soll, sie das vielleicht eher noch durch einen Akt der Krone, als durch einen Akt des Landtages erreichen könnte. Wir befinden uns in der eigentümlichen Situation, daß wir, die wir doch in allen Fragen das gesetzgeberische Recht für das Parlament fordern, bei diesem preussischen Parlamentarismus in die schwierigsten Konflikte kommen, ob wir mitwirken sollen, die Kompetenz dieses Parlamentes zu erweitern. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Eigentlich ist überhaupt diese ganze Debatte. Das Zentrum ist für das Kronrecht deshalb, weil es dort doch noch am besten seine reaktionären Zwecke aufgehen wähnt. Andere Parteien wiederum wünschen ein Gesetz aus den gleichen Gründen. Die Freikonservativen, die sonst doch die am wenigsten parlamentarische Partei sind, fordern durchaus das Gesetz, weil sie meinen, dadurch die Frankfurter Universität zu verhindern. Die Parteien fordern eben jeweils das Kronrecht oder das Gesetz, um die Universität am sichersten umzubringen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Ein wahres Birkensünstlück ist es, wie sich das Zentrum hier wieder mal als treuer Schildhalter der Krone

produziert. Mit einer wahren Verleserwelt verbeißt sich das Zentrum hier in den Gedanken, daß die staatliche Aufsicht nur ja nicht abgeschafft werden dürfe, das ist das Zentrum, das doch sonst überall die staatliche Aufsicht durch die kirchliche ersetzen möchte. Das Zentrum vertritt diesen Standpunkt aus Kulturfeindlichkeit und um der verhassten Frankfurter Universität entgegenzutreten zu können.

Nach meiner Ansicht müßte es sich hier in der Tat handeln um einen Kampf um die Erweiterung des Einflusses des Parlamentes bezw. der Krone. Man kann das allgemeine Landrecht nicht, wie Abg. Bell und der Minister getan haben, dahin interpretieren, daß Staat und Krone auch heute noch identisch seien. Das war schon zur absolutistischen Zeit nicht der Fall, trotzdem die gesetzgebende und die ausführende Gewalt noch völlig eins waren. Und es ist schon gar nicht mehr der Fall nach der Einführung des Parlamentarismus, wenn auch eines solchen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Oft genug schon ist durch den Staat das Recht der Errichtung von Lehranstalten ganz dem gesetzgeberischen Wege übertragen worden. Ueberhaupt hat das Parlament gar nicht nötig, seine Berechtigung zu beweisen, denn es ist zuständig und die Krone hat nur, wie bei allen Wesen, das Recht der Widerbestimmung, ohne die ein Gesetz nicht zustande kommen kann. Die Verwaltung aber hat weiter nichts zu tun, als die ordnungsgemäß zustande gekommenen Gesetze auszuführen. Die Mehrheit dieses Hauses, Konservativen, Freikonservative und Zentrum stehen ja auf dem Standpunkt, daß ein Gesetz nicht notwendig sei. Die Konsequenzen daraus können Ihnen in Zukunft vielleicht noch unangenehm werden. Aber es ist Ihre Sache, mit diesen Schwierigkeiten, wie mit allen Schwierigkeiten Ihres Parlamentarismus fertig zu werden. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Ganz zweifellos aber ist mir, daß der Landtag aus budgetrechtlichen Gründen zuständig ist, denn wenn auch die Mittel von privater Seite aufgebracht werden, so werden doch auch Staatsausgaben durch die Aufsicht usw. nötig, die vom Landtag bewilligt werden müssen.

Der Minister hat gestern über seine schwere Verantwortung bei der Errichtung der Universität gelaugt. Er lasse die Gesetzgebung doch mitwirken, denn wird ihm die Würde gleich leichter sein! Er hat erklärt, daß er sich nicht um bloße Staatsaufsicht handle, sondern daß die Universität eine Staatsanstellung sei, also der Staat viel höhere Rechte hat. Die Berufung der Lehrer soll durch die Krone erfolgen können, ohne an den Terro-

voranschlag der Universität gebunden zu sein. Keine Selbstverwaltung der Universität — vollen Absolutismus der Krone bezw. des Ministeriums, das wollen Sie! (Sehr wahr! b. d. Soz.) So gut wir Universitäten haben, in denen andere Fakultäten fehlen, so gut darf die theologische fehlen. Sie gehört durchaus nicht unbedingt zum Normaltyp der preussischen Universität. Die Forderung nach der unbedingten theologischen Fakultät soll nur, wohlberathen auf dieses Haus, den Tag gegen die Frankfurter Universität steigen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Und als entschuldigend und grauhaft wird es hier hingestellt, wenn nach mehr preussische Universitäten gegründet werden sollten. Welche Angst, welches Grausen! Abg. Fehr. v. Jedlich hat ja den Grund enthüllt:

Die Angst vor dem Bildungsproletariat!

Sie fürchten, daß Bildung und Kultur die Sozialdemokratie fördern — da kommt Ihre prinzipielle Kulturfeindlichkeit gulegel! (Zustimmung b. d. Soz.) Dabei ist diese Angst unberechtigt und unaufrichtig, denn die deutschen Mägen sind gar nicht so zahlreich, daß das Frankfurter Beispiel allzuviel Nachahmung finden würde. Von den Universitäten in Großstädten fürchten Sie eben den Einfluß des modernen Lebens auf die Studenten, die sie am liebsten vom Leben der Gegenwart fernhalten möchten. Die „Ausweichungen der Großstadt“ schämen Sie nur vor, gegen alkoholische und andere Ggasse der Studenten sind Sie gar nicht. Ihnen gilt es nur die Fernhaltung der Studenten vom Leben des sozialistischen Proletariats. Sie wissen, daß der Berliner Student doch nicht so sozialistenfeindlich erzogen werden kann als — der Bonner Vorstufe. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Wir haben im deutschen Volke so viele bildungsdürftige Elemente, daß das Argument der Konkurrenz der Frankfurter Universität gegen Marburg gar nicht wert ist, widerlegt zu werden. Wir fordern viele Universitäten, freilich unter der Voraussetzung, daß jedem Fährigen die Möglichkeit zu ihrem Besuch gegeben wird. Wenn die Frankfurter Universität in diesem Sinne sozial ausgestaltet wird, so wird sie Marburg erst recht keine Konkurrenz machen.

Wenn unsere Freunde in der Frankfurter Stadtvertretung gegen diese Gründung stimmten, so deshalb, weil sie die Preisgebung der Rechte Frankfurts an den Staat, trotzdem Frankfurt alles bezahlt, nicht mitmachen; aus Protest gegen den preussischen Unterrichtsabsolutismus, der der Verwirklichung des Ideals einer sozialen Universität, die mit dem Volke fröhlich hat und der Volksbildung nützt, im Wege steht. Wir wollen nicht, daß diese Universität noch dem berüchtigten Typ der jeder Selbstverwaltung entbehrenden preussischen Normaluniversität eingerichtet wird. Es gibt keinen Rechtsweg gegen die Entscheidungen des Kultusministeriums, die Universität wird sich allen absolutistischen Geboten fügen müssen, um so notwendiger ist die

Schaffung eines Universitätsgesetzes.

Unsere Genossen in Frankfurt haben den Weg gewiesen, dem allem zu engehen, durch Bereinigung und Ausbau der bestehenden wissenschaftlichen Institute.

Der nationalliberale Antrag „Staatsuniversität — freie Forschung und Lehre“ ist ein Widerspruch in sich! Unser Antrag will von vornherein der Usurpation, der Herrschaft über die Universität durch den Unterrichtsabsolutismus vorbeugen. Er ist notwendig im Interesse der Universität, die doch nicht den Zweck haben soll, vor allem durch rechtsgültige Zeugnisse die Bourgeoisöhne in Stellungen unterzubringen, sondern den, das Wissen unserer Zeit zu sammeln und den Studenten zu vermitteln. Wenn auch wir allein für unseren Antrag stimmen sollten, und die Mehrheit darüber lachen wird, so wissen wir, daß jeder, der das wahre Wesen der Universitäten richtig erfährt, mit uns sein und nur über Sie (zur Mehrheit) lachen wird. (Bravol bei den Sozialdemokraten.)

Kultusminister v. Trott zu Solz erklärt, daß jeder Einfluß der Kuratoren auf die Frankfurter Universität ausgeschlossen sei und diese nur die Finanzverwaltung zu besorgen haben werden. Ein Schlußantrag wird angenommen.

Der freikonservative Rückverweisungsantrag wird gegen die Freikonservativen und das Zentrum abgelehnt; der Antrag Friedberg (natl.) angenommen, der Antrag Vorchardt (Soz.) als hierdurch erledigt erklärt, der Antrag Claron d'Haussonville (kons.) abgelehnt, der Zentrumsantrag wird angenommen.

Die Universitäten.

Ein Antrag Gidhoff (Sp.) will, daß auf allen deutschen Universitäten Lehrstühle für soziale Medizin errichtet werden, um die Ärzte und Juristen mit der Sozialversicherung bekannt zu machen.

Abg. Dr. Bell (Z.): Es darf nicht mehr vorkommen, daß ein mitten in der Praxis stehender Jurist sich in der Kenntnis des sozialen Rechts von einem Arbeitersekretär übertrifft. Wir stimmen dem Antrag Gidhoff zu. Die Ueberfüllung der Universitäten, auch des Frauenstudiums, ist zu bedauern.

Abg. Gidhoff (Sp.) begründet seinen Antrag und wünscht auch Lehrstühle für Kolonialrecht und Kolonialwirtschaft.

Abg. Graf Claron d'Haussonville (L.) wünscht auch für Berlin einen Lehrstuhl für protestantische Mission, da er sich in Halle bemüht habe. Er spricht sich auch für einen Antrag des Abg. v. Schandendorff (natl.) aus, den Universitäten Gelder für akademische Jugendspiele zur Verfügung zu stellen. Der Antrag Gidhoff erscheint uns bedenklich. Es wird an dem nötigen Lehrpersonal fehlen.

Abg. Dr. Friedberg (natl.) hat auch Bedenken gegen den Antrag Gidhoff. Die neuen Bestimmungen über die Entziehung der Lehrbefugnis (weniger legend!) der Privatdozenten scheinen mit dem Disziplinargesetz in Widerspruch zu stehen, so wenn einem Dozenten nur wegen der Ernennung zum Leiter eines größeren städtischen Krankenhauses die Lehrbefugnis entzogen wurde.

Kultusminister v. Trott zu Solz führt aus, daß der vom Abgeordneten Friedberg vermutete Widerspruch nicht bestehe. Geheimrat Elster vom Kultusministerium: Die Unterrichtsverwaltung wünscht durchaus, daß die Ärzte die soziale Gesetzgebung genau kennen. Ich glaube aber nicht, daß ein Bedürfnis für einen besonderen Lehrstuhl der sozialen Medizin vorliegt.

Ein Schlußantrag des Abg. v. Pappenheim (L.) wird angenommen.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz. — zur Geschäftsordnung): Das Kapitel der Universitäten ist von großer Bedeutung. Noch niemals hat dieses Haus uns dabei das Wort abgesprochen. Daß es jetzt geschieht, beweist, wie außerordentlich gering Sie Ihre Pflicht der parlamentarischen Kontrolle einschätzen, und wie sehr Sie die prinzipielle Kritik fürchten, die, wie Sie wissen, ausschließlich von unserer Partei ausgeht wird. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten — Lachen bei der Mehrheit.)

Abg. v. Pappenheim (L.): Ich habe den Schlußantrag gestellt, nachdem der Präsident über die Geschäftslage des Hauses berichtet hatte. Aber ich muß sagen, daß mich allerdings zu dem Schlußantrag der Umstand mitbewogen hat, daß Abg. Liebknecht der nächste Redner sein sollte. Er hat in den letzten Tagen unsere Geduld durch hundenlange Reden und unzählige Wiederholungen derart in Anspruch genommen, daß er der letzte ist, der hier im Hause das Recht hat, Rücksicht von der Mehrheit zu verlangen. (Bravol rechts.)

Abg. Hoffmann (Soz.) knüpft an eine persönliche Bemerkung des Abg. Rosenow (Sp.), an, daß es ungerecht sei, wenn man gegen einen Redner etwas habe, allen noch zu Worte meldenden Rednern

das Wort abzuschneiden. Aber wir wissen ja längst, daß Herr v. Pappenheim den Oberpräsidenten dieses Hauses macht. (Lachen rechts.)

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.): Wir werden die Geduld des Hauses auch weiter in Anspruch nehmen und sind nicht gewillt, uns von Ihnen auch nur im geringsten vorzudrängen zu lassen, was wir zu tun haben und was nicht. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Zur Frankfurter Universitätsfrage habe ich nicht einmal die Hälfte so lange gesprochen wie Dr. Bell, und dabei nehmen wir in dieser Frage einen prinzipiell anderen Standpunkt ein, wie alle anderen Parteien. Es ist aber gar nicht die Länge der Reden, die Sie zu Ihrem Verhalten veranlaßt, sondern der Inhalt der Reden und die Furcht vor der Wahrheit, die wir Ihnen ins Gesicht sagen. (Bravol bei den Sozialdemokraten — Lachen rechts.)

Abg. v. Pappenheim (L.): Ich stelle fest, daß ich ausdrücklich gesagt habe, mich veranlaßt zur Stellung des Schlußantrags die Ausführungen des Präsidenten über die Geschäftslage (daß nämlich vor den Ferien wenigstens noch die Universitäten erledigt werden sollen). Ich habe nur hinzugefügt, daß allerdings Rücksichten auf die Person des Abg. Liebknecht uns nicht veranlassen könnten, von diesem Antrag abzusehen.

Der Antrag Gidhoff wird der Unterrichtscommission überwiesen.

Beim Titel

Universität Berlin

Bespricht

Abg. Liebknecht (Soz.)

die Affäre des Selbstmordes des russischen Studenten Dubrowsky. Die Mitteilungen des Ministers über die Gründe dieses Selbstmordes haben sich längst als unrichtig herausgestellt. Selbst in der russischen Duma hat die Art, in der der Fall hier behandelt wurde, Unwillen erregt. Das zeigt deutlich, daß das preussische Abgeordnetenhaus das rückständige Parlament der Welt ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Lehren des Falles Dubrowsky sollten wir nicht vergessen. In der Tat steht die Polizei über der Universität und die ausländischen Studenten werden, wenn sie überhaupt zugelassen werden, zu Studenten zweiter Klasse degradiert. Minister und Rektor haben ja erklärt, daß der Selbstmord schließlich ein Erfolg der geheimen Ueberwachungsverordnungen ist, die natürlich die Willigung dieses Hauses finden, statt daß es den Minister zwingt, mit diesen Fußfäden ein Ende zu machen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Vergleichen für die Zustände an der Berliner Universität ist das rücksichtslose Vorgehen gegen die freistudentische Bewegung u. g., die weit entfernt ist von Politik oder gar Sozialismus. Sie will nur, daß sich die Studenten über die Zustände im Staate unterrichten können, aber die politischen Parteien usw. Das ist doch völlig einwandfrei.

Vizepräsident Dr. Krause unterfragt dem Redner, allgemeine Universitätsangelegenheiten zu besprechen.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.):

Ich spreche doch von den Bestrebungen der Berliner freistudentischen Bewegung, die die politischen Parteien durch Information von Politikern der betreffenden Parteien kennen lernen wollen. Das wird aber verboten. So hat man dem Dr. Freilich einen Vortrag über die Demokratie verboten — dagegen wollte man den Syndikus des Zentralverbandes deutscher Industrieller sprechen lassen. Nachdem man den Abg. v. Heubrand u. d. Vasa hatte sprechen lassen, verbot man das Auftreten aktiver Politiker. (Hört! hört! b. d. Soz.) Die Universitätsverwaltung läßt eben jeden Reaktionsredner, Sozialdemokraten und Demokraten aber nicht! Ja sogar die alle studentische Sitte der freien Verteilung von Flugzetteln usw. wird nicht mehr gestattet — aus sanitären Gründen. Die beziehen sich wohl mehr auf die Gesundheit der Seele der Studenten. (Abg. Wagner (H.): Sehr richtig! — Hört! hört! b. d. Soz.) So, Sie geben also zu, daß der Berliner Rektor mit einer Unwahrheit gegen die freistudentische Bewegung operiert. Er gestattet aber ruhig weiter die Verbreitung antisemitischer und „nationaler“ Flugzettel im parteipolitischen Interesse der Verdummung der studierenden Jugend und der Bekämpfung der von allem Sozialismus weit entfernten Freistudentenschaft; sogar ihren alten Herren — nur ihren — hat man die Flugblattverbreitung verboten und nur ihren Sanitätsmännern das Plakatverbot. Das war der Gipfel. Mich Hoffhoff verstand es die Berliner Universitätsverwaltung, sich selbst da noch zu überheben. Man schnitt aus einem Pflanzplatz zwei — Rabys wegen Unstichlichkeit heraus. (Heiterkeit b. d. Soz.) Und diese Schildbürger sind die Leitung der ersten deutschen Universität, bei deren Reklamation Sie schon geneigt sind, den Kolan zu machen. Sie sollten sich doch fragen, ob nicht diese ständige Polizeiluft durch freies ersetzt werden soll. Wir brauchen ein Universitätsgesetz, das allerdings, wenn es irgend erspriehlich sein soll, nicht in diesem Hause gemacht werden darf. (Lebhafter Beifall b. d. Soz.)

Abg. Dr. Wagner (H.): Vielleicht ist im Fall Dubrowsky ein bedauerlicher Mißgriff untergeordneter Behörden vorgekommen; das darf man nicht verallgemeinern. Hoffentlich treten Dr. Liebknechts Freunde in der russischen Duma ebenso energisch auf, wenn etwa ein deutscher Student mißhandelt wird, ebenso wie Abg. Dr. Liebknecht hier für einen Ausländer eingetreten ist. (Zurufe b. d. Soz.: Da können Sie sicher sein!)

Beim Titel Universität Halle dankt

Abg. Graf Hartensleben-Rogasen (kons.) für die Errichtung der Musikprofessur an der Universität Halle.

Abg. Delius (Sp.): Erregung hat es nachgerufen, daß die Universitätsbehörde der Organisation der freien Studentenschaft in Halle Schwierigkeiten macht. Der Minister sorge für beschleunigte Prüfung. Die neugegründete akademische Versammlung bewährt sich. In ihre Angelegenheiten sollte der Streit zwischen Informatoren und Nichtinformatoren nicht hineinziehen. Unsere Universität Halle-Wittenberg hat sich glänzend entwickelt. Möge da die Fürsorge des Staates auch in Zukunft nicht erkalten.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.):

Ich kann diesen begeisterten Lobgesang auf die Fürsorge des Staates nicht verhehen angesichts der Verfolgung der freien Studentenschaft in Halle. Der Kampf gegen die freie Studentenschaft ist bis zur Spitze getrieben worden. Auch das Vorgehen in Halle bildet in der Tat ein Zeugnis dafür, daß systematisch vorgegangen wird von der Universitätsverwaltung mit der ausgesprochenen Absicht, die freistudentische Bewegung nach dem Rezept: Friß Bogen oder Knüttel zu behandeln. Die freie Studentenschaft hat nur die Wahl, auf alle Bewegungsfreiheit gänzlich zu verzichten oder vernichtet zu werden. Der Fall, wie man in Halle praktisch die Auflösung der freien Studentenschaft verfügt hat, ist in der Tat außerordentlich bedauerlich und es wäre dringend zu wünschen, daß der Minister sich zu dieser Angelegenheit äußern möchte. Ich bin fest überzeugt, daß es sich hier nicht handelt um die Aktion einzelner Universitäten, sondern daß das Vorgehen zurückzuführen ist auf eine generelle Anweisung der Verwaltung. (Geheimrat Elster nickt.) Das wird mir von Geheimrat Elster bestätigt. (Geheimrat Elster nickt übereinstimmend.) Geheimrat Elster ist noch so jung in seiner Stellung, daß er unwillkürlich die Wahrheit durch sein Nicken bestätigt hat. (Sehr gut! b. d. Soz.) Was zum Verweise des Gegenstands muß unterstützt werden, daß das Vorgehen gegen die freie Studentenschaft auf einer generellen Verfügung beruht. Ich habe noch einen anderen Fall anzuführen, der ein eigenüm-

liches Beispiel preussischer Universitätskariere bildet. Mir wird mitgeteilt, daß ein Protegé des Kultusministeriums, ein Bibliothekar Böhndel, der zunächst im Privatdienst eines Hamburger Wagens Bibliothekar war, dann Bibliothekar in königlichen Museen und schließlich Hilfsarbeiter im Kultusministerium wurde, einfach vom Kultusministerium als Dozent an Stelle von Goldschmidt nach Halle versetzt wurde. Darauf kann man das Sprichwort anwenden: Wer den Papst zum Vetter hat, kann Kardinal leicht werden. (Nachen am Regierungstisch und Jurist: Er ist ja gar nicht in Halle!) Ich sage Ihnen ja, das ist mir mitgeteilt worden und ich bitte Sie, sich dazu zu äußern. Keine Information geht dahin, daß Böhndel als Protegé des Kultusministeriums nach Halle als Dozent versetzt worden ist, obwohl er der akademischen Laufbahn fernstand. Diese Tatsache wird dadurch nicht berührt, wenn daraus später nichts geworden ist. Der Kultusminister kann sich ersparen, mitzuteilen, daß Böhndel nicht in Halle ist. Er möge sich nur darüber auslassen, ob die Berufung dieses Herrn vom Kultusministerium propagiert worden ist. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Die Besprechung wird geschlossen, vom Regierungstisch meldet sich niemand zum Wort. (Zurufe bei den Sozialdemokraten: Schweigen ist auch eine Antwort, dieses Schweigen ist Gold!) Von mehreren Abgeordneten werden lokale Universitätsfragen besprochen.

Ein Antrag des Abg. v. Schenkendorf (natl.), die Bestrebungen der Jugendpflege zur körperlichen Erleichterung auch auf die Hochschullugend auszuweiten, wird der Unterrichtscommission überwiesen.

Nächste Sitzung: Dienstag, 16. April, 19 Uhr: Eisenbahnetat. (Am Kultusetat sind noch die höheren Lehranstalten zu beraten.)

Schluß 1/2 Uhr.

Soziales.

Freiheit der Lernmittel.

Die Stadtberordneten in Mainz haben, wie uns telegraphisch mitgeteilt wird, beschlossen, sämtlichen Kindern der Volksschulen freie Lernmittel zu gewähren. Wann werden die anderen Gemeinden folgen?

Aus Industrie und Handel.

Stahlwerksverband.

Nach der „Allt. Jtg.“ ist zwischen der Seltensirchener Bergwerks-Aktiengesellschaft und der Firma Thyssen u. Co. ein Abkommen bezüglich ihrer künftigen Beteiligung in den Produkten A am Stahlwerksverband zustande gekommen. Da dieses Abkommen auch die Billigung der anderen Werke gefunden hat, so sind damit die Vermittlungen um die Erneuerung des Stahlwerksverbandes, der bekanntlich Mitte dieses Jahres abläuft, ein gutes Stück Wegs vorwärts gekommen.

Deutsche Bank und Fürstentöner.

Auf der Generalversammlung der Deutschen Bank sah sich der Direktor v. Gwinner genötigt, Mitteilungen über die Beziehungen der Bank zum Fürstentöner zu machen. Die Vorgänge waren im wesentlichen bereits bekannt. Wir geben sie kurz zusammenfassend wieder, da sie für großkapitalistische Kreditunternehmungen typisch sind.

Der Fürstentöner arbeitet mit den Geldern des Fürsten Fürstentöner aus Donauessingen und des Fürsten Hohenlohe aus Obersiebenbrunn. Fürstentöner begann seine Spekulationsunternehmungen durch Beteiligung an der „Berliner Terrain- und Baugesellschaft“. Er verkaufte dieser Gesellschaft im Jahre 1908 seine Terrains in Pehlendorf für 8,000 Millionen Mark (pro Quadratmeter 4,25 M.) und erhielt den Kaufpreis in Aktien der Gesellschaft. Es stellte sich aber später heraus, daß die Terrains überzahlt waren und Fürstentöner hat für 3,25 Millionen Mark Aktien hinzugeben müssen, so daß der Wert des Quadratmeters in der Bilanz der Terraingesellschaft nunmehr mit 1,50 M. (statt 4,25 M.) erschien.

Im gleichen Jahre 1908 kam auch eine Verbindung der Terrain- und Baugesellschaft mit der Firma Woswau u. Knauer G. m. b. H. zustande. Woswau u. Knauer war ein altes, angesehenes Bauunternehmen in Berlin. Durch die schnelle Erbauung der Dörfeldorfer Ausfällung erwarb Knauer den Ruf eines genialen Bauunternehmers und wurde deshalb in die Kreise der Vergisch-Märkischen Bank aufgenommen. Die Vergisch-Märkische Bank wandelte auch die Privatfirma Woswau u. Knauer in eine G. m. b. H. um. Da die Deutsche Bank die Vergische Bank beherrschte, vermittelte sie 1908 die Verschmelzung der Woswau u. Knauer G. m. b. H. mit der Berliner Terrain- und Baugesellschaft, so daß die Deutsche Bank an der Terraingesellschaft mit interessiert war, während Fürst Fürstentöner gleichzeitig zum Konzern der Deutschen Bank in Beziehungen trat. Trotzdem vor dem Engagement die Verhältnisse von Woswau u. Knauer durch die Deutsche Terraingesellschaft geprüft worden waren, stellte sich nach dem Tode Knauers im Frühjahr 1909 heraus, daß Knauer ein „Veträger“ und „Gaukler“ gewesen war. Das Defizit war durch das Privatkonto Knauers verurteilt.

Die Verluste der Terraingesellschaft und mittelbar der Deutschen Bank stammen aber nur zum Teil von Woswau u. Knauer her. Ein größerer Teil rührt von ihrer Verbindung mit weiteren Unternehmungen des Fürstentöners her. Fürst Fürstentöner suchte nicht nur Kredit bei Banken, sondern kaufte mit dem schon genannten Fürsten Hohenlohe eine eigene Bank, die „Handelsvereinigung“, die nun die Geschäfte der beiden Magnaten übernahm. Sie stützte finanziell die Berliner Terraingesellschaft. Sie errichtete das Passage-Kaufhaus, das ursprünglich als Zentrale von Spezialgeschäften mit gemeinsamer Verwaltung gedacht war. Natürlich erschien dies Unternehmen als besondere U. G. an der neben der Handelsvereinigung wiederum die Deutsche Bank beteiligt war. Als der erste Plan sich überhaupt nicht verwirklichen ließ, wurde das Kaufhaus an Wolf Wertheim verpachtet, der nun ebenfalls in den Fürstentöner eintrat und dadurch in Verbindung mit der Deutschen Bank gelangte. Auch das Kaufhaus erforderte mannigfache Opfer von Seiten aller Beteiligten.

Zur Sanierung der Terrain- und Baugesellschaft, deren Verhältnisse Ende 1911 unhaltbar geworden waren, haben die Deutsche Bank und die Vergisch-Märkische Bank je über 5 Millionen Mark, insgesamt 11 Millionen Mark opfern müssen. Die Deutsche Bank hat diese Gelder aus ihren stillen Reserven entnommen, ohne daß sie überhaupt in der Bilanz erscheinen. Für die Vergische Bank ist der Verlust empfindlicher; ihre Dividende wird um 1 1/2 Prozent auf 7 Prozent reduziert. Die Opfer des Fürsten Fürstentöner sind nicht bekannt, doch dürften sie ziemlich erheblich ausgefallen sein. Natürlich werden die kleinen privaten Aktionäre am empfindlichsten von der Sanierung betroffen. Stattbarer Zuzahlung ist Zusammenlegung (Verminderung des Nominalwertes) beschlossen worden.

Das Opfer der Deutschen Bank geschieht nicht nur des „Veträgers“ wegen, wie Gwinner sich ausdrückte, sondern hat selbstverständlich den Zweck, die Kreditgeber auf dem Grundkapitalmarkt, auf dem es ständig „kräftig“, zu beruhigen. Die Deutsche Bank ist gleich den übrigen Berliner Großbanken an Terrain- und Baugesellschaften stark interessiert. Jeder neue Krach brächte neue Unruhe und neue Opfer auch für sie.

Mit der Herabgabe der 11 Millionen Mark sucht sich die Deutsche Bank gleichzeitig von dem dilettantistisch geleiteten Fürstentöner loszulösen. Diese Politik verfolgt sie auch gegenüber den Hohenlohewerken, in denen der Fürst als einer der Hauptaktionäre sich noch ganz als Nachhaber aufspielt. Was eigentlich den Rückgang der Kurse der Hohenloheaktien verursacht hat, ist im einzelnen noch nicht recht klar. Genannt werden verheißene Spekulationen mit Jungfrauen in Norwegen. Den Rücktritt der Verwaltungsmitglieder der Deutschen Bank aus dem Aufsichtsrat der Hohenlohewerke begründet die Deutsche Bank mit dem

Verhalten der Werke gegen den früheren Generaldirektor der Werke v. H. Von der Unzufriedenheit mit v. H. wurde zuerst in der Zeit der Reichstagswahlen etwas bekannt. v. H. wurde von Fürst Hohenlohe zur Rechenschaft gezogen, weil er nicht in dem Sinne des Fürsten agitierte — eine recht bezeichnende Tatsache für die Stellung der höchsten Beamten in Privatbetrieben. Nachträglich soll v. H. Verleumdung nachgewiesen worden sein; hat er doch mehr als eine Million Mark innerhalb weniger Jahre für die Instandhaltung seines Diensthauses und des Gartens ausgegeben. Gegenüber den elenden Vergarbeiterlöhnen Schließens allerdings eine recht nette Summe, die es verheßen läßt, daß dann die „Vergleichlichkeit“ der Arbeiter nicht zu befriedigen ist. Die Deutsche Bank will nun 40 Millionen Mark Obligationen emittieren, die noch in ihren Portefeuilles liegen, abstoßen, wobei sie nach Gwinner „die Inhaber hat, ein sehr gutes Papier an den Markt zu bringen“; sie selbst zieht sich jedenfalls auch von diesem Institut fürstlicher Geldgeber zurück.

Bergmann-Elektrizitätswerke.

Nun hat sie doch ausgeliefert. In der Generalversammlung der Deutschen Bank verhandelte v. Gwinner, daß in Kürze die „Anleihe“ an eine der beiden führenden Elektrizitätskonzerne, der A. E. G. oder der Siemens-Schubert-Gruppe zu erwarten sei. Welcher der beiden Konzerne den künftigen Bergmann-Konzern vertritt, wird noch nicht verraten. Gegenüber den gewaltigen Kapitalmagnaten der beiden größten Konzerne konnte sich Bergmann auf die Dauer nicht halten. Aber es macht seinen Ueberwindern den Sieg nicht leicht. 1893 wurde die Bergmann A. G. mit dem bestehenden Kapital von 1 Million Mark gegründet. Dann folgten Jahr auf Jahr Kapitalerhöhungen, Gründungen von Filial- und Tochtergesellschaften, Verschmelzungen mit ihnen und anderen Elektrizitätsunternehmungen, so daß das Aktienkapital bis auf 20 Millionen in die Höhe geschwollen worden ist. Anfanglich scheint die noch durch Anleihen vermehrte Kapitalhäufung wirklich durch die wachsende Beschäftigung der Werke notwendig gewesen zu sein. In den letzten Jahren diente sie offensichtlich nur dazu, den Kaufpreis möglichst hoch zu treiben, da der Untergang in einem der beiden Konzerne sicher war. Der Geschäftsumfang wurde ausgedehnt, die Betriebe erweitert, Neubauten an Neubauten gereiht. Die Dividende stieg gleich in den ersten Jahren auf 14, 16, 18, 22 und 23 Prozent, um sich dann mit Ausnahme der beiden letzten Jahre auf 17 und 18 Proz. zu halten. Dementprechend trieben auch die Börsenkurse der Bergmann-Aktien hoch. Aber das Ganze war nur ein Schauspiel nach außen. Im inneren Betrieb wurde so gut wie nichts abgeschrieben und wenig zurückgelegt. Noch in den beiden letzten Jahren suchte die Bergmann A. G. diese Politik fortzusetzen. Aber schon 1910 mußte die Dividende auf 12 Proz. reduziert werden. In diesem Jahre sucht die Gesellschaft vergeblich nach neuem Kredit. Die Bankkredite sind bereits so angewachsen, daß die Geldinstitute sich weigern, die Politik weiter zu unterstützen. Die Gesellschaft muß in einem der großen Elektrizitätskonzerne verschwinden. Die Entschädigung an die Aktionäre wird keine geringe sein, denn durch den Zuwachs der Bergmann-Gesellschaft erfährt der erweiterte Konzern eine Stärkung von ganz wesentlicher Bedeutung im Kampfe gegen den Konkurrenzkonzerne.

Die Antitrustpraxis.

Während die sogenannten Vorkämpfer in den Vereinigten Staaten nicht genug verherrlichen können, daß sie den Krampf ein baldiges Ende bereiten werden, sieht die Praxis sich erheblich milder an. Vor einiger Zeit hatte man Anklage gegen den Fleischtruf wegen Verletzung des Antitrustgesetzes erhoben. Die angeklagten Fleischmagnaten sind jetzt glänzend freigesprochen worden. Alles hat sich in Richtung aufgelöst und die fleischtrufliche Kräfte in der alten Weise die Preise nach ihrem Willen festsetzen und die Fleischqualitäten verschlechtern. Bis jetzt hat man gegen die Kräfte so gut wie gar nichts erreicht und das wird auch wohl in Zukunft so bleiben.

Aus der Frauenbewegung.

Die A. E. G. und die Arbeiterinnen.

Die Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft, jenes Riesenunternehmens in und um Berlin mit seinen sich gewaltig ausdehnenden Produktionsverhältnissen, ist in ihrem rapiden Aufstieg, ihrer hochentwickelten Technik, aber auch in ihren raffinierten Ausbeutungsmethoden typisch für die Entwicklung der modernen-kapitalistischen Wirtschaft.

Arbeiterinnen im Jahre 1908 in den gesamten Werken der A. E. G. durchschnittlich 25 982 Personen, nämlich 20 259 männliche und 5723 weibliche, so im Jahre 1911 29 082 männliche und 10 730 weibliche, insgesamt 39 791 Personen. Diese Zahlen zeigen, daß sich in diesen vier Jahren die Beschäftigung von Männern um ein knappes Drittel vermehrte, die von Frauen sich dagegen nahezu verdoppelte.

Der Jahresbericht der Betriebskrankenkasse der A. E. G. legt nun in einer Uebersicht dar, daß im Berichtsjahr 1911 auf die 29 082 männlichen Personen 13 560 Erkrankungsfälle, dagegen auf die 10 730 Arbeiterinnen 6810 Fälle kamen.

Die Arbeiterinnen sind der Erkränkungsgefahr viel mehr ausgesetzt und unterworfen als die Arbeiter.

Die Direktion und ihr Beamtenheer sind nun im neuen Jahre bemüht, überall, wo es möglich und angängig ist, in den Betrieben vermehrt Frauen und Mädchen zu beschäftigen. Es dürfte für 1912 ein gewaltiges Anschwellen der beschäftigten Frauenhände zu verzeichnen sein. Sämtliche Betriebe, sämtliche Abteilungen werden in letzter Zeit mit Frauen geradezu überflutet. Arbeiten, die bisher immer nur von Männern verrichtet, die ihrer Art nach stets als Männerarbeit bezeichnet wurden, erledigen jetzt Frauen. Gibt es doch Abteilungen, in denen noch vor kurzem nicht eine Frau, angeblichlich dagegen deren 50 Proz. und mehr vertreten sind. Man stellt sich die Frage, wo denn die Männer bleiben? Bringt man sie nicht anderweitig unter, dann müssen sie den Betrieb verlassen. Täglich gehen somit langjährige Arbeiter aus den Betrieben, müssen der Frauenarbeit weichen. Daß man Mädchen nur einstellt, um billiger zu produzieren, versteht sich. Zahlt man ihnen doch stets nur die Hälfte oder wenig mehr von den Akkordpreisen der Männer.

Es hat den Anschein, als ob an alle, auch die größten und kompliziertesten Maschinen und Arbeiten Frauen gestellt werden sollen. Riefige Delaunaymolen, Stangen, Stochwerke, Drehwerke, Bohrmaschinen usw. erhalten nach und nach weibliche Bedienung. Was macht es aus, daß sich unlängst eine Neueingestellte eine Hand abstannte; Menschenfleisch ist ja so billig.

Mit einem listig ausgedachten Einrichtersystem werden den Frauen die einzelnen Maschinen betriebsfertig zur Weiterbedienung überlassen. Da, wo Schichtwechsel vorherrscht, sind die Männer noch insofern benachteiligt, als man die Frauen nur in der Vormittagsdämmerung arbeiten läßt, während die Männer ständig abends und nachts arbeiten müssen. Verlassen auch manche Frauen sehr bald wieder den Betrieb, so garantiert dem Unternehmer die große Reservenarmee immer eine leichte Neubesetzung und so freit sich denn die Frauenarbeit immer tiefer in die Elektroindustrie ein.

Es wäre tödlich, von den Leitern der A. E. G. zu erwarten, daß sie Rücksicht auf die Arbeiter nehmen, im Gegenteil beweisen gerade ihre ausführenden Organe täglich, stündlich in aller Offenheit ihre Rücksichtslosigkeit.

Wir wissen, daß die Arbeiterklasse sich nur selber helfen kann. Die Rubrik der Arbeit jener 40 000 Menschen streichen schließlich eine hohe Dividende ein und sie läßt ihnen nur für den einen Gedanken Raum, wie sie weiter zu erhöhen sei.

Für die Arbeiterinnen und Arbeiter gilt es darum, gegen den gemeinsamen Feind anzukämpfen. Schulter an Schulter muß die Arbeiterin mit dem Arbeiter stehen. Darum, Ihr Frauen und Mädchen, hinein in eure Berufsorganisation, hinein in die Kampforganisationen der modernen Arbeiterschaft.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Montag, den 1. April, abends 8 1/2 Uhr, in Kellers Neuer Philharmonie, Köpenicker Str. 96/97: Vortrag des Schriftstellers J. Rubin über „Gerhart Hauptmann“. Gäste willkommen.

Der Verein für Verbesserung der Frauenkleidung veranstaltet Samstag, den 30. März, abends 8 Uhr, einen Vortrag im Berliner Rathaus über „Die Kleidung des Menschen zu Heilzwecken“. Referentin: Jeanne von Oldenbarnevelt.

Aus aller Welt.

Ein neues System der Lohndrucker.

Eine Unsitte, die gar nicht genug geißelt werden kann, ist in den Landgemeinden des Landkreises Göttingen eingerissen, nämlich die, die Gemeindeämter an den Mindestfordernden zu vergeben. So wurde in einem Dorfe von etwa 1000 Einwohnern das Amt des Ratswärters, des Forstauffsehers und Feldhüters — zur Gemeinde gehören etwa 1000 Morgen Forst und 1800 Morgen Feld — und das Amt des Gemeindeführers an die Mindestfordernden vergeben. Das Amt des vollbeschäftigten Ratswärters übernahm ein Restfaktant für die lächerliche Entschädigung von 200 Mark, bisher wurden 400 Mark für den Posten gezahlt. Der Forstauffseher und Feldhüter bekommt für seine Arbeit jährlich 300 Mark und der Rechnungsführer, der sogar auch noch 3000 Mark Kautions stellen muß, weil früher Unregelmäßigkeiten vorgekommen sind, ganze 150 Mark.

Bei solchen Zuständen wäre es wirklich an der Zeit, daß die Aufsichtsbehörde einmal dazwischen fährt.

Ein Prozeß gegen die Vorkehrung.

Einen Prozeß, der in den Annalen der irdischen Justiz kaum seinesgleichen haben dürfte, einen Prozeß gegen die „Vorkehrung“ hat ein Gastwirt in Stroudsboung in den Vereinigten Staaten beim dortigen Gericht angestrengt. Ein Methodistenprediger ist von dem Besitzer einer Kneipe, die der Bly zerstört hat, auf 200 000 Mark Schadenersatz verklagt worden. Der Kläger behauptet, daß der Pastor als „Vertreter der Vorkehrung“ für das Unglück verantwortlich sei. Der Apostel hatte den Bau einer Kneipe, die dicht neben seiner Kirche entstand, nicht verhindern können. Das erfüllte ihn selbstverständlich mit gewaltigem Zorn. An einem Sonntag rief er, auf der Kneipe stehend, den Fluß des Himmels auf Kneipe und Kneipenwirt herab. Tags darauf ging in Stroudsboung ein fürchterliches Unwetter nieder. Ein Bly fuhr in den Dachstuhl der Kneipe und bald stand das ganze Haus in Flammen. Der Pastor und die als „Sachverständigen“ vernommenen Theologen des Kreises behaupten, daß die Diener Gottes für die Handlungen der Vorkehrung nicht verantwortlich zu machen seien. Man sieht in Amerika dem Ausgang dieses seltsamen Prozesses mit Spannung entgegen.

Kleine Notizen.

Schweres Automobilunglück. Wie aus London gemeldet wird, stürzte ein Automobil, in dem der Schriftsteller Georges d'Espèrdes, ein anderer Herr und eine Dame saßen, mit 80 Kilometer Geschwindigkeit bei Plaffane in einen ziemlich tiefen Wassergraben. Alle Insassen wurden verletzt. Die Verletzungen d'Espèrdes scheinen nicht sehr schwer. Der Zustand des Chauffeurs ist hoffnungslos.

Explosion eines Geschüßes. Ein Telegramm aus Rio de Janeiro meldet, daß während einer Feldübung eines der Kruppischen Geschüße, die unlängst geliefert worden waren, explodiert ist. Mehrere Offiziere wurden auf der Stelle getötet, viele Soldaten schwer verletzt.

Untergang eines Dampfers. Auf dem Erie-See im Nordosten der Vereinigten Staaten ist ein Trajetschiff, auf dem ein Eisenbahnzug stand, mit einem Dampfer zusammengestoßen. Der Dampfer sank und dreißig Personen fanden den Tod in den Fluten.

Endloser Raubmord. Der seit mehreren Wochen vermehrte Gastwirt Karl Ungetim aus Ruppertsgrün bei Weidau ist gestern mittag von seinem Sohne im Keller der Gastwirtschaft tot aufgefunden worden. Die Leiche lag zwischen einigen Fässern, mit Deden und Erde zugebedekt. Es wird angenommen, daß U. einem Raubmord zum Opfer gefallen ist.

Erschossene Schutzmannsposten. Auf der Alfordenstraße in Pöds erschossen gestern drei Banditen zwei Posten stehende Schutzleute.

Krieg im Frieden. Wie aus Billemsfab, der Hauptstadt der Insel Curacao, gemeldet wird, hat sich auf dem niederländischen Panzerkreuzer „Joeland“ eine schwere Geschüßexplosion ereignet. Bei einer Schießübung, die der „Joeland“ in den westindischen Gewässern bei Curacao vornahm, barst plötzlich eines der Geschüßrohre. Ein Korporal wurde sofort getötet und drei Matrosen lebensgefährlich verwundet.

Für die Schwäbische Tagwacht in Stuttgart wird zu baldmöglichstem Eintritt ein leitender politischer Redakteur gesucht. Angebote mit Gehaltsansprüchen sind bis zum 15. April zu richten an Otto Wanner in Stuttgart, Hauptstätterstraße 96 II. Seitenbau. 288/17

Möbel-Angebot.

Solches Möbelgeschäft bietet bürgerliche Wohnungseinrichtungen sowie einzelne Möbel gegen mäßige Anzahlung bei keiner Anzahlung u. geringen monatlichen Teilzahlungen. Anfragen unter Postlagerkarte 85, Postamt 108. Kein Abzahlungsgehalt. 25762*

Buchhandlung Vorwärts Lindenstraße 69

Als Zimmer-schmuck sehr geeignet	Fraktionsbild der sozialdemokratisch Reichstagsabgeordneten	Zum Dekorieren von Vereins-simmern und Sälen
----------------------------------	---	--

Kunstdruck auf gutem Karton. Preis 50 Pfennig. Diese Bilder sind auch durch die Vorwärts-Ausgabenstellen zu beziehen.

Dem Genossen
Berner u. Frau
die herzlichsten Glückwünsche
zur Silberhochzeit
Die Genossen des 650. Bezirks.

Die herzlichsten Glückwünsche
zur Silberhochzeit
dem Genossen
Wilhelm Lumpe
nebst Gemahlin.
Die Genossen des 102. Stadt-
bezirks. IV. Kreis.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den
4. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Stralauer Viertel. Bez. 332.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unsere Genossen,
Frau Klara Knopp
Friedrichsbergstr. 32, gestorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet morgen
Sonntag, den 30. März, nach-
mittags 10 Uhr, von der Halle des
Central-Friedhofes in Friedrichs-
berg um 1/4 11 Uhr statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokrat. Wahlverein
Britz.
Den Parteigenossen zur Nach-
richt, daß unser Mitglied, der
Eisenarbeiter
Richard Schönberner
im nicht ganz vollendeten 60. Jahre
im Krankenbette am Schlaganfall,
nach bestandener Operation, am
Mittwoch früh 9 Uhr verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 30. März, nach-
mittags 4 Uhr, auf dem Gemeinde-
friedhof in der Chausseestraße in
Britz statt.
Rege Beteiligung erwartet
201/14
Der Vorstand.

Deutscher
Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht,
daß unser Mitglied, der Metall-
arbeiter
Adolf Rucinski
am 27. März gestorben ist.
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 30. März, nach-
mittags 5 Uhr, von der Leichen-
halle des Mariendorfer Gemeinde-
friedhofes in Mariendorf, Friedens-
straße, aus statt.

Heiner starb unser Mitglied,
der Härtler
Alfred Scholz
am 25. März an Herzentleiden.
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 29. März, nach-
mittags 5 Uhr, von der Leichen-
halle des Mariendorfer Gemeinde-
friedhofes in Mariendorf, Friedens-
straße, aus statt.
Heiner starb unser Mitglied,
der Metallarbeiter
Richard Schönberner.
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 30. März, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Mariendorfer Gemeinde-
friedhofes in Mariendorf, Friedens-
straße, aus statt.
Ehre ihrem Andenken!
Rege Beteiligung wird erwartet.
114/16 Die Ortsverwaltung.

Deutscher
Holzarbeiter-Verband
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Tischler
Gustav Ungeraten
Johannishof, Parkstraße 8
im Alter von 55 Jahren ge-
storben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 30. März,
nachmittags 3 1/2 Uhr, von dem
Krauerhause aus statt.
81/3 Die Ortsverwaltung.

Am Donnerstag verstarb nach
langem, schwerem Leiden unser
lieber, jüngster Sohn und Bruder
Alwin Sachs.
Um Beileid bitten die Eltern
August Sachs und Frau
nebst Geschwister.
Stummelsburg b. B., Lärtschmidt-
straße 6. 8836
Die Beerdigung findet am
Sonntag, nachmittags 3 1/2 Uhr,
von der Leichenhalle des
Stummelsburger Gemeinde-Fried-
hofes, Lärtschstraße, aus statt.

Deutscher
Transportarbeiter-Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Kutscher
Hermann Schmoi
am 27. d. Mts., im Alter von
47 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 30. d. Mts., nach-
mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des neuen Pauls-Kirchhofes
in Blüdenlee aus statt.
62/20 Der Vorstand.

Deutscher
Bauarbeiter-Verband
Zweigverein Berlin.
Am 27. März verstarb unser
Mitglied, der Holzer
Hermann Schnaak
(Bezirk Wedding).
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 30. März, nach-
mittags 5 Uhr, von der Halle des
Ragard-Kirchhofes in Reiniden-
dorf-Bezirk, Köpenickerstraße, aus statt.
139/5 Der Vorstand.

Mittwoch, den 27. März, ent-
schied sich nach kurzem, schwerem
Leiden mein lieber, guter Mann,
der Silberarbeiter
Richard Schönberner
im 60. Lebensjahre.
Dies zeigt an, um stille Teil-
nahme bittend
Helene Schönberner
geb. **Hellwig.**
Berlin-Britz, den 27. März 1912.
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 30. d. Mts., nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Prieger Gemeinde-
friedhofes, Chausseestraße 145,
aus statt.

Am Mittwoch, den 27. März,
vormittags 9 Uhr, entfiel plötz-
lich und unerwartet meine liebe
Frau und unsere gute Mutter,
Schwiegermutter, Großmutter,
Schwägerin und Tante, Frau
Wilhelmine Noeske
geb. **Raaso**
im 60. Lebensjahre.
Im Namen der Hinterbliebenen
in tiefer Trauer
900b
Berlin SO., Köpenickerstr. 81 II.
Heinrich Noeske und Kinder.
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 31. März, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des neuen Pauls-Kirchhofes,
Neuföhn, Hermannstraße, aus statt.

Nach kurzem schweren Leiden
entfiel uns heute früh 7 1/2 Uhr
der unerlöbliche Tod unsere
herzengute Tochter und Schwester
Gretchen Krüger
im neunten Lebensjahre.
Dies zeigen tiefbetrauert an
Schöneberg, den 27. März 1912
Brunenwaldstraße 96
Ludwig Krüger nebst Frau
und Sohn.
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 30. März, nach-
mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des neuen Schönebergerkirch-
hofes, Säbgeleude (Blanke Höhe)
aus statt.

Danksgiving.
Für die herzlichste Teilnahme bei der
Beerdigung meiner lieben Frau und
Mutter **Ernestine König** sagen
wir allen Freunden und Bekannten,
insbesondere dem Wahlverein, Bezirk
Nieder-Schönhagen, für die reichen
Kranzspenden unseren herzlichsten Dank.
Albrecht König nebst Kind.

Danksgiving.
Für die vielen Beweise herzlichster
Teilnahme und reichen Kranzspenden
bei der Beerdigung meines lieben
Mannes sage ich auf diesem Wege
allen meinen herzlichsten Dank.
Witwe Anna Gröschke
nebst Kindern.
25802
Danksgiving.
Für die Beweise herzlichster Teil-
nahme bei der Beerdigung meiner lieben,
unvergesslichen Frau, sage ich allen
Verwandten, Freunden und Bekannten
(sowie dem Vortierverein „Friedens-
heit“ meinen aufrichtigsten Dank.
Emil Telschow.

Wissen Sie schon?
Mäntel u. Kostüme
direkt aus der Fabrik
jetzt kolossal preiswert
um zu räumen
Zimmerstr. 49¹ nahe
Dönhofsplatz
Spezialität Backfischkonfektion
6 Proz. Rabatt in bar.

Danksgiving.
Da es mir bei der überaus zahlreichen Beteiligung bei der Beerdigung
meines lieben Mannes
Wilhelm Grulms
nicht möglich ist jedem Einzelnen zu danken, verlege ich es auf diesem
Wege, allen Verwandten, Freunden und Bekannten, den Genossen des
IV. Reichstagswahlkreises (Wahlbezirk 290), den Direktoren der Firma
Baatz u. Co., sowie den Kollegen der Firma Paul Schur (Zentrale), dem
Kriegsverein, „Delphin“, dem Deutschen Transportarbeiterverband, dem
Gesangsverein, den Kollkuffern und Möbeltransportarbeitern der Firma
Baatz u. Co. und dem Genossen Kelle für seine trostreichen Worte am
Sarge meines lieben Mannes meinen tiefgefühlten Dank auszusprechen.
Die tiefbetraute Gattin
Marie Grulms.

Blendax
macht's Scheuern sehr bequem
Und das ist mir recht anjehem
Pakete zu 10 u. 20 Pfg
Fabrik: Urban & Lemm, Charlottenburg

Knorr
**Suppen-
Würfel**
3 Teller
10 Pfg.
Wer probt,
der lobt

Jeder wähle
den durch seine Güte unerreicht dastehenden
**Kapitän-
Kautabak**
General-Vertrieb: Carl Röcker, Berlin O 27, Grüner Weg 118.

Betrifft Herren!
welche sich elegant kleiden und doch beim Gintausf sparen wollen. Wir empfehlen aus unserer Abteilung gerüg-
te Herrenanzüge, Westen und Paletots. Diese Stücke sind zum Teil aus feinsten Stoffen gefertigt (einzelne
auch aus Seide) und für jeden Herrn passend am Lager. Früherer Anschaffungspreis bis 100 M., jetzt zu folgen-
den extra billigen Preisen; auch neue
Herren-Anzüge 9, 12, 16, 20 M. u. Gehrock-Anzüge 18, 21, 24, 28 M. u.
Paletots u. Westen 8, 12, 16, 18 M. u. Herren-Anzüge 7, 10, 12, 15 M. u.
Hock-Anzüge 12, 16, 19, 22 M. u. Herrenhosen 2, 3 bis 6 M.
Verreichung von eleganten West- und Gesellschafts-Anzügen.
J. Wand, Haupt-Geschäft: Große Frankfurter Straße 116, an der Androssstraße
II. Geschäft: Chausseestr. 89. III. Geschäft: Jägerstr. 11.

Jeder Arbeiter, jeder Handwerker, jeder praktisch Mann
der für seine Arbeit, für seinen Beruf, besonders vorteilhaft geeignete Kleidung nötig hat, kauft diese bei
Kohnen & Jöring, Größtes Spezialhaus für Arbeits- u. Berufskleidung
Hauptgeschäft: Alexanderstr. 12. Zweiggeschäfte: Rosenthaler Str. 53 — Landsberger Allee 148 — Neuföhn: Bergstr. 66
Rübe Alexanderplatz. Ede Weinmeisterstraße. am Friedrichshain. (Richtungsangabe) am Ringbahn.
Reelle billige Preise, erprobte solide Qualitäten, guter Sitz, richtige Wäsche, beste Verarbeitung, größte Auswahl.

Bilanz der Deutschen Bank, Berlin
am 31. Dezember 1911.

Aktiva.		Passiva.	
Kasse, Kupon und zur Handhabung ge- hörige Effekten	M. 61.879.198,97	Aktien-Kapital	300.000.000,—
Guthaben bei Banken und Bankiers	M. 81.158.174,65	Reserven:	
Wechsel	88.624.785,82	Ordentliche Reserve A	M. 94.988.081,30
Deutsche Staatsanweisungen	41.265.785,80	B	84.870.279,87
Report und Lombard-Vorschüsse	297.607.547,01	Kontokorrent-Reserve	7.016.693,28
Rigore Effekten laut Jahresbericht	82.752.296,19	Depositalden	1.040.281.770,24
Eigene Beteiligungen an Konsortial-Gesellschaften		Kreditoren in laufender Rechnung	1.087.458.020,86
Kommanditen		Noch nicht vorgekommene Hebecks	13.202.855,78
Dauernde Beteiligungen bei fremden Unternehmungen		Akzente im Umlauf	256.282.220,00
Debitoren in laufender Rechnung		ausserdem Beteiligungen: M. 145.487.190,78	
gedeckte		Dividenden, unerhoben	31.770,—
durch		Dr. Georg von Siemens-Fonds für die Beamten	7.280.650,—
hörangänge	M. 262.199.121,95	Ubergangsposten der Zentrale und der Filialen untereinander	1.204.790,00
Wertpapiere	179.554.652,25	Rückstellungen für Talonsteuer	1.200.000,—
durch andere Sicherheiten	M. 581.470.884,32	Gewinn- und Verlust-Konto	55.498.698,70
ungedekte	111.677.660,62		
ausserdem Beteiligungs-Debitoren: M. 125.057.100,78			
Vorschüsse auf Waren und Warenverschiffungen			
(davon am Bilanztag durch Waren, Verschiffungs-Doku- mente etc. effektiv gedeckt M. 112.541.118,31)			
Bankgebäude			
Mobilien			
		Mark	2.187.361.408,59

Gewinn- und Verlust-Konto.

Debet.		Kredit.	
An Gehälter, Weihnachts-Gratifikationen an die Beamten und allgemeine Unkosten	M. 20.229.083,47	Per Saldo aus 1910	2.007.280,94
Beamten-Pflege-Verein	1.200.000,00	Gewinn auf Wechsel- und Zinsen-Konto	M. 20.700.184,96
Wohlfahrts-Einrichtungen für die Be- amten (Klub, Kantine und freiwillig übernommene Versicherungsbeiträge)	229.877,20	Gewinn auf Sorten, Kupon und zur Rückzahlung gekündigte Effekten	474.479,00
Steuern und Abgaben	8.453.268,61	Gewinn auf Effekten	2.994.879,81
Gewinnabstimmung an Vorstand, stellver- tretende Direktoren u. Filialdirektoren (52 Personen)	2.573.668,40	Gewinn auf Konsortial-Geschäfte	5.792.183,19
Rückstellungen für Talonsteuer	490.000,—	Gewinn auf Provisions-Konto	19.168.598,—
Abschreibungen auf Bankgebäude	M. 2.837.774,81	Gewinn an Dauernden Beteiligungen bei fremden Unternehmungen und Kommanditen	6.200.288,27
Abschreibungen auf Mobilien	821.987,08		
Saldo, zur Verteilung verbleibender Ueberschuss			
		Mark	66.261.968,33

Sparame
Raucher
rauchen
Fehlfarben-Sortimente
in Beuteln enthaltend eine Mischung
besonders preiswerter Marken I.
Fortuna 10 Stück 60 Pf.
Hansa 10 „ 75 Pf.
Exelsior 10 „ 1 00 M.
J. Neumann
Berlin. Begründet 1850. Hamburg.
Cigarrenfabriken.
Ueber 200 Niederlagen in Deutschland.
Fehlfarben sind in Qualität den
sortierten Cigarren ebenbürtig.

Auch Teilzahlung!
Nur mit.
Möbel-Misch
Gr. Frankfurter Str. 45/46

Auf Teilzahlung!
Ohne Anzahlung! Kein Kassierer.
**Teppiche, Gardinen,
Stores, Portieren,
Stepp-, Plüsch- und
Divanddecken.**
Matzner, Gustandstraße 41.
Südergasse. Karten od. Besuch erbet.



A. Wertheim



G. M. B. H.

Leipzigerstr. 132-37
Königstrasse 31-32

Versand-Abteilung: Berlin W. 66, Leipziger Str. 132/37
Die Firma A. Wertheim
hat zu ähnlich lautenden Firmen keinerlei Beziehungen

Rosenthalerstr. 28-31
Oranienstrasse 52-55

Back-Artikel

Echt. Budapester Mehl *1/2* Pfd. 28 Pf.
Kaiser-Auszug-Mehl . . . Pfund 20 Pf.
000 Weizenmehl . . . Pfund 17 Pf.
00 Weizenmehl . . . Pfund 16 Pf.
Süsse u. bittere Mandeln I 1.45
Süsse u. bittere Mandeln II 1.20
Smyrna-Sultaninen *1/2* Pfd. 70, 85 Pf.
Kaliforn. Sultaninen *1/2* Pfd. 65, 75 Pf.
Korinthen Pfund 38 Pf.
Rosinen Pfund 55 Pf.
Zitronat Pfund 70 Pf.
Selbsttätig. Backmehl *1/2* Pfd. 32 Pf.
Backpulver *1/2* kleine Beutel . . 16 Pf.
Vanillin-Zucker *1/2* kleine Beutel 16 Pf.
Vanillin-Zucker *1/2* Kilo-Paket 38 Pf.
Kuchenmasse „Fix u. Famos“ *1/2* Paket 50 Pf.
Feine Bourbon-Vanille
Glas mit 9 Stangen 40, 70 Pf. 1.10

Ständiger Verkauf

Florylin (Dauerhefe) Dose 20 Pf.

Kakao u. Schokolade

Deutscher Kakao *1/2* Pfd. 65 Pf. 1.00
Holländ. Kakao *1/2* Pfd. 1.50, 2.00
Haushalt-Schokolade . . . Pf. 70 Pf.
Block-Schokolade . . . Pf. 80 Pf.

Geflügel

Enten *gefroren* . . Stück 2.50, 2.90
Wolghühner St. 1.35 bis 2.25
Puten Pfund 88, 95 Pf.
Junge Tauben Stück 45 bis 75 Pf.
Junge Gänse Pfund 1.25

Fische

Lebend. Hechte *bis ca. 6 Pfd. schwer, Pfd.* 95 Pf.
Leb. Schuppenkarpfen 58 Pf.
Leb. Spiegelkarpfen *Pfd.* 82 Pf.
Grosse leb. Schleie *Pfund* 92 Pf.
Lebende Plötzen . . *Pfund* 33 Pf.
Kabeljau *ohne Kopf in ganzen Fischen Pfund* 14 Pf.
Seelachs *ohne Kopf in ganzen Fischen Pfund* 14 Pf.
Rotzungen *Pfund* 15 Pf.
Bratschellfische . . . *Pfund* 12 Pf.
Tafelzander *Pfd.* 65 Pf.
Lachs *in ganzen Fischen Pfd.* 46 Pf.
Stockfisch *Pfd.* 58 Pf.

Frisches Fleisch

Ochsenschmorfleisch *Pfd.* 90 Pf.
Brust- u. Fehlrippe *Pfund* 75 Pf.
Kamm- u. Querrippe *Pfd.* 70 Pf.
Talg *roh . . . Pfund* 45, *ausgelassen* 55 Pf.
Pökelszunge *Pfd.* 1.30
Pökelfleisch *Pfd.* 90 Pf., *geräuch.* 1.30
Frischer Schinken *im ganz. Pfund* 75 Pf.
Schweinekamm u. Schuft *75, geteilt* 80 Pf.
Schweinekotelettes 85, 90 Pf.
Eisbein (Dickbein) . *Pfund* 60 Pf.
Kass. Rippespeer *Pfd.* 75 b. 90 Pf.
Rückenfett *Pfund* 60, 65 Pf.
Lieser *Pfund* 65 Pf.
Kalbskeule *und Nierenbraten, im ganzen Pfund* 1.00
Kalbskamm *u. Bug Pfund* 70, *geteilt* 75 Pf.
Kalbsbrust *Pfund* 75, *Spitze* 90 Pf.
Hammeldünnung . . . *Pfd.* 55 Pf.
Dicke Rippe *Pfd.* 65 Pf.
Hammelrücken *im ganzen Pfund* 80 Pf.

Tischwein

Ober-Moseler *1/2* Fl. 75 Pf.
1910 Wellensteiner . . *1/2* Fl. 85 Pf.
1907 Kinheimer *1/2* Fl. 1.15
1908 Piesporter *1/2* Fl. 1.35
1908 Zeltinger *1/2* Fl. 1.60
1907 Eckelsheimer . . . *1/2* Fl. 95 Pf.
1905 Gaubischsheimer 1.15
1905 Binger Neuberg *1/2* Fl. 1.35
1908 Bing. Rosengart. *1/2* Fl. 1.45
1909 Mittelheimer Honigbg. *1/2* Fl. 1.60
Douro-Portwein I . . . *1/2* Fl. 1.50
Alter Douro-Portwein . *1/2* Fl. 1.90

Besonders preiswert um zu räumen:

Roter Burgunder Wein

1904 Mercury *1/2* Fl. 85 Pf.
1904 Nuits *1/2* Fl. 1.05
1899 Beaune *1/2* Fl. 1.20
1904 Romanée *1/2* Fl. 1.50
1900 Chambertin . . . *1/2* Fl. 1.80
1898 Pommard *Original-Abzug 1/2* Fl. 4.40
1898 Santenot Volnay *Original-Abzug 1/2* Fl. 5.10
1889 Beaune Grèves *Original-Abzug 1/2* Fl. 6.60
1889 Romanée *Original-Abzug 1/2* Fl. 8.20
1889 Chambertin *Original-Abzug 1/2* Fl. 8.40

Am nächsten Sonntag (vor Ostern) bleiben unsere Geschäftshäuser wie an allen Sonntagen geschlossen.



Jedes Paket von Dr. Gentner's
Vollseifenpulver
Goldperle
enthält ein reisendes praktisches
Geschenk.

Alleiniger Fabrikant auch der so beliebten Schuhseife „Nigrin“:
Carl Gentner, Göppingen.

Vertretung für Groß-Berlin:

Max Haisch, Neukölln, Kaiser-Friedrichstr. 216.
Telephon Neukölln 9280.

Arbeiter, Handwerker, Techniker usw.

kaufen ihre Werkstattanzüge am vorteilhaftesten in dem altbekannten Spezialhaus von
Telephon: **Adolf Wecker**, Mühlendamm 3 und
Centrum 1953. Kottbuserdamm 32.
Fabrikation von Berufskleidung aller Industriezweige.
Größte Auswahl. Billigste Preise. Prima Qualitäten. Bequemer Sitz. Beste Verarbeitung.
Auch für Lehrlinge sind passende Größen aller Berufe vorrätig.

Palmona

muß deshalb als Pflanzen-Butter-Margarine bezeichnet werden, weil man sie sonst von Butter nicht unterscheiden könnte. Nehmen Sie die Verpackung weg und Sie haben die feinste Süßrahmbutter! Lassen Sie sich keine Nachahmungen aufdrängen!

Jeder Arbeiter,
jeder Handwerker
sollte zur Arbeit
die Lederhose
Herkules
tragen.



Unverwundbar
Leistungsfähigkeit.
Allein-Vorkauf.

Sehr starkes Leder
in grauen u. braunen
Streifen, auch ein-
farbig. Am Band
aus einem Stück ge-
arbeitet, wodurch
besondere Haltbar-
keit bedingt ist.
Sehr feste Kapp-
nähte m. stark. Gumm.

Schwere Leder-Pilot-Taschen.
Große Flecken unsonst.
Trotz dieser vielen und
anderer Vorzüge kostet
die Herkules-Hose für
normale Männer-Größe 4 M. 50

Berufs- u. Schutzkleidung für alle Zweige der Gewerbe u. Industrie, Sanitätsdienst usw.

BAER SOHN

Spezial-Haus größten Maßstabes
Chausseestr. 20-22 — Brückenstr. 22
Gr. Frankfurterstr. 20
Schöneberg, Hauptstr. 18.
Haupt-Katalog gratis und franko

Nachdr. verboten

35 Verkauf nur im Fabrikgebäude! 35

Sie sparen Geld! Wenn Sie
Möbel direkt in der Möbelfabrik

H. Walter Inh.: Willi Maaß, Brunnenstr. 35
kein Laden
Tel.: A. III, 5157

kaufen. Verkauf nur im Fabrikgebäude — eigene Tischlerei und Polsterel. — Auf Wunsch Teilzahlung.

35 Permanente Musterzimmer-Ausstellung. 35

Zum Umzug auffallend billig herabgesetzte Preise.



Bett-Sofas
Bett-Stühle
Bett-Chaiselongues
Bett-Kommoden
Metall-Waschtische

Eiserne Gartenmöbel

Metall-Bettstellen und verwandelbare Schlafmöbel

Matratzen neuester Systeme mit Auflegematratzen in allen Füllungen

Schlafmöbel-Fabrik, Berlin C., Am Stadtbahnhof „Börse“ (am Haupteingang).

Preislisten kostenfrei. — Reparaturen in eigener Werkstatt.

Bei Bezug auf diese Zeitung Rabatt.

Verantwortlicher Redakteur: Albert Bosh, Berlin. Für den Inzeratenteil verantw.: Th. Glade, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Stadtverordneten-Verammlung.

12. Sitzung vom Donnerstag, den 28. März 1912, nachmittags 5 Uhr.
Vorliegender Mischel eröffnet die Sitzung nach 5 1/2 Uhr mit ehrenden Nachrufen für den in diesen Tagen verstorbenen früheren Stadtkammerer Naah und den früheren Berliner Abgeordneten Albert Träger.

Für den in der Jungfernhöhe geplanten Hagenbedischen Tierpark soll die Stadt eine Million Mark als Hypothekarisches Darlehen hergeben.

Stadtv. Heumann (Soz.): Wir beantragen, die Vorlage einem Ausschuss zur Vorberatung zu überweisen und behalten uns die definitive Stellungnahme vor, bis der Ausschuss mit seinen Anträgen an uns herantritt. Den Stellinger Tierpark bei Hamburg, von dem in letzter Zeit viel die Rede war, habe auch ich mit mehreren meiner Freunde in Augenschein genommen. Von dem, was wir da gesehen haben, sind wir ganz außerordentlich enttäuscht worden. (Hört! hört!) Auch auf uns Laien hat diese Anlage den Eindruck einer ganz gewöhnlichen Schaustellung gemacht. (Rufe: Sehr richtig! — Sehr falsch!) Sie kann mit dem Berliner Zoologischen Garten gar nicht in Vergleich gestellt werden; der Zoologische Garten steht auch wissenschaftlich auf der Höhe. Um so beklagenswerter ist es freilich, daß dieser in der Regel Eintrittspreise nimmt, die der kleine Mann nicht aufbringen kann. Dennoch kann er als gemeinnütziges Institut angesehen werden, weil die Aktionäre außer dem freien Eintritt für sich und ihre Familie keine Dividende erhalten und die Erträge in gewissem Umfange zu gemeinnützigem Zwecke für den Garten verwendet werden müssen. Wenn es Herrn Hagenbed nicht gelungen wäre, in sehr geschickter Weise das Interesse des Kaisers auf sich und seine Unternehmungen hinzuwirken, wäre es weder dem Fiskus noch unserem Magistrat je eingefallen, diesem privatkapitalistischen Unternehmen öffentliche Gelder zuzuführen; denn unzweifelhaft ist dieser Hagenbedsche Tierpark nur ein Vergnügungs-Etablissement größten Stils, das aber keine wissenschaftlichen Zwecke und Ziele hat. Die Zeit für solche Unternehmungen scheint ja überhaupt gekommen zu sein; Sie werden wissen, daß diesem erst geplauten in dem sog. „Ethnographischen Garten“ bei Bichselwerder eine große Konkurrenz erwachsen wird. Freilich scheinen die Unternehmer des letzteren nicht verstanden zu haben, sich hohe und höchste Konzeptionen zu sichern, und so werden wir eine zweite Vorlage ähnlich der jetzigen wohl nicht erhalten. Zugeben müssen wir, daß der Magistrat seine Geneigtheit für den Antrag mit einem Antrage von Bedingungen umgeben hat, die die Sache etwas schmaler machen. Auch für uns ist die Eingemeindung des ganzen Terrains nach Berlin Voraussetzung für das Eingehen auf die Sache überhaupt. Wir glauben auch, daß die Anlage einen Anziehungspunkt für den bisher recht fliehmütterlich behandelten Norden werden wird. Indessen müssen in der Vorlage noch erhebliche Lücken ausgefüllt werden. „Bei mäßigen Eintrittspreisen“ soll dieser Tierpark dem Erholungs- und Bildungsbedürfnis der Bevölkerung Rechnung tragen; es wird aber nicht gesagt, welche Eintrittspreise genommen werden sollen. Hier muß vorgeschrieben werden, daß der Eintrittspreis wirklich ein mäßiger ist. Den städtischen Schulkindern soll bei Klassenreisen Besuch der Eintritt für 10 Pf. pro Person gewährt werden; hoffentlich heißt das: für die ganze Zeit des Besuchs des Instituts, nicht nur für die Zeit bis zur Abholung der städtischen Hypothek. Ganz schwächlich erscheint uns die Bestimmung, daß die Beteiligung der Stadt an den Grundstücksverkäufen nur für 15 Jahre Geltung haben soll. 15 Jahre sind doch keine Lebensdauer für ein solches Institut. Ob es lebensfähig ist, wird sich doch schon nach vier, fünf, sechs Jahren ergeben. Ist es nicht lebensfähig, so wird es unter keinen Umständen 15 Jahre lang erhalten werden; bleibt es aber 15 Jahre im Betriebe und wird dann aufgelöst und das Terrain verkauft, dann ist für mich der schlüssige Beweis erbracht, daß diese ganze Tierparksache nichts weiter als eine

fein ausgeflügelte Terrainspekulation, wobei dazu noch die Stadt, die sie erst möglich gemacht hat, leer ausgehen würde. Darauf können wir nicht eingehen.

Stadtv. Gassel (A. L.): Wir haben die Vorlage durchaus mit Zustimmung aufgenommen. Es ist uns bekannt, daß in Kreifen, die dem Zoologischen Garten nahestehen, die Befürchtung herrscht, daß der letztere durch diesen Tierpark ins Stoden geraten könnte. Wir glauben das durchaus nicht. Berlin ist sehr groß; kommen neue Institute einem wirklichen Bedürfnis entgegen, so können sie auch in mehrfacher Zahl existenzfähig sein. Die Sammlungen von Hagenbed sind sehr gute, wenn sie auch dem Schaubedürfnis mehr Rechnung tragen mögen. Weiter werden 180 Morgen Freiland erschlossen, die andernfalls bebaut würden. Wenn der Park jetzt nicht eingerichtet wird, wird das Terrain sofort Gegenstand der Terrainspekulation; wir fördern also durch den Vertrag die Terrainspekulation nicht, sondern wir hindern sie eher. Dem Antrag auf Ausschussberatung werden wir uns nicht widersetzen.

Bürgermeister Dr. Reide: Ich kann mich den Ausführungen des Vorredners nur anschließen. Einmal hatten wir das Projekt seiner selbst willen für beachtenswert. Ich habe bei meinem Besuch in Stellungen einen sehr starken und günstigen Eindruck gehabt. Warum soll das Bessere immer der Feind des Guten sein? Der zweite Grund, der uns leitete, war der, einmal etwas Großes für den Norden zu tun, der tatsächlich bisher fliehmütterlich behandelt worden ist. (Rufe: Der Osten! Der hat den Viehhof! Große Heiterkeit.) Die Nord-Südbahn wird durch den sich entwickelnden Vergnügungsverkehr am Abend gewiß auch einen Vorteil haben. Wir spielen ja hier nicht den Unternehmer; wir beschränken uns daher auf die Forderungen, die im öffentlichen Interesse liegen. Daß Herr Hagenbed dort 1 M. Eintrittsgeld erheben könnte, wird Herr Heumann selbst nicht glauben. Mit bestimmten Wünschen zu kommen oder gar Vorschriften zu machen, dazu ist der Moment noch nicht da. Der Grund- und Bodenwert allein schon deckt uns mit unserer Hypothek vollkommen. Ueber die Angemessenheit der 15jährigen Frist wird im Ausschuss näher zu reden sein. Dagegen aber muß ich mich verwahren, daß von vornherein der Begriff der Terrainspekulation vermischt verquirit wird. Der Name Hagenbed bietet doch allein schon genügende Garantie. Berlin kann sehr wohl zwei solche Unternehmungen ertragen. Ohne Eingemeindung der Jungfernhöhe treten wir an die ganze Sache nicht heran. (Beifall.)

Stadtv. Hildebrandt (A. L.): Wir hätten die Vorlage auch ohne Ausschussberatung angenommen.

Die Verammlung beschließt nach dem Antrage Heumann: Mit dem Ankauf des sog. dritten Kirchhändchens in Treptow für 180 000 M. erklärt sich die Verammlung einverstanden. Nachdem im Etat für 1912 die Gehälter der im Koabit- und im Rudolf Virchow-Krankenhaus beschäftigten städtischen Schwestern erwähnt worden sind, schlägt der Magistrat auch für die in städtischen Anstalten beschäftigten Viktoriaschwestern Aufbesserungen vor. Es sollen die dem Verein „Viktoriahaus für Krankenpflege“ zu zahlenden Gehaltsgebühren von 510 bezw. 690 M. für Schwestern und Oberkrankenschwestern auf 600 bezw. 750 M. erhöht, hiervon aber 40 M. für jede Schwester und Oberkrankenschwester wieder abgezogen werden. Dem „Viktoriahaus“ ist nämlich 1891 von der Stadt für sein Pflegerinnenhaus eine Parzelle geschenkt und ein Beitrag von 130 000 M. zu den Baukosten geleistet worden. Aus der Verzinsung

rechnet der Magistrat eine Jahreszuwendung von 14 500 M. heraus, von denen er 8500 M. auf dem Wege dieses Abzugs wieder einbringen will.

Stadtv. Dr. Wenzl (Soz.): Wir haben gegen die Vorlage nichts Bedenklisches einzumenden, denn das Pflegepersonal muß so bezahlet werden, wie es seiner so verantwortungsvollen und entlohnungsreichen Tätigkeit entspricht. Daß wir vor 21 Jahren einmal irgend eine größere Summe dem Viktoriahause zur Verfügung gestellt haben und daß nunmehr die Schwestern deswegen sich eine Kürzung ihrer Bezüge gefallen lassen sollen, kann ich nicht billigen. Der Vorschlag scheint mir überhaupt etwas kleinlich und wir werden daher dem Antrag Ablehnung erteilen, der diesen Mangel wieder gutmachen will, zumal es sich nur um wenige Tausende handelt. Ich verweise aber in der Vorlage ein wesentliches Moment. Die Krankenhausdeputation hat am 10. Februar in Verbindung mit der Zustimmung zur Erhöhung der Pauschalvergütung für die Schwestern den Beschluß gefaßt, die

Verabsichtigung des Viktoriahauses

in Ertragsung zu ziehen. Wir haben städtische Schwesternschulen und verfügen gegenwärtig über 30—50 überzählige gewordene Schwestern am Koabit- und Virchow-Krankenhaus. Für diese von uns ausgebildeten Schwestern haben wir doch auch zu sorgen; wir haben doch auch neben den Krankenhäusern noch andere Anstalten: Waisenhäuser, Heimstätten, Kinderkrankenhaus, Urban-Krankenhaus. Nun ist uns gesagt worden, daß die Viktoriaschwestern eine gewisse Abneigung haben, mit städtischen Schwestern in einem Krankenhaus tätig zu sein. Eine solche Eifersüchtelei würde auch ich für sehr unangebracht halten. Das Viktoriahause ist andererseits gar nicht mehr instande, genügend Pflegerinnen zu liefern. Wesentlich ist auch der Umstand, daß wir, wenn der Antrag Ablehnung angenommen wird, daselbst, was wir den städtischen Schwestern geben, auch den Viktoriaschwestern geben; wir haben aber kein Mitbestimmungsrecht, auch nicht über die Verwendung der hergegebenen Gelder. Alle diese Gründe veranlassen die Deputation, dem Magistrat nahezu legen, mit dem Viktoriahause wegen Verabsichtigung in Verhandlung zu treten. Welche Stellung nimmt er zu dieser Frage ein?

Stadtv. Sade (A. L.): Die Viktoriaschwestern sehen sich selbst ansehnend als Schwestern erster Klasse an und werden auch im Publikum dafür angesehen; sie haben es sogar in ihrem Statut, daß sie nicht mit städtischen Schwestern zusammenarbeiten dürfen. Dieser Zustand ist für die Berliner Krankenpflege nicht günstig. Der Magistrat hätte wohl über die Anträge der Deputation sich äußern können. An sich ist es doch nicht richtig, daß man dem Viktoriahause etwas zu schenken braucht; ich werde daher meinerseits gegen den Antrag Ablehnung stimmen.

Stadtv. Körte (Fr. Fr.): Aus dem Zwiespalt im Personal ermahnen wir unsere Krankenhausverwaltung allerlei Schwierigkeiten. Die vom Magistrat angestellten Rechnungen entsprechen aber nicht dem, was die Bürgerschaft diesem Verein gegenüber mit Recht beobachtet wissen will. Nachdem man von 20 Jahren ein Kapital bedingungslos geschenkt hat, kann man nicht fünfzehn Jahre in Berechnung bringen. Wir tun gut daran, das Mutterhaus zu unterziehen, und diesen heimlichen Abstrich von 40 M. pro Durchschnittsgehalt soll der Magistrat hier nicht in Abzug bringen.

Stadtv. Strachmann: Dieser Abzug mag kleinlich erscheinen. Aber wir haben es hier mit einem Verein zu tun, an den die Abfindungssumme in toto geht. Die Frage der Verabsichtigung ist im Magistrat einer späteren Beratung vorbehalten; mit der Befolgsfrage wollte er sie nicht veräußern. Die überzähligen Schwestern werden als Ausschulungsschwestern verwendet; es waren im vorigen Jahre übrigens nur zehn.

Stadtv. Gassan (A. L.): Wir haben doch keine Veranlassung, Viktoriaschwesternfreundlicher zu sein, als das Viktoriahause selbst. Wenn dieses mit dem vom Magistrat Angebotenen zufrieden ist, so könnte es doch dabei sein Bewenden behalten. Der Verabsichtigung muß der Magistrat endlich näher treten, damit den unendlich werdenden Zuständen in unserer Krankenhauspflege ein Ende bereitet wird.

Stadtv. Dr. Wenzl: In der Krankenhausdeputation haben uns die Direktoren mitgeteilt, daß sie 30 Schwestern zur Verfügung hätten, die überzählige seien. Jetzt sagt uns der Magistratsvertreter, es seien nur zehn. Wo mögen dann wohl die übrigen 20 geblieben sein? Gemeinrat Strachmann sagt, es sehe nicht im Viktoriahause aus, daß die Viktoriaschwestern mit anderen nicht zusammenarbeiten sollen. Die Tatsache der Eifersüchtelei bleibt aber bestehen, und der Magistrat muß dafür sorgen, daß die städtischen Schwestern, die im wesentlichen dieselbe Ausbildung wie die Viktoriaschwestern genossen haben, auch im Urban und im Friedrichshain Dienste tun können.

Die Vorlage wird mit dem Antrag Körte angenommen. Gleichzeitig wird die Erhöhung des Kostgeldes für die im Friedrichshain-Krankenhaus beschäftigten Viktoriaschwestern von 1,80 auf 2 M. genehmigt.

Die Vorlage betreffend die Abänderung der Ordnung von 1908 über den Anschlag an die Kanalisation und die Erhebung von Kanalisationsgebühren geht nach kurzer Debatte an einen sofort vom Vorstand zu ernennenden Ausschuss.

Dem Bauunternehmer Hallert soll für die Mehraufwendungen, die ihm durch die Anlage einer besonderen Rohrleitung zum Spandauer Schiffhafen bei der Grundwasserentfernung für die Rutilbrücke gegenüber der Wasserabführung durch die Kanalisation entstanden sind, aus Billigkeitsgründen eine Entschädigung von 10 000 M. gewährt werden.

Nach längerer Erörterung wird ein Antrag Baumann (Fr. Fr.) auf Prüfung der Angelegenheit durch einen Ausschuss abgelehnt und die Bewilligung ausgesprochen, nachdem sich u. a. auch Stadtv. Leid (Soz.) dafür erklärt hat.

Der Bau eines besonderen Abfluswerkes des Schließwägers Ufers an der Danfahbrücke wird genehmigt und die Zustimmung an die Große Berliner Straßenbahn zur Herstellung einer Straßenbahn in der Schließwägers-, Tiefener- und Nordfahstraße ohne Diskussion erteilt.

Schluß 1/2 Uhr.

Aus der Partei.

Aus den Organisationen.

Welchen Fortschritt die Agitation im Riesengebirgskreis Gitschberg-Schönau, der das Ober-Ragbadgebirge und die preußische Seite des Riesengebirges bis hinauf zur Schneekoppe umfaßt, der Partei gebracht hat, zeigte die jüngste Generalversammlung des Kreisvereins.

Bei der Wahl von 1907 siegte der Freisinnige Dr. Abblaf in der Stichwahl mit 8000 Stimmen Mehrheit über den sozialdemokratischen Kandidaten Albert. 1912 dagegen betrug die freisinnige Majorität nur noch 1300 Stimmen. Dr. Abblaf verlor 3000 Stimmen und der Sozialdemokrat Schiller gewann etwa 3500 Stimmen. Aber mehr wie diese Wahlziffern bedeuten die anderen Erfolge, über die berichtet wurde. Während 1907 im Kreise ein einziger Wahlverein mit 150 Mitgliedern bestand, gibt es seit den letzten zwei Jahren selbst in den verträumtesten Gebirgsdörfern eine Rekrutierung von Genossen, die einen Wahlverein bilden. So ist denn in dem Jahre vor der Wahl die Mitgliederzahl in diesen Wahlvereinen von 300 auf 1000 gestiegen. Und ebenso respektabel gestaltet sich die Verbreitung der Parteipresse. Als im November 1911 die im Kreise verbreitete „Breslauer Volksmacht“ durch das neue Waldenburger Parteiblatt, die „Schlesische Bergmacht“, abgelöst wurde, da gab es im Oirschberger Kreise 1100 sozialdemokratische Leser; am Wahltag waren es aber über 1800 und heute sind rund 2000 „Bergmacht“-Leser vorhanden. Bei alledem ist aber zu be-

achten, daß auch der zweimal wöchentlich erscheinende „Proletarier aus dem Esulengebirge“ dort gelesen wird und an Abonnenten zugenommen hat.

Diese Angaben beweisen, in wie hohem Maße dort die sozialistische Aufklärungsarbeit fortschreitet. Es ist das um so mehr zu würdigen, da es sich um eine Kreisbevölkerung handelt, die zum größeren Teil kleinstädtisch und kleinstädtisch ist. Dazwischen ist allerdings auf dem Lande Industrie ange siedelt, die ihre Arbeiter sehr schlecht bezahlt. Aber trotz dieser schwierigen Bevölkerung und trotz einer ganz raffinierten freisinnigen Agitation, die immer wieder die Kleinbauern mit dem sozialdemokratischen Aufteilen des Grund und Bodens graulich machte, haben wir in fast allen Dörfern Wurzeln geschlagen und haben — ebenso fast in jedem Dorfe — Kleinbauern als Wahlvereinsmitglieder. Der freisinnigen Unehrlichkeit haben wir offene grundtätige Klärung entgegen gesetzt, und, wie obige Angaben zeigen, nicht vergeblich. Beim vorzuziehenden Kleinbauern ist das proletarische Empfinden vorgeschritten, wie man gemeinlich annimmt.

Gemeindevahlerfolge.

Bei der am Mittwoch stattgefundenen Gemeindevorstandswahl in Neuenhagen Nm. wurde in der dritten Abteilung Genosse Edel einstimmig gewählt mit 81 Stimmen. Infolge Segner geben den ausschlagenden Ausschlag bei der Gemeindevahl scheinbar auf.

Bei der am Sonntag stattgefundenen Gemeindevorstandswahl in Klein-Neudorf, Kreis Briesg., wurde die bisherige sozialdemokratische Mehrheit glänzend behauptet. In der 3. und 2. Abteilung beteiligten sich die Segner überhaupt nicht mehr, weil es total aussichtslos ist. In der 1. Abteilung wurde mit sozialdemokratischer Hilfe ein liberal denkender Kaufmann gewählt, den die Segner gern hinausgedrängt hätten.

Parteitag der deutschböhmisches Sozialdemokratie.

Am 24. März tagten in Ruffitz die Vertreter der deutschen Sozialdemokraten Böhmens. 41 Bezirksvereine waren durch 85 Delegierte (darunter 11 Frauen) vertreten, wozu weitere 48 Vertreter der Kreisorganisationen, der Jugendlichen, der Arbeiter- und Turner-, der politischen und Fachpresse, der Landesparlamentsvertretung und der Fraktion kamen. Der Tagesberichtsbericht des nach dem unglücklichen Ausgang der letzten Reichstagswahlen errichteten Landespartei sekretariats gab Kunde von kräftig eingehender Arbeit. Die Organisation, auch der Frauen und Jugendlichen, hat sich gefestigt und ausgedehnt. Die Auflage der Parteipresse beträgt 80 000, wozu 28 000 Leser des neuen Wiener Halbmonatsblattes „Das Volk“ kommen. Die Schöpfung eines gemeinsamen Tagesblattes hat sich als noch nicht ausföhrbar erwiesen. Die Reichenberger Genossen erklären sich bereit, ihr Tageblatt zugunsten des gemeinsamen zu opfern. Der gesammelte Zeitungsfonds, dessen Ausschüttung an die Kreisorganisationen beantragt war, wird weiterverwahrt.

Zum Ausbau der Organisation wurde u. a. beschlossen, im Herbst eine gut vorbereitete große Werbekaktion zu unternehmen. Der Beitrag für die Landesorganisation wird vom 1. Juli an auf 4 Heller festgesetzt. Ueber die böhmische Wahlreformfrage sprach Abg. Seliger. Er bezeichnete die geplante Schöpfung einer neuen „allgemeinen Kurie“ mit 43 Abgeordneten, in der die bereits durch 242 Abgeordnete der einzelnen Ständekurien vertretenen privilegierten Wähler nochmals landtagswahlberechtigt sein sollen, als Wortbruch und Verrat der Regierung, die den Arbeitern Böhmens ein ganz anderes Wahlrecht versprochen habe. Auf scharfe Verwahrte er sich gegen den Gedanken, als Vertreterin der deutschen Arbeiter in dieser Frage die „deutsche Arbeiterpartei“, diese „Bande von Karoduren und ausgehaltenen Fabrikantenjüdlingen“, zu hören.

Außer einer Sympathieerklärung für die Bergarbeiter wurde ein Propekt gegen die deutschböhmisches Futuriz beschlossen, in dem es u. a. heißt: Vor den Geschworenen gerichteten Deutschböhmens sind Sozialdemokraten überhaupt vogelfrei. Auf der Geschworenenbank sitzen die wirtschaftlichen und politischen Feinde der organisierten Arbeiterklasse, die ihr hohes Ehrenamt nicht auf die Art ausüben, daß sie, ihrem Eide treu, nach bestem Wissen und Gewissen Recht sprechen, sondern die das Amt in Dienste der Rechtslosigkeit mißbrauchen, um häufig Mache an den Sozialdemokraten, als ihren politischen Gegnern, zu nehmen. Viele Berufsrichter in allen Teilen Deutschböhmens, die durch die Korruption der Justiz, die die bürgerlichen nationalen Parteien seit Jahren systematisch betreiben, auf den Richterstuhl gelangt sind, behandeln die Arbeiter, insbesondere Sozialdemokraten, als ob Ausnahmebestimmungen gegen sie existierten. Die politischen Bedürfnisse des „amoralischen Volkstums“ und der deutschnationalen Schriftleiter befriedigen manche Richter, indem sie, entgegen dem Grundgedanken ihres Eides, statt Recht zu sprechen, wie deutschnationale Parteimänner handeln“.

Ein Nachspiel zum Attentat auf den italienischen König.

Rom, den 28. März. (Eig. Ber.) Gegen den Redakteur des Organs der revolutionären und intransigenten Fraktion, der „Soffitta“, strengt die Staatsgewalt durch einen Prozeß wegen Aufreizung zum Verbrechen an. Der inkriminierte Artikel, für den Genosse Verda erklärt hat, die Verantwortung zu übernehmen, beschäftigte sich mit dem Attentat auf den König. Das Attentat selbst wurde als unsinnig und zwecklos bezeichnet. Gleichzeitig betonte der Artikel aber die Stellung der Sozialisten gegenüber der individuellen wie der sozialen Gewalt. In Perioden der Gewalttat von oben werde die Partei auch der individuellen Gewalttat ihre Solidarität und Bewunderung nicht verweigern, wo sie den Wählern der russischen Revolution gegenüber oft genug an den Tag gelegt hätte. In Perioden der Legalität aber verwerfe die Partei die Gewalt und erachte jedes Leben für heilig, sei es das des Königs oder des elendesten Arabers, der seinen angekommenen Boden und den Glauben seiner Väter verteidigt. Der Artikel schloß dann unter scharfer Hervorhebung der weltgeschichtlichen Aufgabe der Gewalt in revolutionären Epochen, die mit alten Rechten aufzuräumen, um neues Recht zu schaffen. Wo da die Aufreizung zum Verbrechen liegt, wird wohl außer dem Staatsanwalt niemand verfehen. Der Prozeß kommt vor die Geschworenen.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Das Arbeiterliederbuch vor dem Reichsgericht.

Das Arbeiterliederbuch bildete am Dienstag den Gegenstand einer Verhandlung vor dem Reichsgericht. Das Landgericht II in Berlin hat am 18. Oktober 1911 den Geschäftsführer Genossen Robert Umbreit, der vom Erscheinen entbunden war, wegen Anreizung verschiedener Bevölkerungsklassen zu Gewalttätigkeiten gegeneinander zu 50 M. Geldstrafe verurteilt und außerdem auf Unbrauchbarmachung des ganzen Textes der in dem vom Allgemeinen deutschen Arbeiterverein herausgegebenen Arbeiterliederbuche enthaltenen Lieder „Die Arbeitsmänner“ und das „Vundeslied“ erkannt. Der Angeklagte hatte sich darauf berufen, daß in seiner Heimat (Ruhrgebiet) das „Vundeslied“ seit langer Zeit von der Polizei unbeanstandet gesungen werde und daß das Landgericht Dortmund und das Reichsgericht in Dortmund abgesehen von zwei Strophen, die es ausgemerzt hat, als harmlos anerkannt habe. Das Gericht war aber der Ansicht, daß der strafrechtliche Dolus gebildet und das Dortmund Urteil nur als Deckmantel benutzt habe. — In seiner Revision behauptete der Angeklagte, er habe, da er vom Erscheinen entbunden war, nicht zu einer Nebenstrafe verurteilt werden können, die in der Unbrauchbarmachung zu erblicken sei. — Das Reichsgericht verwarf die Revision. Es hält an einer früheren Entscheidung fest, wonach die Unbrauchbarmachung keine Nebenstrafe ist, sondern eine richterlich anzuordnende vorbeugende Maßregel polizeilicher Natur. Daher

Achtung! Schlosser! Achtung!
Sonntag, 31. März 1912, vormittags 10 Uhr:
Branchen-Versammlung
der Schlosser Berlins und Umgegend
in der „Neuen Welt“ (großer Saal), Hasenheide 108-114.

Tagesordnung:
1. Bericht über die letzten Verhandlungen mit der Meisterkommission. 2. Diskussion.
Kollegen! In dieser Versammlung soll über Annahme oder Ablehnung des neuen Tarifs entschieden werden. Es ist deshalb in Ihrem eigenen Interesse dringend notwendig, daß Sie für einen guten und zahlreichen Versammlungsbesuch sorgen!

Achtung! Rohrleger u. Helfer! Achtung!
Sonntag, 31. März 1912, vormittags 10 Uhr:
Allgemeine Branchen-Versammlung
der Rohrleger u. Helfer Groß-Berlins
in den Andreas-Festsälen, Andreasstr. 21.

Tagesordnung:
1. Vortrag des Stadtverordneten Genossen Max Groger. 2. Diskussion. 3. Branchen- und Verbandsangelegenheiten. 4. Verschiedenes.
Im Interesse aller Kollegen liegt es, bestimmt und pünktlich zu erscheinen, da wir frühzeitig den Saal räumen müssen.

Sonntag, 31. März 1912, vormittags 10 Uhr:
Branchen-Versammlung
aller in der Metallindustrie beschäftigten
Maschinenarbeiter und Arbeiterinnen
in den Musiker-Festsälen, Kaiser-Wilhelmstr. 118m.

Tagesordnung:
1. Jahresbericht der Agitationskommission. 2. Diskussion. 3. Neuwahl des Branchenleiters und der Agitationskommission. 4. Verbandsangelegenheiten. 5. Verschiedenes.
Diese Versammlung ist die wichtigste des Jahres und sind deshalb alle in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter, Arbeiterinnen, ferner Schnittarbeiter, an Hochpreisen und Strohwerken beschäftigten Kollegen und alle an Maschinen tätigen Arbeiterinnen verpflichtet, in dieser Versammlung zu erscheinen.
Besonders hierzu eingeladen werden die Kolleginnen und Kollegen der Großbetriebe: **A. E.-G., Bergmann, Deutsche Waffen- und Munitionsfabrik, A. Borsig** und die Kollegen der Firma **Stolzenberg, Reinickendorf-West.**

Sonntag, 31. März 1912, vormittags 10 Uhr:
Versammlung
sämtlicher in der Schraubenbranche beschäftigten Arbeiter:
:: mateneinrichter und Einrichter an Einzelbänken ::
in den Arminhallen, Kommandantenstr. 59/59.
Tagesordnung:
1. Branchenangelegenheiten. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Zahlreichen Besuch erwartet. Die Ortsverwaltung.

Verwaltung Berlin.
Heute, Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-
ufer 14/15, Saal 4 (Arbeitslosenklub):
Sitzung der Ortsverwaltung.

**Kamm-, Haarschmuck- und
Kragenstäbchenbranche.**
Montag, den 1. April, abends 8 Uhr, bei Mierkowskii,
Andreasstraße 26:
Branchen-Versammlung.

Tagesordnung:
1. Bericht von der Gaukonferenz. 2. Bericht von der Generalversammlung.
3. Anträge zum Verbandstage. 4. Verbands- u. Branchenangelegenheiten.

Urania-Vorstellung
Laudenstraße 48/49
Sonntag, den 7. April 1912 (1. Osterfeiertag):
Von Meran zum Ortler.
Vortrag mit Lichtbildern.
Der Schauspiel wird um 4 Uhr geöffnet. Die Vorstellung beginnt pünktlich
6 Uhr. — Billets a 65 Pf. inkl. Garbetrobe sind in allen Zahlstellen sowie
im Bureau, Engelufer 14/15, zu haben.

Die Zahlstelle 39 ist von Rosenhaler Str. 57 nach Sophienstr. 5
bei Philipp Hummel verlegt.
81/2 Die Ortsverwaltung.

Zentralverband der Dachdecker
Verwaltungsstelle Berlin.

Sonntag, den 31. März, vormittags 10 Uhr:
Versammlung der Dachdeckerhilfsarbeiter
im Gewerkschaftshause, Engelufer 15, Saal 3.
Tagesordnung:
1. Stellungnahme zur Lohnfrage. 2. Verbandsangelegenheiten.
3. Zahlreiches Erscheinen der Berufsgenossen erwartet.
Der Vorstand.

Öffentliche politische Versammlungen.

Sechster Wahlkreis.
Sonntag, 31. März, abends 6 1/2 Uhr, in Obigloß Festsälen, Schwedter Str. 23/24:
Öffentliche politische Versammlung
für Männer und Frauen.
Vortrag der Genossin **Berühmte Frauen.**
Frau Dr. Wenzl.
Nach der Versammlung: Gemütliches Beisammensein und Tanz.
Der Einberufer: **Wilhelm Baumann, Rheinsberger Straße 67.**

**Arbeiter-Radfahrer-
Bund Solidarität.**
Ortsgruppe Berlin.
Touren
zum Sonntag, den 31. März:
1. Abt.: 11. April: 1 Uhr: Bernau
(Salzmann). Start an den bekannten
Stellen.
11. Abt.: 12. April: 9 Uhr:
Lehnitzsee-Oranienburg. Start: Gr.
Hamburger Str. 12/19 10/20
Achtung, Abteilungsleiter!
Material zur Delegiertenwahl ist beim
Genossen Schönfeld, Eisenbahnstr. 34,
abzuholen. Der Zentralvorstand.
Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, Moritzplatz
10-2, 5-7, Sonntags 10-12 2-4



**Permanente
MÖBEL-
Ausstellung**
**Bürgerlicher
Wohnungs-Einrichtungen**
von 200 bis 10000 Mark
**Moderne Wohnzimmer
Moderne Schlafzimmer
Moderne Speisezimmer
Moderne Herrenzimmer
— Moderne Salons —
Mod. buntfbg. Kücheneinrichtung.**
Vollständige Ausstattung von
Pensionaten, Villen, Hotels usw.
Günstige Zahlungsbedingungen.
Barzahlung 5% Rabatt!
Besichtigung ohne Kaufzwang erwünscht.
Direkter Verkauf an das Privatpublikum.
Freie Zusendung durch eigene Gespanne für Gross-Berlin.
Gekaufte Möbel können beliebig lange frei lagern.
Versand durch ganz Deutschland frachtfrei.
Gelegenheitskäufe in gebrauchten und zurückgesetzten Möbeln.
**Berliner
Möbel-Halle „Norden“**
Inh. Rich. Thiele
128 Invalidenstr. 128
Ecke Borsigstraße, vis-à-vis Stettiner Bahnhof.
1. Geschäft: Ackerstrasse 120
Speicher u. Werkstatt Invalidenstrasse 118.

Verband der Schneider und Schneiderinnen

Nachstehende Firmen haben den Tarif der Herrenmohlschneider nicht
anerkannt:
Adam, S., Leipziger Str. 28
Albrecht u. Ausarowicz, Französische
Str. 8
Acher, Spittelmarkt
Baum, S., Behrenstr. 14/16
Behrend u. Naab, Friedrichstr. 166
Berg u. Zehl, Krausenstr. 3
Berger u. Kitta, Charlottenstraße
Bitter, Unter den Linden 69
Bloch u. Co., Friedrichstr. 203
Böhling, Kanonenstr. 1
Bollmann, Kaiser-Wilhelmstr. 31
Borst, Markgrafstr. 69/90
Botsmer u. Dänger, Unt. d. Linden 13
Böttcher, Steglitz, Schloßstr. 88
Braun, Steglitz
Braun, Harjo, Französischestr. 49
Busse u. Gohmann, Zimmerstr. 49
Eyl. Eigm., Friedrichstr. 10
Gadanagh, Unter den Linden 3
Göhl, S., Kaiser-Wilhelmstr. 2
Günow u. Co., Friedrichstr. 90
Günz, Gebr., Krausenstr. 2
David, H., Friedenau, Eglindestr. 10
Diddzun, S., Charlottenburg,
Nochmischaler Str. 40
Diekmann, H., Riegelstr. 26
Dittmann, H., Friedenau, Haldestr. 5
Dobbertstein, Dresdener Str. 42
Ebenstein, Unter den Linden 40/41
Ehrlich, Albert, Rauerstr. 95
Ehrlich u. Dams, Mittelstr. 9/10
Ehrlich, Alexanderstr. 2
Elsrot, Sub. Rud. Rahl, Unter den
Linden 57
Engel, B., Klosterstr. 37
Eppendorf, Französischestr. 62
Ebers u. Dachs, Gertraudenstr. 8/9
Eyrer, Charlottenstr. 79
Fahlan u. Frick, Unter den Linden 71
Fackbe, Königgräber Str. 83
Fackel u. Wilmann, Unt. d. Linden 2
Fischer, Ludwig, Unter den Linden 47
Fordan, Zimmerstr. 29
Förber, S., Markgrafstr. 20/21
Frank u. Co., Französischestr. 49
Frang, Heinrich, Markgrafstr. 67
Gebulzig, Noachmischaler Str. 9
Gentel u. Freitag, Botsdamerstr. 13
Genossenschaft, Erste Produktiv-, Kom-
mandantenstraße
Gerson, Hermann, Werderstraße 5/6
Goldschmidt, Friedrichstr. 150
Gollap, Louis, Unter den Linden 15
Grach, Gebr., Rahl, Luft u. Tär-
feld, Ballstr. 1
Griewisch, Jr., Unter den Linden 53
Grosch u. Markmann, Mohrenstr. 68
Gruber, W., Wilhelmstr. 23
Gründler, Schützenstr. 53
Gumbert, S., Steglitz, Albrechtstr. 8
Haeisch, Kruppstr. 5
Hanson, Paul, Orenablenstr. 22
Hauke, Dr., Oranienstr. 123
Hedenberger u. Veder, Unter den
Linden 48/49
Herpich Söhne, Leipziger Str. 9/11
Herg, D., Französischestr. 33
Herzberg, Gust., Zimmerstr. 24
Heuber u. Jean Jacques, Unter den
Linden 33
Hilmer, Dorotheenstr. 54
Hinkel, Französische Str. 19
Hoffmann, Hermann, Friedrich-
straße 10/51
Hollers, Bild, Luisenstr. 41.
Hornuth, Charlottenburg, Kaiser-
Friedrich-Str. 49
Hornuth u. Co., Mohrenstr. 25
Hrncit u. Kalkroß, Unter den
Linden 20
Janikowskii, Charlottenburg, Nismarck-
straße 9
Jard, Peter, Französische Str. 49
Jiland, Ernst u. Sohn, Charlotten-
straße 48
Kochen-Rub, Unter den Linden 75
Kobanowski, Reanderstr. 25
Kort, Friedrichstr. 113
Küllgens, Friedrichstr. 216
Kunberger, Anhaltstr. 17
Keller u. Jurek, Friedrichstr. 183
Kern u. Thirde, Charlottenstr. 88
Kirschstein u. Co., Charlottenstr. 49
Knappe, C., Palmenstr. 17.
Knebel, Friedrichstr. 30
Kneubüder, Krausenstr. 69
Koppel u. Hütes, Dorotheenstr. 42
Koppel, R., Kronenstr. 66/67
Koslowich, Kanonenstr. 3
Kosse u. Boldt, Rauerstr. 77
Kott, Französischestr. 52
Krause, Charlottenstr. 1
Kriewich u. Borgward, Kanonenstr. 10
Krohn, Charlottenburg, Ballstr. 30
Krusie, W., Oranienburger Str. 4
Kühne, Ed., Friedrichstr. 72
Kunz u. Koritzel, Neuhäufige Kirch-
straße 3
Kurta, Friedrichstr. 153a
Lehn, Unter den Linden 41
Lemihal, Rauerstr. 2
Lente, Seidelstr. 31
Lewlowich, Alexanderstr. 14a
Lichtenstein u. Thurov, Rauerstr. 3
Lichtenhal, Hugo, Unter d. Linden 54/55
Lindemann, S. u. Helfendorf, Joh.
Nißel, Dresdener Str. 56
Lingott, Gebr., Alexanderstr. 67
Lippmann, Benno, Leipziger Str. 30
Lubahn vom Stein, Schadowstr. 4/5
Lucht, Jägerstr. 69, 2. Et.
Lukas Jr., Mohrenstraße
Mägnum, Unter den Linden 60
(Krause)
Malthus u. Schabe, Besselstr. 11
Maz, Brüderstr. 13
Maurer, Rud., Friedrichstr. 65a
Mayer, Freitag Rahl, Friedrich-
straße 36a
Meiß, Chausseestr. 124
Meier, Mohrenstr. 9
Meißner, Friedrichstr. 187/188
Möller Söhne, Friedrichstr. 35
Müller, Fritz, Or. Frankfurter Str. 35
Müller, Otto, Oranienstr. 30
Mula, Friedrichstr. 72
Nadmann, Alte Schützenstr. 1
Neller u. Thull, Charlottenstr. 34
Noé u. Schulze, Unter den Linden 12
Noel u. Cloppenburg, Gertrauden-
str. 23/27
Og. Moß, Markgrafstr. 60
Oskiemich, Markgrafstr. 22
Ostrow u. Güte, Friedrichstr. 211
Ostrow u. Lente, Friedrichstr. 44
Ostrow, Luisenstr. 27
Prince of Wales, Friedrichstr. 159
Richter, Anna, Kanonenstr. 6, I
Rieschmüller, Rosenmarkt 5
Rohr, Jägerstr. 18
Rohmann, Krausenstr. 4/5
Rösch, Charlottenstr. 86
Rohrer, Emil, Mohrenstr. 58
Rüdiger u. Subr, Rosenhaler Str. 45
Rudolf, Gertraudenstr. 10/12
Rund u. Co., Alexanderstr. 37a
Salzweibel, Mohrenstr. 53
Santer u. Hoppert, Charlottenstr. 59
Schaedel, Alexanderstr. 50
Schabus u. Sigmund, Krausenstr. 12
Schalin, Unter den Linden 52
Schimmler, Königgräber Str. 4
Schönhube, Friedrichstr. 167/168
Schönung u. Lindner, Krausenstr. 35/36
Schramm, Köhlerstr. 15
Schulmeister, Dresdenerstr. 4
Schulte, Anh. Broderick, Krausenstr. 71
Schulz, Gebr., Markgrafstr. 46
Schwarz, Rud., Friedrichstr. 159
Sebastian u. Stord, Mittelstr. 18
Sepp, Leipziger Str. 30
Seitz, Arnold, Unter den Linden
Sendt, Dorotheenstr. 30
Singer u. Lorenz, Jägerstr. 8
Sigm., Markgrafstr. 75
Siska, Unter den Linden 10
Slobinski u. Grünmayer, Köhlerstr. 11
Spicher, Karl, Niedereckstr. 26/27
Steinberg, Joh., Anh. Rinal u. Stein-
berg, Neuhäufige Kirchstr. 15
Steizner, Charlottenstr. 48
Stephan, Französischestr. 19
Steuer, R., Kommandantenstr. 43
Stier, Karl, Oranienstr. 166
Stolzenberg, Oranienstr. 72
Tadmann, Gerolalmer Str. 9
Thiel, Unter den Linden 51
Tollsdorf (Englisch Compagnie), Unter
den Linden 66 I
Torkler u. Sohn, Französischestr. 13
Trottel, Werderstr. 6
Tribold, Friedrichstr. 204
Trum u. Boh, Behrenstr. 28
Tschirbs, Friedrichstr. 54
Vandenburg, Friedrichstr. 7
Vortrefflich, Friedrichstr. 143
Varenthaus für Armees und Marine
Wahlmann, Neue Wilhelmstr. 2
Wendt u. Redlich, Unter den Linden 22
Werner, Anton, Charlottenburg, Ruel-
beckstraße 88
Wolff, R., Leipziger Str. 105
Wolff u. Schütz, Friedrichstr. 49a
Wormann, D., Französische Str. 46 II
Wobell, Karl, Spender Str. 124
Zuttermann, R., v. Oab, Behren-
straße 24

Ueber die genannten Firmen wird hiermit
die Sperre verhängt.
Die Schneider Bocattus, Balladenstr. 31, born II; Joseph
Gaczarek, Eiser Str. 41; Lieder, Gartenstr. 111, born II, und
Sydow & Strecker, Tempelhof, Berliner Str. 14, fertigen Streit-
arbeiten an und vermitteln solche. Ueber deren Verhältnisse wird hiermit die
Sperre verhängt.
163/4 Die Ortsverwaltung.

Zeichnungen
aller Art liefert billig 8305*
P. Krahnmann, Ing.
Rantow, Berliner Straße 26.
Michel-Salonbriketts
Nr. 7,75 pro 1000 frei Selag. 217*
Koch, Rigdorf, Bergstr. 110 II.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste!

Mitteilungen zufolge finden am Sonntag, den 31. März, im Marinehaus am Brandenburger Ufer die Ringlämpfe vom Freien Bund deutscher Kihletenvereine für die Olympischen Spiele in Stockholm statt.

Im 5. Kreise hat das Lokal Guttempler-Logenhaus, Linienstraße 121, den Besitzer gewechselt; der jetzige Inhaber Herr W. Röhling stellt uns das Lokal nach wie vor zur Verfügung.

In Wiesdorf-Süd N.-B. steht uns das Lokal zum Waldrestaurant, Inhaber Pflug, zu den bekannten Bedingungen zur Verfügung.

Kaus Matz bei Grabowsee wird mitgeteilt, daß uns nur der Gasthof zum Waldschloßchen, Inhaber S. Reuber, zur Verfügung steht.

In Papenberge P.-O.-H. hat das Lokal Habelschloß, Papenberge, den Besitzer gewechselt; der jetzige Inhaber Otto Schöne stellt sein Lokal zu den bekannten Bedingungen zur Verfügung.

Die Lokalkommission.

Berliner Nachrichten.

Aus der Stadtverordnetenversammlung.

Die Stadtverordneten erörtern gestern die Frage, was man von dem Hagenbedschen Tierpark erwarten darf, der in der Jungfernhöhe als ein Gegenstück zum Zoologischen Garten geschaffen werden soll.

Die sozialdemokratische Fraktion der Berliner Stadtverordnetenversammlung hat folgenden Antrag gestellt: Die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Magistrat, in einer an das Abgeordnetenhaus zu richtenden Petition gegen den Gesetzentwurf über die Ausübung der Armenpflege bei Arbeitslosen und säumigen Nährpflichtigen Stellung zu nehmen.

Der „Weg zum Herzen der Jugend“!

Dem Gründer des „Jungdeutschlandbundes“, Generalfeldmarschall Freiherr v. d. Goltz, hat die vom Berliner Lehrerverein herausgegebene „Pädagogische Zeitung“, Hauptorgan des Deutschen Lehrervereins, ihre Spalten zur Aufnahme eines Werberartikels geöffnet.

Der Artikel des Freiherrn v. d. Goltz ist interessant, weniger durch das, was er sagt, als durch das, was er nicht sagt.

Seine Aufgabe soll es sein, die Bestrebungen der zahlreichen auf die körperliche Erziehung unserer Jugend hinarbeitenden großen und kleinen Vereinigungen zusammenzufassen und den von den Regierungen geschaffenen Jugendpflegeanstalten in wohlorganisierter Weise freiwillige Hilfsdienste zu leisten.

Die körperliche Erziehung, die Pflege der Leibesübungen, das wird als das Wichtigste in den Vordergrund gerückt. Vergesslich sucht man in dem ganzen Artikel nach einem Wort über die sogenannten „Muskulaturübungen“, vor deren Einfluß der Nachwuchs des arbeitenden Volkes durch die allermodernste Jugendpflege möglichst lange bewahrt bleiben soll.

„Daß mit der körperlichen auch eine sittliche Festigung gefördert wird, ist selbstverständlich; denn die Arbeit für jene bildet ein wesentliches Mittel, die der Aufsicht der Schule entwachsenden Jugendlichen den verderblichen Einflüssen des modernen Kultur- und Erwerbslebens zu entziehen.“

Natürlich! Und „parteiliche Mächtigkeiten und einseitige Tendenzen“ sollen der „Jugendpflege“ ferngehalten werden, versichert Hr. Eggeling sogleich in den ersten Zeilen des Artikels, unter Hinweis auf die Beschlüsse des letzten preussischen Jahrestages.

Gegen die irgendwo aufgestellte Forderung, der Bund solle auch „Pflege des religiösen Lebens“ in sein Programm aufnehmen, wendet Freiherr v. d. Goltz ein, daß hierzu die jungen Offiziere, die im „Jungdeutschlandbund“ sich betätigen wollen, doch wohl nicht geeignet seien.

„Sie werden sicherlich Tüchtiges leisten, wo es gilt, die Jugend zu üben, zu kräftigen, abzuhärten, ihr freies Sinn, frohen Mut und schnellen Entschluß heizubringen; ob sie aber besonders befähigt sind, das religiöse Leben zu fördern, wird billig dem Zweifel unterworfen sein.“

Wenn wir uns recht erinnern, hat einmal Wilhelm II. als oberster Kriegsherr die Soldaten befohlen, daß nur ein guter Christ ein guter Soldat sein könne.

Die pädagogische Befähigung der jungen Offiziere wird von denjenigen Lehrern, die Soldat waren und selber die Offiziere als Erzieher kennen gelernt haben, am besten gewürdigt werden können.

„Damit soll jedoch die Bedeutung der deutschen Lehrerschaft für die körperliche Erziehung nicht in Zweifel gezogen werden. Ein freies Sinn lebt heute in ihr, der dem trodenen Magisterium, das ihr früher vielfach zum Vorwurf gemacht wurde, abhold ist.“

Schließlich kommt sogar das Eingeständnis: „Der „Jungdeutschlandbund“ ist sich auch wohl bewußt, daß er ohne bereitwillige Unterstützung der deutschen Lehrerschaft nicht zum Ziel gelangen kann.“

„Gewiß! Die Lehrerschaft ist dem „Jungdeutschlandbund“ unentbehrlich, weil er ihre Handlangerdienste braucht.“

„Der Lehrerschaft steht in der Schulzeit der nächste Weg zu den Herzen der Jugend offen; sie kann sie am ehesten für die Ziele des „Jungdeutschlandbundes“ gewinnen.“

Wir empfehlen allen Eltern sich diese Sätze recht genau einzuprägen. Lehrer und Offiziere werden rasch genug merken, wie sehr der Weg zu den Herzen der Jugend des Volkes ihnen verschlossen bleibt.

Der Zusammenbruch eines großen Geschäftes wird im Zentrum der Stadt viel besprochen. In der Schloßstraße Nr. 10/11 und 12/13 befanden sich seit dem 1. April v. J. die Räume der Kaffeehandlung von Hugo W. Müller und der Konfektionsarbeiten von Vogl u. Co.

Als seine Verhaftung vorgenommen werden sollte, war W. schon verschwunden. Daß die Schuldenlast des Verschwindenden sehr bedeutend zu sein scheint, geht daraus hervor, daß nach dem Bekanntwerden des Zusammenbruchs der Geschäftshäuser schon über 20 Gläubiger in der „Handelskammer am Spittelmarkt“ waren, die jedoch wieder umkehren mußten, weil sie alles verschlossen und versiegelt fanden.

Wie aus Branchekreisen berichtet wird, genoss Müller durch den Konsultitel einen fast unbeschränkten Kredit. Da er in den letzten Monaten größere Zahlungen zu leisten hatte, wandte er sich an mehrere mit ihm in Verbindung stehende Geschäftsleute und nahm bei diesen Kapital in Höhe von circa 170000 M. auf.

Die Todesurteil aus dem vierten Stockwerk. Auf entsetzliche Weise hat das dreißigjährige Dienstmädchen Frida Krüger aus der Fragestraße den Tod gesucht.

Eine vollständige Bierreise machte ein hiesiger Kaufmann durch Berlin bei Nacht. Der Mann machte ein Geschäft, bei dem er 5000 M. verdiente, viel mehr als er erwartet hatte.

Der Mann machte ein Geschäft, bei dem er 5000 M. verdiente, viel mehr als er erwartet hatte. In seiner Freude beschloß er, den Abbruch ordentlich zu begießen, und lud dazu mehrere Freunde, die ihm bei den Verhandlungen geholfen hatten, aus Dankbarkeit ein.

wahrscheinlich des Polizeipräsidenten wieder. Sein schönes Geld war bis auf 750 M. verarmt. Wahrscheinlich haben das Mädchen und dessen Freunde den Mann gerupft und dann auch noch durchgeprügelt.

Das aus dem Märkischen Museum entwundene Bild des Malers Papien ist, wie der „Potsdamer Zeitung“ von privater Seite mitgeteilt wird, bei einem Antiquitätenhändler bereits entdeckt und wieder dem rechtmäßigen Besitzer zugeführt worden.

Sur Aufklärung des Raubüberfalles, der im Südringzug auf die Konstantin Frieda Bürger verübt wurde, fand gestern eine Ortserkundung statt. Es nahmen daran auch mehrere Zeugen teil, einige, die schon vorher vernommen worden waren, und ein anderer, der sich neu gemeldet hat.

Ein Versicherungsschwindler ist in den letzten Monaten wiederholt aufgetreten. Der Gauner „arbeitet“ mit falschen Cautions der Hamburg-Premer Feuerversicherung.

Die Leiche einer ungefähr 20 Jahre alten Frau wurde vorgestern aus dem Karpentisch zu französisch-Buchholz gefunden. Die Leiche, deren Persönlichkeit sich bis jetzt noch nicht feststellen ließ, ist 1,70 Meter groß und hat schwarzes Haar und ein volles Gesicht.

Wegen eines großen Kellerbrandes wurde gestern die Feuerwehr nach der Alten Schönhauser Straße 20 alarmiert. Dort standen in dem Gebäude an der Steinstraße die Kellerbeschlüsse in großer Ausdehnung in Flammen.

Vermißt wird seit dem 11. März der 76 Jahre alte Julius Geisler. Der Vermißte ist klein und trägt einen Vollbart.

Vorort-Nachrichten.

Neukölln (Nirsdorf).

Stadterordnetenversammlung. (Fortsetzung der Etatsberatung.) Die städtische Fortbildungsschule schließt in Einnahme und Ausgabe mit 70200 M. ab.

Beim Kapitel Kammerverwaltung beantragt Stadtdr. Hoppe (Soz.) den Einnahmeposten an Gebühren für Erhebung der Kirchensteuer, der mit 5000 M. eingestuft ist, zu streichen.

Zum Titel Magistratsgehälter sprach Stadtdr. Busch (Soz.). Es müsse bei dieser Gelegenheit endlich einmal über die Art gesprochen werden, wie bei und Personalfragen erledigt werden.

man sich in der Deputation einig gewesen darüber, daß hier energisch Wandel geschaffen werden müsse. Aber noch heute sei den Hauptschuldigen nichts geschehen — bis heute habe der Magistrat der Deputation nichts über seine Absichten gesagt. Das Gegenteil sei geschehen, als ein Wärter einen Arzt beleidigt haben sollte; obwohl der Beschuldigte es bestritt, wurde er sofort hinausgeworfen — nicht einmal die Nacht desselben Tages durfte er im Hause bleiben. Vor Gericht wurde dann schließlich auch der Beschuldigte freigesprochen; wiedereingestellt wurde er aber nicht; handelte es sich doch nur um einen simplen Arbeiter! In der Materialienverwaltung führen die Stadtverordneten seit langem einen gähen Kampf um einen kaufmännisch geschulten Leiter des Lagers, damit dort endlich der Geschäftsgang beschleunigt wird. Der Magistrat leiste dagegen beharrlich Widerstand. Er stelle jetzt einen Kaufmann an die zweite Stelle, von dem wohl erwartet wird, daß er sein fachmännisches Können bergibt; zu fragen soll er aber nichts haben. Ein Mann, der etwas leisten kann, lasse sich auf die Dauer nicht in eine derartige Rolle drängen. Es müßte eben ein Beamter an der Spitze bleiben, damit nur ja nicht die chinesische Mauer der Bureaucratie durchbrochen wird. Ganz anders sehe es in der Arbeiterpolitik des Magistrats aus. Für die Beamtenschaft seien bekanntlich sichere Anstellungsverhältnisse Selbstverständlichkeiten. Dann müsse aber auch aufgeführt werden, den Arbeitern ihre Rechte zu beschneiden. Die eingesezte Lohnkommission (der bezeichnenderweise wohl die Betriebsleiter angehören, aber keiner von den Arbeitern) treffe Entscheidungen, welche die 1908 eingeführte Allgemeine Arbeitsordnung Stückweise außer Kraft setze und die Arbeiter um ihre Rechte an die Wohlfahrteinrichtungen bringe. Und der Magistrat stimme immer ohne weiteres zu. Da sei es kein Wunder, wenn ein Geist in der Beamtenschaft der Betriebe einziehe, der selbst in einem Lohnbuchhalter schon die Herrenmoral Arbeitern gegenüber wehrt. Der Personaldezernent des Magistrats liefere selbst dazu das Vorbild. Ein Maschinenmeister wurde aus Stellung und Dienstwohnung mit der Familie geworfen, weil — sein Betrieb angeblich nicht sauber genug war. Seine Verurteilung, das Gegenteil unter Beweis zu stellen, scheiterten. Omnibusangestellte, die Jahre im städtischen Dienst waren, wurden sofort entlassen; sie sollten ein paar unorganisierte Angestellte gekränkt haben. Sie bestritten das; es half aber nichts. Man wollte nach Scharfmacherart „Herz im Hause“ sein; die beim Straßenreinigungsinpektor unangenehm auffallenden Organismen mühten hinaus. Derartige Fälle seien noch mehr vorgekommen, die beweisen, daß nicht gerecht verfahren, sondern mit zweierlei Maß gemessen würde. Bei den höheren Beamten und Angestellten wurde eine Rücksicht geübt, welche selbst schwere Schädigungen städtischer Interessen überleibt. Das sei eine Methode, die nicht von sozialem Verständnis zeugt und die einmal öffentlich gekennzeichnet werden müßte. (Dravo! bei den Soz.) — Mit mehr Kathos als Ueberzeugungskraft wehrte sich Oberbürgermeister Kaiser gegen die erhobenen Vorwürfe. So wie die Stadtverordnetenversammlung sich ihre Rechte nicht nehmen lasse, so lasse auch er sich nicht sein Recht der Dezentralverteilung antasten. Er glaubt, der Berliner Oberbürgermeister hätte genügend guten Geschmack, um eine Keuchung, wie die behauptete, nicht zu tun. Ein Schaden könne als Folge des Dezentralwechsels nicht bewiesen werden. Der Maschinenmeister sei nicht sofort entlassen, sondern gekündigt worden. Es sollen unverantwortliche Zustände in seinem Betriebe geherbt haben. Als Beweis wüßte der Herr Oberbürgermeister nichts weiter zu sagen, als daß irgendwo mal abgetroffene Oel am Boden gelegen habe. Ein ebenso großer Sünder soll der gitterte Wärter gewesen sein. Der Oberbürgermeister protestierte schließlich gegen den Vorwurf, daß der Magistrat kein soziales Empfinden habe, und fügte mit Emphase die Behauptung hinzu, Neufuß liege in Groß-Berlin in Arbeiterangelegenheiten an der Spitze. (Ruf des Stadts. Wuhl: Das stimmt ja durchaus nicht!) Den gemahregelten Omnibusangestellten machte der Redner den billigen Vorwurf des Terrorismus gegen ihre Mitarbeiter, worüber prompt aus den bürgerlichen Reihen mit jubelndem Beifall quittiert wurde. Ueber alle sonstigen tatsächlichen Angaben des sozialdemokratischen Kritikers schweig sich der Herr Oberbürgermeister aber aus; darüber will er nur in geheimer Sitzung reden. Er schloß mit der Behauptung, das System der Scharfmacher gebe es in Neufuß nicht; wo es aber notwendig sei, greife man fest zu. (Zwischen bei den Sozialdemokraten, Beifall bei den Bürgerlichen.)

In den gleichen Bahnen bewegte sich die Abwehr der Stadträte Niet und Dr. Mann, welche letzterer gar in den Auslegungskünsten der Lohnkommission ein „Entgegenkommen“ den Arbeitern gegenüber entdeckt hat. — Stadts. Conrad (Soz.) rief dem Magistrat zu, er solle nicht so tun wie ein harmloses Lamm auf grüner Flur. Es sei ja allerdings leichter, einen Arbeiter vom Omnibus herunterzuholen, als einem höheren Beamten eine Krüge zu erteilen. Bereits vor einem Jahr sei in der Materialienverwaltung des Krankenhauses eine Schweinewirtschaft angelegt worden. Die Deputation habe bis heute noch nichts über Maßnahmen des Magistrats gegen die Hauptschuldigen gehört. Dazu fehle anscheinend der Mut. Den sozialdemokratischen Stadtverordneten aber, die energisch auf Wandel dringen, habe man schon ins Gesicht gesagt, daß man sie nicht als vertrauenswürdig betrachte; das hat der Herr Oberbürgermeister fertig gebracht. Derartige verletzende Angriffe würden die sozialdemokratische Fraktion nicht abhalten, ganz energisch Ordnung und Gerechtigkeit herbeizuführen. — In gleicher Weise gingen noch die Stadts. Wuhl und Dr. Silberstein mit dem unhalbbaren Verwaltungssystem ins Gericht. Letzterer stellte fest, daß die bürgerliche Mehrheit in den Deputationen ebenso in Empörungen mache, ihr Beifall zu den Reden des Oberbürgermeisters als nur als Heuchelei zu betrachten sei. (Der vom Redner als Junge angerufene Stadts. Franke hat inzwischen schnell den Sitzungssaal verlassen und erscheint trotz der Vermahnungen seiner Fraktionsgenossen nicht wieder.) Stadts. Dr. Silberstein zeigte an Beispielen, wie rätlos oft die Deputierten selbst in Personalfragen sind, weil sie da nicht dreinsprechen dürfen. Ebenso seien den Deputationen die Rechte beschneidet worden wie nie zuvor. — In der langen und teils äußerst erregten Debatte versuchten noch wiederholt die schon genannten Magistratsmitglieder die erhobenen Vorwürfe zu entkräften; die Zeit, wie es geschah, zeigte aber, daß die Herzen selbst kühlen, wie verloren ihre Sache war. Alle kniffligen Tatsachen verwies sie in die geheime Sitzung, wobei sie der Stadtverordnetenvorsteher kräftig unterstützte; denn dieser machte ängstlich darüber, daß unsere Genossen nur ja nicht gewisse Sünder zu deutlich konterfeiten.

Im Schiffahrtskanal ertrunken ist vorgestern nachmittag die siebenjährige Schülerin Gertrud Kaufmann, die bei ihren Pflichten, dem Wäckermeister Aiel in der Innstraße 9, wohnte. Als das Rädchen gegenüber dem Hause Weingarten 27 spielte, kam es der Wächung des Kanals zu nahe und fiel in das Wasser. Eine Frau, die aus einem nahegelegenen Hause den Vorkall mitangesehen hatte, schrie um Hilfe, doch war die Kleine, ehe Leute herbeigeeilt waren, untergegangen und kam nicht mehr zum Vorschein. Nach 20 Minuten fand man die Leiche und brachte sie zu den Pflegeeltern.

Ein Schauturnen mit nachfolgendem Tanz veranstalten die drei Frauenabteilungen der Freien Turnerschaft Neufuß-Brick am Palmsonntag, den 31. März cr., in Doppels Festsälen (Anf. Parisch), Hermannstraße 48. Da das Programm sehr reichhaltig ist, wird die Arbeiterschaft freundlich eingeladen. Anfang pünktlich 5 Uhr.

In dem gestern veröffentlichten Bericht über die Generalversammlung des Wahlvereins sind einige kleine Fehler unterlaufen. Zunächst lautete der Kassendruck vom 1. Juli bis 31. Dezember 1911 (nicht 1912), ferner muß es heißen: Außerdem wurden für die Kreisliste vereinnahmt und abgeführt für Großjahren um 1027,90 M., für Teilerfassung 149,60 M., in Summa 1177,40 M.

Schöneberg.
Schule und Zukunftstaat im Dreiklassenparlament. Ueber dieses Thema referierte in einer hier stattgefundenen überfüllten

Verammlung Landtagsabgeordneter Gen. Vorhardt, der, wie unseren Lesern bekannt sein dürfte, am 23. März vom Präsidenten des preussischen Abgeordnetenhauses verhindert wurde, auf Anfragen der Abgeordneten Hah und Gassenberg Antwort zu geben. Die Herren wurden daher zu dieser Versammlung eingeladen, leider hatten sie es trotz der zugesicherten Redefreiheit vorgezogen, der Versammlung fernzubleiben. Der Referent recapitulirte nochmals die Vorgänge, die sich aus Anlaß einer von ihm gehaltenen Rede zum Kultusetat abgepielt hatten. Alsdann behandelte er in großen Zügen die Schule und Erziehungsfrage, dabei betanend, daß wenn dieselben im sozialistischen Sinne gelöst werden, allerdings erheblich größere Summen als jetzt beansprucht würden. Solche Mittel aber seien vorhanden, wenn der Staat die gewaltigen Summen, die er für Militär- und maritime Zwecke ausbe, für unser Schulideal verwenden würde. Sodann setzte der Redner auseinander, wie der unsere Volksschulen beunruhigende Geist des Kultusministeriums hemmend auf die freie Entfaltung der Verstandes- und Geisteskräfte unserer Schuljugend wirke. Unsere Volksschulen auf ein höheres Niveau zu bringen, liege sogar im ureigensten Interesse des Staates. Am Schlusse seines mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Referates widerlegte Vorhardt die krausen Ansichten der Gegner, die diese über eine sozialistische Gesellschaftsordnung zum Ausdruck bringen. Nur wer unsere Gesellschaft als etwas Unabänderliches betrachte und die Triebkräfte der ökonomischen und geistigen Entwicklung außer acht lasse, könne von einer sozialistischen Utopie sprechen. Eine Gesellschaft aber, in der es weder Ausbeuter noch Ausgebeutete gibt, werde auch die erforderlichen Mittel für unsere Unterrichts-ideale mit Leichtigkeit aufbringen. In der dem mit lebhaftem Beifall aufgenommenem Referat folgenden Diskussion kam zum Ausdruck, daß die Arbeiterklasse immer mehr ihre Stimme gegen die preussische Dreiklassenpolitik erheben und unsere geringe Anzahl Vertreter im Landtag durch energischen Kampf unterstützen müsse.

Verhängnisvolle Folgen für die Passanten hätte am gestrigen Donnerstag beinahe ein Sturmshaden an der Königin-Luise-Gedächtniskirche nach sich ziehen können. Gegen 5 Uhr nachmittags stürzte plötzlich vom Dach der Kirche ein etwa 6 Quadratmeter großer Ziegelsteinblock auf die Straße herab, wo er unter lautem Getöse in unzählige Stücke zerbrach. Glücklicherweise sind Personen nicht verletzt worden. Hätte sich der Unfall nur wenige Minuten früher ereignet, so hätten die Folgen sehr schwerer sein können, da kurz vorher mehrere Frauen und kleine Kinder sich in unmittelbarer Nähe der Unfallstelle aufgehalten hatten. Die sofort benachrichtigte Kaserne ließ unermüdet durch Dachbeder das Dach der Kirche untersuchen, wobei sich herausstellte, daß außer dem herabgestürzten Dachziegel noch eine große Zahl von Dachziegeln durch den Sturm völlig gelockert worden war, die jeden Augenblick hätten herabfallen können.

Groß-Vichterfelde.
In der letzten Gemeindevorversammlung wurde der Wunsch der Gemeinde für die höhere Landeshochschule von 3000 auf 4000 M. erhöht; das Schulgeld für die neuerrichtete Seminarübungs- (Mittel-) Schule für auswärtige Schülerinnen auf 80 M. normiert. Die zweite Lesung des Gemeindevoranschlages pro 1912 brachte keine wesentlichen Änderungen. Leider wurden die Ortsgelagen der Gemeindevorversammlung in der Staatskommission abgelehnt und auch das Plenum billigte diesen Standpunkt. Beim Punkt „Polizeiverwaltung“ rief der Gemeindevorsteher Jörn nach mehr Polizisten. Obwohl bekannt ist, daß die Sicherheitsverhältnisse des Ortes durchaus gute sind und die Vermehrung der Polizeimannschaft daher unnötig ist. Aber es sind „zu wenig auf der Straße“ und deshalb, meint der Herr Gemeindevorordnete, könnte die Sicherheit leiden! Auch sprach er von „betrunkenen Knuspern“ — sein Lieblingswort —, gegen die eine imponierende Polizeimacht natürlich angeboten werden muß. Eine längere Debatte entfielte ein Antrag des Gemeindevorordneten Gersbach auf Anrechnung der Dienstzeit der als Militäranwärter eingestellten Beamten der Gemeinde beim auf Bewilligung der infolge dessen erforderlichen Mittel. Der Antragsteller, der eine Kriegervereinsrede aus dem ff. hielt, dem die Stadt Berlin nicht militärfreundlich genug ist, gebrauchte die gewiß geschmackvolle Wendung, daß die Kasernen eigentlich höhere Aufgaben zu erfüllen hätten als die Schulen, d. h. die Gemeindevorstände! Er verwahrte sich deshalb auch dagegen, daß die Ortsgelagen der Lehrer mit dieser im Effekt auf Gehaltssteigerung hinauslaufenden Angelegenheit verquirit werden solle. — Gemeindevorordnete Schirmer, Magistratssekretär und Mitglied eines Kriegervereins, verwies mindestens ein Duzendmal auf eine Kabinettsorder Seiner Majestät und meinte, das reiche Groß-Vichterfelde könne doch diese paar tausend Mark für die Militäranwärter noch aufbringen. Aber weder die Kabinettsorder Seiner Majestät noch der Hinweis auf das reiche Vichterfelde — das sich übrigens erst einmal seiner sozialen Pflichten erinnern sollte — hätten die gewünschte Wirkung; die Angelegenheit wurde mit Hängen und Wirren an die Staatskommission verwiesen, aus der sie hoffentlich nicht mehr wiederkehren wird. Ein Nachtragvertrag mit dem Kreis wegen der Straßenbahnen wurde ohne Diskussion glatt abgelehnt. Auf die Verabreichung der Fahrpreise, Aus- und Umbau der Wohnen, Einführung der Normalpreise will der Kreis nur eingehen, wenn die beteiligten Gemeinden — Städtl. Groß-Vichterfelde, Pantow — im Jahre 1914 auch alle Schulden übernehmen, welche die Summe von 1 106 000 M. übersteigen. Den Vertrag pure abzulehnen, ohne Diskussion und nähere Begründung, erscheint durchaus unangebracht; die Gemeindevorbürger haben ein Recht, zu wissen, aus welchen Gründen eine Vorlage angenommen oder abgelehnt, Gemeindevorsteher bewilligt oder verweigert werden. Schließlich ist nicht die Kommission, sondern das Plenum die entscheidende Instanz, die auch zuerst mit der Sache sich hätte befassen müssen.

Die Stichwahl zwischen unserem Kandidaten Gen. Wenzel und dem der vereinigten bürgerlichen Parteien hat leider mit dem Sieg des letzteren geendigt. Die sozialdemokratischen Stimmen fielen von 435 auf 308, die bürgerlichen von 441 auf 555, darunter 64 Freisinn. Alles was abhängig ist, Beamte, Angestellte der Hauptabteilungen, Gemeindevorsteher usw., wurde von den Gegnern reiflos herangeholt. Im Vorraum des Wahllokals waren eine Anzahl Schüler der höheren Lehranstalten postiert, um Schlepperdienste zu leisten. Der Herr Kultusminister Troitz zu Soiz wird seine stille Freude an dieser Jugendbewegung im Dienste der bürgerlichen Parteien haben. Wäre die Arbeiterschaft bei der Hauptwahl, wo uns nur sieben Stimmen fehlten, nicht so faumselbig gewesen, so wären der Partei die Niederlage, Kosten und Arbeit der Stichwahl erspart geblieben. Der Boden in Groß-Vichterfelde ist zu hart, als daß wir auf eine Stichwahl und sehr sie noch so günstig aus, besondere Hoffnungen setzen könnten.

Tempelhof.
„Die neue Einkommensteuergesetzgebung, eine indirekte Lebensmittelvereurung“, lautete das Thema der öffentlichen Protestversammlung am Dienstagabend. Der Referent Genosse Lamme gab ein Bild von der Entwicklung der Konsumsteine und kritisierte die geplante Neubeschwerung als eine Ungerechtigkeit sondergleichen. Die Ausführungen der Diskussionsredner bewegten sich in demselben Sinne. Die Protestresolution fand einstimmig Annahme. Der Vorsitzende, Genosse Ewald, ersuchte die Anwesenden darum, scharfsten Protest zu üben, indem sie die Organisationen der Arbeiterschaft hielten.

Weißensee.
Am heutigen Freitag nachmittag von 2 bis 4 Uhr finden im Lokal von Enders, Berliner Allee 211/215, die Wahlen zum Kauf-

mannsgericht statt. Pflicht der Wähler muß es sein, den Kandidaten des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen die Stimme zu geben. Genossen, welche am Tage der Wahl helfen wollen, werden gebeten, sich beim Gastwirt Trig Preuß, Berliner Allee 210, zu melden. J. A.: Das Gewerkschaftsamt.

Grünau.
Heute Freitag nachmittag von 4—8 Uhr findet für die dritte Wählerklasse die Erziehung zur Gemeindevertretung statt. Die Gegner machen die größten Anstrengungen, um die Wahl des sozialdemokratischen Kandidaten zu verhindern. Jeder einzelne Genosse muß daher nach besten Kräften seine Pflicht erfüllen. Wir bitten, die Arbeiterschaft Groß-Berlins, die Grünauer Arbeiter auf ihre Wahlpflicht aufmerksam zu machen. Wenn jeder seine Pflicht erfüllt, ist der Sieg unser. Genossen, welche an der Wahlarbeit teilnehmen, treffen sich um 3½ Uhr bei Lindenhayn.

Pantow.
Die Erziehung zur Generalversammlung der Ortskrankenkasse Pantow finden am Sonntag, den 31. März von 10 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags bei Kocaydi, Kreuzstr. 3/4, statt. Es ist Pflicht eines jeden Arbeiters, der Mitglied der Kasse ist, seine Stimme für die Leiter der Gewerkschaftskommission abzugeben. Die Gewerkschaftskommission (Unterkommission) Pantow-Niederhörschönhausen.

Nordend-Rosenthal.
Heute Freitag, nachmittags von 4—7 Uhr, findet die Erziehung zur Gemeindevertretung statt. Unser Kandidat ist der Gärtnerbesitzer Karl Wetzel. Da unsere Gegner die größten Anstrengungen machen, um uns das vor zwei Jahren ererbte Mandat wieder zu entreißen, ist es Ehrensache der Genossen, sich zahlreich und pünktlich dem Schlepptableau bei Schüller zur Verfügung zu stellen. Tue jeder seine Pflicht, dann bleibt die Absicht der Gegner ein frommer Wunsch.

Zegel.
Die Gemeindevertretung hatte diesmal eine so umfangreiche Tagesordnung zu erledigen, daß zwei Sitzungen notwendig waren. Aus den Mitteilungen des die Verhandlungen leitenden Schöpfen Reichelt sei erwähnt, daß die sogenannte „Sechserbrücke“ auf Zegel einen Heberschuß von 13 000 M. brachte, der zur Hälfte auf Schloß Zegel, zur anderen Hälfte auf die Gemeinde entfällt. Diese ziemlich bedeutende Verlehrsabgabe leisten im wesentlichen die Berliner Ausflügler. — Sodann wurde zum Armenrat und Waisenspieler der Intendantursekretär Zielemann gegen die 2 Stimmen unserer Genossen gewählt. Letztere hatten wiederholt um Berücksichtigung ihrer Vorschläge ersucht. — Gegen die letzten Gemeindevorwahlen lagen einige Proteste vor, die indes zurückgewiesen wurden. Demnächst wird unsere Fraktion also verdoppelt, mithin mit 4 Genossen vertreten sein. — Weiter wurde die Verlängerung des Hafens und der Bau eines Lagerhauses beschlossen. Die Kosten sind einschließlich Elektro und Kran auf 200 000 M. veranschlagt. Die Verpachtung des Lagerhauses bleibt späteren Beschlüssen vorbehalten.

Der Ankauf des Gaswerks, das einer Aktiengesellschaft gehört, zeitigte eine lange und sehr erregte Debatte, da ein wesentlicher Teil der Gemeindevorsteher materiell dabei intereffert ist und deshalb mit Verbe für den Ankauf eintrat. Seit einem Jahre schweben schon Verhandlungen, und nun soll sich die Vertretung plötzlich bis zum 1. April schon definitiv entscheiden. Den ursprünglich geforderten Preis von 1 900 000 M. hat man um 50 000 M. jetzt herabgesetzt, um das Geschäft schmackhafter zu machen. Die Opposition gegen den Ankauf bezweifelte nachdrücklich unter Hervorhebung aller zulage getretenen Mängel in der Gaslieferung den Wert des Werkes, wie er von den Befürwortern stets betont werde. Kaufe die Gemeinde das Werk, so müßte sie doch sehr bald bedeutende Aufwendungen für härtere Leitungen und Verbesserungen machen, das Hauptgeschäft machten auch hierbei die Aktionäre, die für je 1000 M. beinahe 3000 M. einheimen würden, denn so hoch bezifferte sich der Ankaufspreis gegenüber dem Aktienkapital. Vom Gemeindevorstand wurde wiederholt die Zwangslage und die Notwendigkeit des Ankaufs für Zegel hervorgehoben; durch steigende Dividenden würde später der Preis noch höher werden und die Gemeinde von dem Vertrage mit der Aktiengesellschaft befreit, der sie hindere, zur eventuellen Elektrifizierung überzugehen. In der langen Debatte hob u. a. unser Genosse Lichtenberg auch die sonderbare Tatsache hervor, daß in den Gemeindevor bereits 140 000 M. Gewinn aus der Dividende und dem Erlöse von 61 Aktien, die die Gemeinde besitzt, als Einnahme eingestellt sind; auch verlangte er, daß die Interessenten sich der Stimme bei der Abstimmung enthalten. Fast allgemein bebauerte man auch, daß der Gemeindevorstand in dieser Sache so selbständig vorgehen konnte. Bei einem Etat mit 8½ Millionen Mark Schulden müßte die Angelegenheit zurückgestellt werden bis nach Klärung der Bürgermeisterfrage. — Es wurde dann auch zunächst der Ankauf abgelehnt, nachdem vorher noch der Kommerzienrat Horzig als Vorsitzender des Aufsichtsrats des Gaswerks das Recht der Aktionäre zur Abstimmung betont hatte. Für den Ankauf stimmten nur die vier Schöpfen und Herr Wischba als einziger Gemeindevorsteher, der bekanntlich nach einem Gerichtsbescheid zu Unrecht sein Mandat ausübt; sechs Vertreter waren bei der namentlichen Abstimmung dagegen, drei enthielten sich der Stimme. Es wurde aber dann noch eine Kommission von drei Personen (1 Schöffe, 2 Vertreter, darunter Genosse Lichtenberg) ernannt, die die Grundlagen für einen Ankauf des Gaswerks und seiner Verhältnisse feststellt. — Es ist also sehr wahrscheinlich, daß der Ankauf in nächster Zeit trotz der erfolgten vorläufigen Ablehnung doch erfolgt.

Aus dem Gemeinde-Etat und dessen Veraltung sei erwähnt, daß für den Zweckverband 10 000 M., für das Kreis-Krankenhaus 50 000 M. angelegt sind; letztere Summe außer den für die einzelnen Kranken zu leistenden Kursen. — Beachtenswert ist besonders der Schuletat. Für die Volksschulen sind 283 000 eingestellt, für die Humboldt-Oberrealschule 105 000 und für die Höhere Mädchenschule 28 900 M. Auf den einzelnen Schüler berechnet ergeben sich die Sätze von 107 M. bei der Volksschule, 303 M. bei der Realschule und 117 M. bei der Höheren Mädchenschule. Bei dieser müßte der Satz ein bedeutend höherer sein, aber das Schulgebäude mit seiner Schuldentilgung und Verzinsung ist im Etat der Volksschule (früher war die Gemeindevorsteher dort untergebracht) enthalten, der also bei richtiger Verbuchung den Satz von 107 M. pro Kind noch vergrößern würde. Die richtige Bewertung würde sich etwa so stellen, daß der Realschüler drei, die „Höhere Tochter“ etwa zwei und das sogenannte „Gemeinde“-Schulkind nur einen Teil der Schulallten verursacht. — Im Etatteil: „Insgesamt“ sind als Einnahme u. a. 125 000 M. Wittengewinn und 15 000 M. Betriebsüberschuß vom Gaswerk, das bekanntlich noch gar nicht der Gemeinde gehört, aufgeführt. Für diese 140 000 M. muß jetzt nach Deduktion gesucht werden. — Die ordentliche Verwaltung der Gemeinde bilanziert mit 1 811 000 und die außerordentliche mit 2 480 000 M., darunter für Hofen- und Seeufer-Verwaltung ordentlich 34 000, außerordentlich 812 000 M., Hofen- und Kreisbahnverwaltung 1 040 000 M. — In Gemeindevorsteher kommen zur Erhebung: 125 Proz. Zuschlag zur Staatseinkommensteuer, 3 pro Mille vom Grundwert bebauter und 6 pro Mille unbebauter Grundstücke mit einem Ertrage von 353 000 M. Von der staatlich veranschlagten Gewerbesteuer 250 Proz. Zuschlag in Klasse 1 und 2 mit einem Ertrage von 65 000 M. und 150 Proz. in Klasse 3 und 4 mit 12 750 M., die Betriebssteuer mit 100 Proz. soll 1800 M. bringen, die Umsatzsteuer 50 000 M. und der Anteil der Gemeinde an der Reichs-Wertzuwachssteuer 30 000 M., Zusatzsteuer 7000 M., Grundsteuer 12 000 M. (400 Hunder), Biersteuer 20 000 M. An Grund- und Gebäudesteuer werden 300 Proz. erhoben. In bezug auf

die Hundesteuer ist die originelle Tatsache zu bezeichnen, daß der Kreisaußschuß die Aufhebung der Steuerfreiheit eines erheblichen Teiles der Hunde verlangte (es kommt hier die über 700 Häuser umfassende Kolonie „Freie Scholle“ in Betracht), die Gemeindeverwaltung dies jedoch vorläufig noch ablehnte, da sie die nächtliche ordnungsmäßige Verwahrung dieses Teils der Gemeinde nicht auszuführende Sicherheit nötig und darum steuerfrei bleiben müßten. Jedenfalls eine originelle Idee der Gemeindeverwaltung von Tegel, den Nachtwächter zu sparen. — Beim Kanalisationsetat wurde hervorgehoben, daß die jetzige Methode der Abführung der Abwässer auf die Dauer kaum beizubehalten sei. Die Wässer gingen zwar geklärt in den Tegeler See, eine Verunreinigung desselben, der doch das Wasser für die Werke Berlins und Tegels zum Teil liefert, sei aber nicht ausgeschlossen; deshalb solle nun der Kanalisationsauschuß Erhebungen veranstalten, ob nicht vielleicht unter Aufsicht an andere Gemeinden eine bessere Kanalisation mit Rieselfeldern herzustellen sei. — Das Elektrizitätswerk, das auf Grund des famosen Vertrages mit der Gaswerks-Aktiengesellschaft nur Kraftstrom hergeben darf, arbeitet jetzt mit einem Ueberdruck von 3000 R., während in den Vorjahren noch Zuschüsse nötig waren. — Beim Etat der Straßenreinigung verlangten unsere Genossen eine Besserstellung der Arbeiter, die jetzt im Stundenlohn von 32 bis 40 Pf. stehen. Ihr Antrag auf Beschäftigung dieser Arbeiter, die teilweise ganz und halbinvalide sind, zunächst im Tage-, später im Wochenlohn, erhielt nur unsere 2 Stimmen. Bei dieser Auseinandersetzung verwahrte sich Herr von Borzig gegen den Verdacht antisozialer Ansichten, befürgtete jedoch die Umgestaltung dieses sogenannten Invalidentarifs, indem er darauf hinwies, daß man für einen solchen Stundenlohn genügend vollkräftige Leute bekäme, wie ja die großen Industriewerke beweisen, die ebenso hohe, wohl richtiger niedrigere Einstellungsgehälter zahlen. — Für die Volksbibliothek werden statt 300 jetzt 600 R. gewährt und die Ausgabezeit wird auf 2 mal 2 Stunden wöchentlich ausgedehnt. — Die Kreisbahn erfordert jetzt keinen Zuschuß mehr. — Bevor die Gesamtbestimmung stattfand, bei der unsere Genossen ihre Ablehnung begründeten, wurde nochmals auf eine eventuelle Steuererhebung aufmerksam gemacht bei Ausfall des Gaswerksgewinnes, ebenso die ganze Schuldenwirtschaft gestreift und die verfehlte Grundstückspekulation der Gemeinde selbst hervorgehoben. Abzuwarten bleibe auch noch, ob nicht der Kreisaußschuß gegen die beliebte Art der Etataufstellung mit so unsicheren Positionen Einspruch erheben werde.

Notabes.

Die Gemeindevertretung hielt ihre letzte Sitzung wegen Renovierung des Rathhauskaales ausnahmsweise in der Aula des

Pharmazie, Lindenstr. 85, ab. Unter „Geschäftlichem“ teilte der Bürgermeister mit, daß am nächsten Sonntag, den 31. März, 11 Uhr vormittags, im Fortbildungsschulgebäude bei Entlassung der Fortbildungsschüler eine kleine Feier stattfinden werde, zu der außer den Interessenten auch die Gemeindevertretung eingeladen sei. Eine Ausstellung von Schülerarbeiten sei diesmal nicht geplant. — Die Abnahme der Jahresrechnung der Gemeindekasse für das Rechnungsjahr 1910 fand nach einem kurzen Bericht des Gemeindevorstandes ohne jegliche Debatte statt. Bemerkenswert ist, daß die Gemeindekasse im Jahre 1911 eine Ersparnis von 21 153 R. zu verzeichnen hatte. — Dem von dem Besitzer der Heilanstalt in Vergütungen, Herrn Dr. Koritkowsky, gestellten Antrag auf Genehmigung der geplanten Erweiterung der Anstaltsräume wurde stattgegeben. — Der letzte Punkt betraf die Ergänzung der Wochenmarktordnung. Die am 18. Oktober 1911 beschlossene Ordnung ist wegen formaler Mängel von der Aufsichtsbehörde zurückgelangt, weshalb mit Zustimmung der Gemeindevertretung einige Änderungen vorgenommen werden sollen. — Im nichtöffentlichen Teil fand u. a. eine Besprechung bezüglich der Verlängerung des Vertragsverhältnisses mit der Continental-Gesellschaft statt.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 60, von vier bis sechs Uhr abends, wochentags von 4½ bis 7½ Uhr abends, Sonnabends, von 4½ bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrag ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsquittung beigesetzt ist, werden nicht beantwortet. Einige Fragen möge man in der Sprechstunde vor.

P. A. 1. Na. Ist die Frau zahlungsfähig? Länger als vier Jahre zurückliegende Ansprüche sind verjährt. **2. Na.** — **P. B. 29.** 1. Der Vormund kann beim Vormundschaftsgericht beantragen, daß der Ruffter das Sorgerecht entzogen wird. Ergibt ein dahingehender Beschluß: Ja. 2. Ja. 3. In den Vormund. 4. Nein. — **Klebefarte.** 1. Ihre Auffassung ist zutreffend. Sie können von dem Unternehmer verlangen, daß er die Marken nachläßt, ohne daß Sie zur Erstattung Ihres sonstigen Anteils verpflichtet sind. 2. Nein. 3. Richten Sie einen Antrag auf Entmündigung an das Vormundschaftsgericht. — **R. B. 12.** Das Verbot der Wirten erscheint begründet. — **P. 2. 100.** Das Verlangen der Kirchengemeinde ist moralisch verwerflich, aber rechtlich begründet. Falls Sie Plandebatte nicht besitzen, zahlen Sie nicht. — **N. 2. 99.** Sie sind steuerpflichtig. In solchen Fällen wird das mutmaßliche Einkommen im Steuerjahr der Einschätzung zugrunde gelegt. — **N. A. 19.** Ja, für das Jahr 1911. — **W. 111. 63.** Ihren Anteil nur für die letzten beiden Wochen. — **N. B. 66.** Nein. — **P. B. 100.** Vom 18. Lebensjahr ab, sofern steuerpflichtiges Einkommen erreicht wird. — **R. M. 22.** Nein. — **C. G. 82.** Die Klage erscheint aussichtslos. — **P. G. 8.** — **G. M. 122.** Richten Sie, unter Darstellung des Sachverhalts und unter Angabe der Steuernummer, eine Beschwerde an den Magistrat. — **N. A. 29.** Die Richtigkeitsbestimmung des Vertrages ist maßgebend. — **P. G. 130.** Nein, falls Wohnräume. — **G. R. 53.** Die Klage muß durch einen Rechtsanwalt erhoben werden. Die Kosten richten sich

nach dem Objekt, das vom Gericht festgestellt wird. — **Weber 88.** 1. und 2. Falls die Klage erfolgt, kann die Frau intervenieren. 3. Ja. — **N. 2. 61.** Beide sind haßbar. Warten Sie jedoch ab, bis die Polizeibehörde an Sie herantritt oder erkundigen Sie sich bei der Polizei. — **N. A. 19.** Die Haushaltungsgegenstände stehen Ihnen sämtlich zu.

Marktbericht von Berlin am 27. März 1912, nach Ermittlung des k. k. Reichsausschusses. **Markthallenpreise.** (Kleinhandel) 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Kochen 31,00—32,00. Speisebohnen, weiße, 35,00—36,00. Bohnen 40,00—50,00. Kartoffeln (Kleinhandl.) 8,00—13,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Seele 1,50—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,30—1,80. Schweinefleisch 1,30—1,80. Kalbfleisch 1,40—2,60. Hammelfleisch 1,30—2,20. Butter 2,80—3,20. 60 Stück Eier 3,40—6,00. 1 Kilogramm Karotten 1,10—2,40. Kafe 1,80—3,20. Zucker 1,80—3,00. Getreide 1,40—2,60. Rapsöl 1,00—2,00. Schmalz 1,60—3,20. Mehl 0,80—1,40. 80 Stück Äpfel 4,00—80,00.

Witterungsübersicht vom 28. März 1912.

Stationen	Barometer Höhe mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. in Gr. C. u. F.	Stationen	Barometer Höhe mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. in Gr. C. u. F.
Stettin	756	W	6	wolfig	7	Dachau	745	NO	4	Schnee	-1
Frankfurt	759	W	4	bedeckt	7	Berlin	740	NO	3	Regen	3
Berlin	759	W	2	wolfig	8	Stettin	757	W	5	bedeckt	10
Frankfurt	763	W	3	Dunst	9	Dresden	754	W	1	heiter	8
München	765	W	4	wolfig	10	Paris	768	W	2	wolfig	6
Wien	763	W	1	bedeckt	11						

Wetterprognose für Freitag, den 29. März 1912.
Ein wenig kühler, zeitweise heiter, jedoch unbedeutend mit einzelnen Regenschauern und ziemlich starken westlichen Winden.
Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

Wasserstand	am 27. 3.	seit 26. 3.	Wasserstand	am 27. 3.	seit 26. 3.
Remel, Mühl	377	+2	Saale, Großh.	114	0
Tegel, Jüterburg	2	-3	Saale, Spandau	82	-6
Weißen, Thurn	214	+4	Elbe, Rathenow	100	0
Ober, Ratibor	207	-15	Elbe, Spremberg	76	0
Krossen	143	+7	Weser, Bielefeld	103	0
Frankfurt	143	-5	Weser, Minden	255	-1
Barthe, Sarinun	72	-2	Weser, Minden	327	+31
Barthe, Landsberg	71	-4	Rhein, Rarimiliansau	442	+12
Rege, Borsdamm	47	+10	Rhein, Rarimiliansau	333	+17
Elbe, Leitmeritz	25	+2	Rhein, Rarimiliansau	346	+12
Dresden	-100	-2	Weser, Bielefeld	102	-8
Beetz	163	-4	Weser, Bielefeld	180	0
Magdeburg	131	-5	Weser, Bielefeld	248	-42

+) + bedeutet Hoch, — Fall, — *) Unterpegel.

HERMANN TIETZ

LEIPZIGER STRASSE Diese Woche ALEXANDERPLATZ Soweit Vorrat FRANKFURTER ALLEE

Sonntag, den 31. cr. sind unsere Häuser von 1 Uhr ab geöffnet

Vorzugspreise für Lebensmittel

soweit Vorrat.

Butter und Käse

Münsterkäse	Pfund	85 Pf.
Steinbuscher	Pfund	1 ¹⁰
Ziegenkäse	Pfund	65 Pf.
Emmenthaler	Pfund	1 ¹⁵
Schweizer	Pfund	85 Pf.
Tilsiter	Pfund	75 Pf.
Edamer	Pfund	90 Pf.
Romadour	Stück	26 Pf.
Limburger	Pfund	48 Pf.
Feine Tafelbutter	in 1/2-Pfd.-Stücken	1 ⁴⁰

Konserven

	1/2 Dose	1/4 Dose
Kaiserschoten	1 ⁰⁵	—
Junge Schoten extra fein.	85,	48 Pf.
Junge Schoten I.	70	—
Junge Schoten II.	55,	33 Pf.
Stangenspargel I.	1 ⁵⁰	80 Pf.
Stangenspargel II.	1 ²⁵	68 Pf.
Stangensparg. III.	1 ¹⁵	63 Pf.
Elite-Stangenspargel	1 ⁷⁵	1 ⁹³

	1/2 Dose	1/4 Dose
Grüne Spargelköpfe	1 ⁰⁵	58 Pf.
Bruchspargel I.	1 ¹⁰	60 Pf.
Bruchspargel II.	95	Pf. —
Riesen-Bruchspargel	1 ³⁵	73 Pf.
Leipzig. Allerlei extra fein.	95	Pf. —
Leipzig. Allerlei. fein.	75	Pf. —
Pflaumen süß, sauer	55	Pf. —
Reineclauden	75	43 Pf.

Geflügel

Junge Hambg. Gänse	Pfund	1 ³⁰
Suppenhühner	Stück	2 ²⁰ bis 3 ⁵⁰
Brathühner	Stück	2 ²⁰ bis 3 ⁸⁰
Tauben	Stück	55, 65, 75 Pf.
Rehkeulen	Stück	5 ⁷⁵ bis 7 ⁵⁰
Kaffee	Pfund	1 ³⁵ 1 ⁴⁵ 1 ⁵⁵
Kakao	Pfund	70, 90 Pf. 1 ¹⁰
Tee	Pfund	1 ⁵⁰ 2 ⁰⁰ 2 ⁵⁰

Leipziger Str. Alexanderplatz **Frisches Fleisch**

Schweinefleisch

Bauch	Pfund	60 Pf.
Pökelkamm	Pfund	70 Pf.
Schinken	Pfund	80 Pf.
Kotelett	Pfund	80, 90 Pf.

Prima Ochsenfleisch

Ochsenkamm	Pfund	70 Pf.
Ochsenbrust	Pfund	80 Pf.
Fehlrippe	Pfund	90 Pf.
Schmorfleisch	Pfd.	90 Pf. 1 ⁰⁰

Kalbfleisch

Kalbskamm	Pfund	80 Pf.
Kalbsrücken	Pfund	95 Pf.
Kalbskeule	Pfund	90 Pf.
Kalbsschnitzel	Pfund	1 ⁶⁰

Lammkeule	Pfund	80, 90 Pf.
Roastbeef mit Knochen	Pfund	1 ¹⁰
Rückenfett	Pfund	65, 70 Pf.
Kassler	Pfund	80, 90 Pf.
Rindertalg ausgelassen	Pfund	60 Pf.
Kotelettstück m. Schwarze	Pfund	70 Pf.

Josef Tietsch **VERA** FEINSTE 3 Pfg. CIGARETTE

Leineweber

Köllnischer Fischmarkt 4, 5, 6 Berlin C. Gegenüber der Breite Straße

Für jede Körperform passend!

Anzüge - Ulster - Paletots

21 25 28 32 36 39 42 48 54 60 68 75 Mk.

Für Knaben und Jünglinge:

8 10 12 15 18 21 25 28 32 36 40 45 Mk.

Meine Fabrikate, in eigenen Betriebswerkstätten gediegen verarbeitet, sind preiswert und unübertroffen in Sitz und Haltbarkeit.

Moderner Schnitt - Grosse Auswahl - Vorzügliche Passform.

Frühjahrskatalog auf Wunsch gratis und franko

Sonntag, den 31. cr., von 12-6 Uhr geöffnet.



Verkäufe.

Gardinen! Steppdecken! Vorhänge! Teppiche! Kissen! ...

Wandmalerei! ...

Wandmalerei! ...

Wandmalerei! ...

Wandmalerei! ...

Wandmalerei! ...

Wandmalerei! ...

Wandmalerei! ...

Wandmalerei! ...

Wandmalerei! ...

Wandmalerei! ...

Wandmalerei! ...

Wandmalerei! ...

Wandmalerei! ...

Wandmalerei! ...

Wandmalerei! ...

Wandmalerei! ...

Wandmalerei! ...

Wandmalerei! ...

Wandmalerei! ...

Wandmalerei! ...

Geschäftsverkäufe.

Zeitungsgeschäft. ...

Gemüse. ...

Restaurant. ...

Zigarrengeschäft. ...

Wohnung. ...

Wohnung. ...

Wohnung. ...

Wohnung. ...

Wohnung. ...

Wohnung. ...

Wohnung. ...

Wohnung. ...

Wohnung. ...

Wohnung. ...

Wohnung. ...

Wohnung. ...

Wohnung. ...

Wohnung. ...

Wohnung. ...

Wohnung. ...

Wohnung. ...

Möbel.

Möbel-Gelegenheitskäufe. ...

Möbel. ...

Möbel. ...

Möbel. ...

Möbel. ...

Möbel. ...

Möbel. ...

Möbel. ...

Möbel. ...

Möbel. ...

Möbel. ...

Möbel. ...

Möbel. ...

Möbel. ...

Möbel. ...

Möbel. ...

Möbel. ...

Möbel. ...

Möbel. ...

Möbel. ...

Möbel. ...

Teilszahlung. ...

Möbelhandlung. ...

Möbelangebot. ...

Zentrale für Arbeitermöbel. ...

Möbel (Bücher). ...

Schneiderei. ...

Arbeiter-Wohnungseinrichtungen. ...

Musikinstrumente. ...

Bilder. ...

Fahrräder. ...

800 Fahrräder. ...

Die bedeutendsten Rennfahrer. ...

Damenfahrräder. ...

Fahrräder billiger! ...

Wohnungen. ...

Zimmer. ...

Wohnungen. ...

Zimmer. ...

Wohnungen. ...

Zimmer. ...

Wohnungen. ...

Zimmer. ...

Kaufgesuche.

Platinabfälle. ...

Platinabfälle. ...

Platinabfälle. ...

Platinabfälle. ...

Platinabfälle. ...

Platinabfälle. ...

Platinabfälle. ...

Platinabfälle. ...

Platinabfälle. ...

Platinabfälle. ...

Platinabfälle. ...

Platinabfälle. ...

Platinabfälle. ...

Platinabfälle. ...

Platinabfälle. ...

Platinabfälle. ...

Platinabfälle. ...

Platinabfälle. ...

Platinabfälle. ...

Platinabfälle. ...

Platinabfälle. ...

Schlafstellen.

Schlafstelle. ...

Schlafstelle. ...

Schlafstelle. ...

Schlafstelle. ...

Schlafstelle. ...

Schlafstelle. ...

Schlafstelle. ...

Schlafstelle. ...

Schlafstelle. ...

Schlafstelle. ...

Schlafstelle. ...

Schlafstelle. ...

Schlafstelle. ...

Schlafstelle. ...

Schlafstelle. ...

Schlafstelle. ...

Schlafstelle. ...

Schlafstelle. ...

Schlafstelle. ...

Schlafstelle. ...

Schlafstelle. ...